Nr. 133. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 11. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Militarismus in China.

Von der „Aufteilung Chinas" ist es seit dem unglücklichen Chinafeldzug — gleichmäßig unglücklich für alle beteiligten Großmächte — recht still geworden. Man würde sich aber sehr irren, wenn man glaubte, daß die Großmächte von ihrem ursprünglichen Ziele abgewichen seien. Im Gegenteil erstreben sie planmäßig dieses Ziel: durch Steigerung ihres militärischen Einflusses festen Boden in dem Riesenreiche Ostasiens zu gewinnen, die hilflose Dynastie der Mandschu sich gänzlich zu unterjochen, soweit dies nicht bereits der Fall ist und, große Ländergebiete an sich zu bringen. Der unersättlich nach neuen Absatzgebieten für seinen Warenüberschuß gierige Kapitalismus zwingt zu solcher Politik, und Neid und Eifersucht der Großmächte untereinander bewirken, daß eine der andern im äußerlichen Zeigen militärischer Macht nicht nachstehen mag.

Dem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die europäischen Mächte gegenwärtig, zur Friedenszeit, in China eine Truppenzahl unterhalten, als ob sie sich noch in unverändertem Kriegszustande befänden.

Unter den in China weilenden Truppen befinden sich, der Zahl nach, die deutschen natürlich mit an der Spitze. Ueber die Dislozierung der deutschen Truppen in China etwas zu erfahren, dürfte für alle jene von Interesse sein, die da glauben, daß seit Beendigung des Chinafeldzuges sich für den deutschen Steuerzahler etwas Wesentliches gebessert habe. Der Steuerzahler wird sich baß wundern, welche Rolle in den Reichsausgaben des nächsten Etats China für uns spielen wird.

Bei unseren Darlegungen der gegenwärtigen Truppendislozierung in China folgen wir einer Aufstellung des „Ostasiatischen Lloyd" in dessen neuester hierher gelangter Nummer.

Ueber die gegenwärtig in China stehenden fremden Truppen zuverlässiges Material zu erhalten, ist keineswegs leicht. Die folgenden Aufstellungen dürften indessen ein ziemlich genaues Bild geben.

Es stehen in China gegenwärtig: Deutsche 3854 Mann, Engländer 4000 Mann, Franzosen 3450, Italiener 800 Mann, Oestreicher 100 Mann, Russen 600 Mann, Amerikaner 150 Mann, Japaner 2020 Mann. In Summa 14 974 Mann. Nächst England, welches in China bereits große kapitalistische Handelsinteressen zu wahren hat, unterhält dort Deutschland, dessen Handel mit China noch nicht 1 Prozent seines Gesamthandels ausmacht, das größte Truppenkontingent.

In Chihli allein stehen folgende Truppen: Deutsche 3033 Mann, Engländer 3200 Mann, Franzosen 2730 Mann, Italiener 800 Mann, Oestreicher 100 Mann, Russen 600 Mann, Amerikaner 150 Mann, Japaner 1570 Mann.

Außer ihren 600 Mann haben die Russen noch weitere 2700 Mann zum „Schutze" ihrer Eisenbahn Shanhaikuan-Niuchuang dort stehen.

In Shanghai hat Deutschland gegenwärtig mehr Soldaten als selbst die Engländer. Es hat dort 821 Mann stehen, England 800 Mann, Frankreich 720 Mann, Japan 450 Mann.

In ganz China haben also die kapitalistischen Großmächte ein Truppenkontingent von 14 974 Mann bereit stehen, um ihre kapitalistischen Interessen mit der Waffe zu schützen. Von diesen stehen in Chihli 12 183 Mann, in Shanghai 2791 Mann.

Um jedoch ein klares Bild davon zu bekommen, wie vollkommen die Großmächte die Pekinger Regierung in Händen haben und jederzeit durch Zusammenziehen ihrer Truppen die chinesische Regierung im eignen Lande ihrem Willen beugen können, muß man die Dislokation der in Chihli stehenden 12 183 Mann internationaler Truppen näher ins Auge fassen. In der Hauptstadt, in Peking, stehen gegen 2000 Mann Truppen, und zwar: Deutsche über 300 Mann, Russen 300 Mann, Franzosen 300 Mann, Japaner 300 Mann, Engländer 250 Mann, Oestreicher 100 Mann, Italiener 200 Mann, Amerikaner 150 Mann.

Neben diesen in der Hauptstadt stehenden Truppen haben die Großmächte auf dem Wege zwischen Peking und Tientsin noch Garnisonen von je 300 Mann. Diese Truppen stehen: Deutsche in Yan-tsun und Lang-fang. Engländer in Lutai und Tong-Shan, Franzosen in Chun-liang-chen und Tongku, Japaner in Lang-chou und Changli. Die Italiener haben nur 300 Mann und zwar in Huang-tsun garnisoniert. Im ganzen stehen also zwischen Peking und Tientsin 2700 Mann garnisiontert, bereit, die Pekinger Besatzung jederzeit zu verstärken.

Dann stehen in Schanheikwan nebst Chingwangkao 1500 Mann, darunter 300 Deutsche. Besetzt sind ferner die drei Etappenstationen am Peiho: Hohsiku, Matou und Tungchou; mit wie viel ist nicht bekannt.

Der Rest der fremden Truppen, 6000 Mann, steht in Tientsin und zwar 1400 Deutsche und je 1400 Engländer, Franzosen, Japaner und 400 Italiener.

Betrachten wir speciell die Dislokation der deutschen Truppen in China, so ergiebt sich folgendes Bild:

Tientsin: Kommando der Besatzungsbrigade; Artilleriedepot; Bekleidungsdepot; Traindepot; Stab und 1. und 2. Bataillon des 2. Ostasiatischen Infanterie-Regiments; Stab und 3. Bataillon des 3. Ostasiatischen Infanterie-Regiments; Eskadron Jäger zu Pferde; Stab und 1. und 2. Bataillon der Ostasiatischen Feldartillerie-Abteilung; Detachement der Ostasiatischen Pionier-Compagnie; Ostasiatische Train-Compagnie mit Pferdedepot; Ostasiatische Sanitäts-Halbcompagnie; 1. und 2. Ostasiatisches Feldlazarett; Ostasiatisches Lazarettpersonal.

Shanghai: Stab und 1. und 2. Bataillon des 1. Ostasiatischen Infanterie-Regiments; 3. (Gebirgs-) Batterie der Ostasiatischen Feldartillerie-Abteilung.

Shanhaikuan: 3. Bataillon des 1. Ostasiatischen Infanterie-Regiments.

Yangtsun: 1. Bataillon des 3. Ostasiatischen Infanterie-Regiments; Detachement der Ostasiatischen Pionier-Compagnie.

Shanhaikwan: Detachement der Ostasiatischen Pionier-Compagnie.

Langfang: 2. Bataillon des 3. Ostasiatischen Infanterie-Regiments; Detachement der Ostasiatischen Pionier-Compagnie.

Tongku: Etappen-Kommandantur; 2. Compagnie des 3. Ostasiatischen Infanterie-Regiments.

Peking: 3. Bataillon des 2. Ostasiatischen Infanterie-Regiments; Detachement der Ostasiatischen Feldartillerie-Abteilung; Detachement der Ostasiatischen Pionier-Compagnie.

So steht es mit dem „chinesischen Frieden"! Es ist in Wahrheit nichts andres als ein latenter Kriegszustand. Offiziell ist der Rachezug nach China beendet, aber die Regimenter der Mächte, vor allem Deutschlands, stehen noch da, bereit, jeden Augenblick von neuem loszuschlagen, wenn sich der Anlaß dazu bietet.

Denn wenn auch offiziell nur von „Besatzungscorps" gesprochen wird — in Wirklichkeit steht von der Küste nach Peking, längs der Bahn, der Verkehrsader und in Peking selbst, eine kleine Armee auf kriegsmäßigem Fuße, angriffsbereit und imstande, jederzeit in der Richtung auf Peking zu marschieren, wenn die chinesische Regierung nicht will wie die Großmächte wollen.

Und Deutschland im besonderen? Ohne daß der deutsche Steuerzahler groß etwas gemerkt hätte, ist in Ostasien bereits eine beträchtliche deutsche Kolonialarmee entstanden, die sobald nicht wieder verschwinden, wohl aber beim ersten Anlaß vergrößert werden wird.

Das ständige Vorhandensein einer so großen fremden Truppenmasse muß eine ständige Gefahr für den Frieden sein. Dieses Gefühl, von geladenen Gewehren und gezogenen Kanonen überwacht zu sein, muß in gewissen Zwischenräumen immer wieder von neuem Anlaß zu Volkserhebungen sein, die dann in blutige Kämpfe mit dem fremden Militär auslaufen. Wir stehen somit immer wieder vor der Möglichkeit neuer Erhebungen wie derjenigen vor zwei Jahren, die noch in aller Gedächtnis sind.

Dann aber zeigt auch das Truppenaufgebot und seine Verteilung, daß die Großmächte ihre ursprünglichen Absichten auf China noch nicht aufgegeben haben. Vielleicht richtet sich diese Truppenansammlung weit weniger gegen China als gegen die Großmächte untereinander. Eine will die andre hindern, zu ihrem Schaden Land zu „pachten".

Schließlich aber geht die kapitalistisch-militärische „Aufteilung" doch vor sich unter Blutvergießen und Waffengeklirr und mit ihr das Wachstum der Kolonialarmee, deren Anfang schon da ist.

In Deutschland aber klagt man über die Reichspleite und sucht die geleerte Kasse durch die drückendsten Steuern und Zölle auf Verbrauchsartikel zu füllen. Eine Heimatpolitik gegen die Heimat und eine Weltpolitik gegen alle Welt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juni.

Finanzen-Trug.

Das rührsame Klagelied, das Graf Posadowsky am Montag im Reichstage den Finanzen des Reiches sang, fordert die Erinnerung an die Anschauungen heraus, die vorerst 2 Jahren von der Regierung hinsichtlich der Reichsfinanzlage verkündigt wurden.

Graf Posadowsky hat am Montag über die Verschuldung des Reiches gesprochen, daß er in dieser Hinsicht den lebhaften Beifall der Linken des Hauses fand. Er sagte nach dem heut vorliegenden Stenogramm:

„Die große Verschuldung des Reiches, **die ich auch beklage**, die schnell wachsende Verschuldung, worin liegt sie denn? Sie liegt nicht darin, daß wir die Militärlasten prästiert haben, die wir prästieren mußten, sondern darin, daß man der Zukunft, den kommenden Generationen in Form von Schulden die Lasten auferlegt, die die lebende Generation in Form von Steuern und Verbrauchsabgaben aufbringen sollte. Wir legen **viel zu viel Lasten auf die Zukunft** (Lebhafter Beifall links) und nehmen viel zu sehr Rücksicht auf die gegenwärtige Generation."

Es mag in diesem Augenblick nicht dabei verweilt werden, daß Graf Posadowsky sich eine Steuer, welche die gegenwärtige Generation trifft, nur in der Form der allerungerechtesten Belastung der unteren Volksklassen vorzustellen vermag — es ist interessant, festzustellen, daß der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, der frühere Reichsschatzsekretär und jetzige erste Vertreter des Reichskanzlers, die schnell wachsende Verschuldung des Reiches — wir sind nahe an die dritte Milliarde herangerückt! — lebhaft beklagt.

Aber vor wenig mehr als zwei Jahren wurde in der Budgetkommission des Reichstags über neue Steuern beraten, die nach Meinung eines Teiles der genannten Kommission nötig würden zur Durchführung des großen Marineprogramms. Da wurde statt der von der Regierung geforderten gewaltigen Anleihe-Erhöhung die Einführung einer Vermögenssteuer auf die großen Vermögen vorgeschlagen. Wie dachte damals die Regierung über die schnell wachsende Verschuldung? Der Regierungsvertreter — wenn wir nicht irren: Freiherr v. Thielmann selbst — erklärte:

„daß nach seinen von einigen der Regierungen ihm gewordenen Informationen die verbündeten Regierungen auf eine direkte Steuer nicht eingehen würden. Eine so starke Vermehrung der Flotte sei in keinem Lande auf die laufenden Einnahmen genommen worden, **man könne die Anleihe nicht ganz auf die Seite schieben.**"

Man hat dann thatsächlich die Anleihen beim Flottengesetz wie bei andren Ausgaben so wenig beiseite geschoben, daß jetzt die Schuld zu der nun selbst vom Grafen Posadowsky beklagten Höhe aufgewachsen ist.

Vor zwei Jahren wurde die Anleihe- und Verschuldungswirtschaft lebhaft befürwortet. Jetzt wird sie von derselben Regierung lebhaft beklagt. Damals galt es freilich die Durchführung der kolossalen Marineforderungen nicht durch Forderung neuer das Volk belastender Steuern erschweren. Jetzt ist es angemessen, die Anleihewirtschaft zu bejammern, denn es gilt, die drohende Herabsetzung der Verbrauchsabgabe auf Zucker zu hindern. Je nach den politischen Zwecken, welche die Regierung gerade verfolgt, ändern sich die Ansichten, die sie der Volksvertretung über das Finanzwesen auftischt.

Aber weiter. Bei denselben Beratungen über die Marinevorlage stellte die Regierung bekanntlich die Finanzlage als eine überaus glänzende dar. Jetzt ist all der Glanz verschwunden und Graf Posadowsky schildert in beweglichen Tönen die furchtbare Finanznot. Anfang 1900 legte die Regierung der Budgetkommission eine Tabelle vor, die das Steigen der Reichseinnahmen zeigte, und sie sträubte sich lebhaft gegen das Verlangen, neue Steuern zu schaffen. Damals sprach man von „Steuern auf Vorrat", Steuern, die eigentlich ganz unnötig seien. Als dann das Centrum, um den Anleihebedarf ein wenig zu mildern, dennoch seine Steuerprojekte durchzusetzen begann, sprach der Reichsschatz-Sekretär Freiherr von Thielmann, den angebotenen Steuersegen abwehrend, die jetzt geradezu denkwürdigen Worte:

„Die Steuern unter 1 (Stempelsteuer) würden etwa vierzig Millionen bringen. Man müsse aber auch die stetige Steigung der Reichseinnahmen in Betracht ziehen, ein Teil davon werde ganz wie seither auch künftig für die Flotte verfügbar sein. **Seine Sorge** gehe für die nächsten Jahre mehr dahin, **was man mit den Ueberschüssen aus den vorgeschlagenen neuen Steuern beginnen solle,** als wie die Mehrkosten zu decken seien."

So klang es damals, als man den Traum der neuen Weltpolitik zu träumen begann. Jetzt wiederum klingt es ganz anders. Jetzt sagt Graf Posadowsky:

„Da die Debatte über Konvention und Gesetz verbunden ist, will ich auch sofort auf die Anträge eingehen, die in finanzieller Beziehung gestellt sind. Sie alle, meine Herren, wissen am besten, **in welch außerordentlich schwieriger finanzieller Lage sich das Reich befindet.** (Hört! hört!) Sie wissen auch, daß die verbündeten Regierungen aus allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Gründen auf die Annahme der Brüsseler Zuckerkonvention den höchsten Wert legen müssen. Ist es nun richtig, frage ich, daß Sie uns bei dieser Sachlage auf finanziellem Gebiete Bedingungen auferlegen, die nach der Auffassung einer Anzahl Bundesstaaten äußerst perniziös für die weitere Entwicklung ihrer Finanzen sein müssen, ja nach der Auffassung mancher Bundesstaaten völlig unannehmbar sind? Eins werden Sie zugestehen, die Zuckersteuer gehört nicht zu den Steuern, die besonders drückend gewirkt haben. Der Herr Schatzsekretär hat Ihnen in der Kommission ausgeführt, daß im nächsten Jahre die Finanzierung des Reichs-Etats noch unendlich schwieriger sein wird als in diesem Jahr. Von neuen Steuern haben wir meist das Unglück gehabt, gerade solche auszuwählen, die der Mehrheit des Reichstages nicht gefielen. (Heiterkeit. Sehr gut! links.) Ich sehe also vorläufig keine neue Steuer, die geeignet wäre, den finanziellen Nöten des Reiches abzuhelfen und gleichzeitig auf eine Genehmigung des hohen Hauses rechnen könnte. Sie haben die beweglichen Klagen der Einzelstaaten gehört und namentlich der kleineren Staaten, in welch' unmögliche Lage sie kommen bei den jetzigen Finanzverhältnissen des Reiches. Und in demselben Augenblick wollen Sie gegenüber den Vorschlägen der Regierung die Zuckersteuer in einem Maße ermäßigen, das unzweifelhaft dahin führen muß, die Finanzverhältnisse des Reiches noch schwieriger, noch ungünstiger zu gestalten, wie sie schon im gegenwärtigen Augenblick sind."

Gewiß war die Finanzlage Anfang 1900 günstiger als jetzt. Aber die Finanzmänner der Regierung haben sich nicht nur als schlechte Propheten erwiesen. Sie haben sich nicht nur gröblich geirrt über den allgemeinen Gang der wirtschaftlichen Entwicklung. Ihr Verhalten ist zehnmal schlimmer.

Anfang 1900 ließ sich die Finanzlage zwar rosig an, aber nicht rosig genug, um bei den außerordentlichen Marine- und Weltmachtsplänen neue Steuern abweisen zu dürfen. Aber man erklärte neue Steuern als unnötig, um die Marinemilliarden durchzudrücken.

Jetzt ist die Finanzlage schlechter als vor zwei Jahren, oder sie ist keineswegs so schlecht, um den vielstimmigen Finanzjammer der Regierung ernsthaft als berechtigt erscheinen zu lassen. Die „Finanznot" besteht nur darin, daß die Einzelstaaten zu den unsinnig übermäßigen Reichsausgaben, die sie selbst verursacht haben, einige Millionen aus der eignen Tasche bezahlen müssen.

Und ganz furchtbaren Umfang nimmt die Finanznot an, sobald es dem Reichstag beifällt, eine geringe Herabminderung der schweren Last der indirekten Besteuerung zu fordern.

Will man Artillerievorlagen und Marineprogramme durchsetzen, so schwimmt man im Fett. Soll jedoch die Bürde des Volkes ein wenig erleichtert werden, dann wird das Gespenst der Finanznot an die Wand gezeichnet. Und bei alledem hat man im Reiche 2½ Hundert Millionen für China übrig und in Preußen 2½ Hundert Millionen für Polenbekämpfung übrig!

All diese Finanzhexereien brechen in ihrer Verlogenheit kläglich zusammen vor der befreienden Lösung **einer Reichssteuer auf die besitzenden Klassen!**

Der Reichstag

hat am Dienstag die zweite Lesung des Zuckersteuer-Gesetzes zu Ende geführt. Es war nicht leicht, das vollbesetzte Haus sieben Stunden lang zusammenzuhalten; aber der Präsident bestand auf seinem Kopf und ließ nicht eher Vertagung eintreten, bis, vom Saccharingesetz abgesehen, alles erledigt war.

Am lebhaftesten gestaltete sich die Debatte über die Kontingentierungsfrage. Hier platzten die Geister heftig aufeinander. Herr Richter, der sonst das Centrum nur mit Glacéhandschuhen anfaßt, nannte im Eifer des Gefechts den einflußreichen Abg. Müller-Fulda den Verführer dieser Partei, weil auf dessen Betreiben der Kontingentierungsplan in den Kommissionsbeschlüssen Gestalt angenommen hat. Genosse **Schippel** spitzte seine Rede mit großem Geschick darauf zu, den Agrariern die Interessengegensätze zwischen dem östlichen Rübenbau und der Zuckerproduktion in den alten Zuckergebieten vor Augen zu führen. Er lieferte den zahlenmäßigen Nachweis, daß der Rübenbau des Ostens durch die Kontingentierung in seiner weiteren Entwicklung lahm gelegt werde. In der That ließen sich auch einflußreiche Stimmen aus den Reihen der Rechten vernehmen, die sich gegen die Kontingentierung wandten und bei der schließlichen namentlichen Abstimmung fiel die Kontingentierung gegen 194 Stimmen. Die ablehnende Mehrheit setzte sich aus der gesamten Linken, den Polen, Antisemiten, dem größten Teil der Nationalliberalen, einem großen Teil der Konservativen und einigen Centrums-Abgeordneten zusammen. Durch diese Abstimmung ist dem Zuckersteuergesetz ein besonders gefährlicher Giftzahn ausgebrochen worden.

Gleichfalls recht lebhaft gestaltete sich die Debatte über die Höhe der **Zuckersteuer**. Hier griff Genosse **Ledebour** mit einer vortrefflichen Rede ein, die den Gedanken der Reichs-Einkommensteuer verteidigte. Als unser Genosse bei der Erörterung der Finanzlage des Reiches von weiteren Flottenplänen sprach, die im Gange sind, und dabei den Marinetabellen des Kaisers einige Bemerkungen widmete, griff Präsident Graf Ballestrem nervös ein und rief ihm zur Sache. Ledebour erwiderte witzig, er müsse sich dann das nähere Eingehen solange aufsparen, bis die Marinetabellen im Reichs-Anzeiger als Illustrationen abgedruckt seien.

Unser Antrag auf volle Steuerfreiheit wurde gegen unsre Stimmen und die der Polen und des Bundes der Landwirte abgelehnt. Bei der Festsetzung der Steuer hatten die Freisinnigen die Führung. Ihr Kompromiß mit der Regierung, der die Steuer auf 14 M. festsetzt, wurde unter Aufgabe des Kommissionsbeschlusses, der eine Steuer von 12 resp. 10 M. festgesetzt hat, mit großer Mehrheit angenommen.

Der Ueberzoll wurde nach dem Kommissionsantrage, unter Ablehnung unsres Antrages, auf 4,80 M., also so hoch, als die Konvention es nur zuläßt, angenommen und der Zeitpunkt für das Inkrafttreten auf den 1. September 1903 festgesetzt. Herr v. Roon und Herr Müller-Fulda hatten, um der Regierung zu einer amtlichen Erklärung über ihre Stellung zur Erdrosselung der Saccharinindustrie zu nötigen, das Inkrafttreten des Zuckersteuer-Gesetzes von dem gleichzeitigen Inkrafttreten des Saccharin-Gesetzes abhängig gemacht. Schatzsekretär Frhr. v. **Thielmann** gab über die Stimmung der Mehrzahl der verbündeten Regierungen die gewünschte Auskunft ab. Der Bundesrat ist danach bereit, der Saccharinindustrie nach dem Rezept der Kommissionsmehrheit den Garaus zu machen. Darauf zogen die beiden Abgeordneten ihren Antrag zurück.

Am Mittwoch beginnt die Sitzung zu ungewohnt früher Stunde. Offenbar besteht die Absicht, nach Erledigung des Saccharin-Gesetzes sofort noch eine zweite Sitzung zu veranstalten und dann die dritte Lesung des Zuckersteuer-Gesetzes und die Gesamtabstimmung über Zucker und Branntwein vorzunehmen. —

Die Lex Adickes im Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Dienstag in zweiter Lesung den Gesetzentwurf betr. die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M., die sog. **Lex Adickes**. Diese Vorlage, die nach Ansicht bürgerlicher Socialpolitiker einen wer weiß wie großen Schritt auf dem Gebiete der Bekämpfung des Wohnungselends bedeutet, hat ein eigenartiges Schicksal erfahren. Zweimal ist sie vom Herrenhause beraten, aber infolge des frühzeitigen Sessionsschlusses nicht mehr verabschiedet worden, und jetzt, wo es so scheint, als ob sie wirklich Gesetz werden soll, hat sie durch die vom Abgeordnetenhause getroffenen Aenderungen jede Bedeutung verloren, sie ist zu einem Gesetz rein lokalen Charakters umgestaltet.

Die Vorlage bestimmt, daß für Frankfurt a. M. für überwiegend unbebaute Teile des Gemeindebezirks, für die der Bebauungsplan endgültig festgestellt ist, aus Gründen des öffentlichen Wohles zur Erschließung von Baugelände sowie zur Herbeiführung einer zweckmäßigen Gestaltung von Baugrundstücken die Umlegung von Grundstücken verschiedener Eigentümer bewirkt werden. Nach Anhörung des zuständigen Provinzial- oder Kommunal-Landtages sollte das Gesetz nach dem Regierungsentwurf auf andere Gemeinden, sofern sie es beantragen, durch kgl. Verordnung sinngemäß ausgedehnt werden können. Diese Ausdehnung hat die Kommission gestrichen, also das Gesetz auf Frankfurt a. M. beschränkt. Im übrigen laufen die zahlreichen Aenderungen der Kommission auf eine Erschwerung der Voraussetzungen für die Umlegung und auf eine Begünstigung der Grundbesitzer hinaus. So sollen die Eigentümer für das zu Straßen und Plätzen über den Flächeninhalt der eingeworfenen öffentlichen Wege und Plätze hinaus erforderliche Gelände eine Entschädigung in Geld erhalten, soweit dies Gelände 35 Proz. der von den Eigentümern eingeworfenen Grundfläche übersteigt. Dem Plenum ging diese Entschädigung noch nicht weit genug, es beschloß, bereits bei einer Uebersteigung des Geländes um 30 Proz. der Grundfläche die Entschädigung zu gewähren.

Nach den Aenderungen der Kommission, denen sich das Haus im wesentlichen anschloß, werden die Grundbesitzer zweifellos ein gutes Geschäft mit dem Gesetz machen; ob aber auch die Mieter Vorteil davon haben, ist zum mindesten zweifelhaft.

Am Mittwoch steht u. a. der Bericht der Kommission über den Antrag Graf Douglas betreffend die Bekämpfung des übermäßigen **Alkoholgenusses** auf der Tagesordnung. —

Der „Zuckerfrieden".

Der gewaltige „Zuckerkonflikt", von dem in der freisinnigen Presse so wild gelärmt wurde, ist ausgegangen, wie jeder verständige Mensch annehmen mußte; die Zuckerkonvention ist mit ebenso großer Mehrheit angenommen worden wie die Zuckersteuer. Man hat sich der Regierung gefügt und selbst auf die Kontingentierung verzichtet, und auch die Verbrauchsabgabe hat man dem fiskalischen Interesse der Regierung angepaßt. Zum Entgelt hat die Regierung dem verlorenen, aber um so heißer geliebten Sohne aus Ostelbien die Saccharinindustrie geschlachtet. Es war also wieder einmal nichts. Der alte Junker lebt noch, und das freisinnige Bürgertum regiert immer noch nicht.

Als dauernde Erinnerung an diese Episode der freisinnigen Regierungsträume bleibt nur übrig, daß die freisinnigen Volksparteien in der That — ohne jeden sachlichen Grund — eine Erhöhung der Zuckersteuer über den Kommissionsbeschluß hinaus beantragt und (**das Verdienst** haben sie!) durchgesetzt haben. An den freisinnigen Parteien bleibt in der That die Schuld haften, daß sie aus Liebedienerei gegenüber der Regierung ohne Not eine Erhöhung einer drückenden indirekten Steuer veranlaßt haben. Hätten die freisinnigen Gruppen sich dem Kommissionsbeschluß angeschlossen, so wäre es höchst wahrscheinlich gelungen, die Steuer auf 12 und 10 M. herabzusetzen, sie haben aber den Ausschlag zu Gunsten der 14 Mark-Steuer gegeben.

Man hat nun wenigstens eine kleine Probe, wie der Freisinn wirtschaften würde, wenn eine boshafte Laune des Schicksals ihn wirklich einmal regierungsfähig machen würde. Wenn er schon um des Phantoms der Regierungsfähigkeit willen sein Programm in den Ofen wirft, so würde er im Ernstfalle alles abschwören und beschwören, was man von ihm verlangt. —

Deutsches Reich.

Kein Strohmann!

Nachdem der „Hamburgische Korrespondent" erzählt, wie es gekommen, daß Graf Bülow bei der Zollinterpellation im Abgeordnetenhause das Lokal verließ, glaubt die katholische „Kölnische Volks-Zeitung" folgende ergänzende Anekdoten erzählen zu können:

„Drei Tage vor der Verhandlung habe das Staatsministerium beschlossen, den Interpellanten eine **entgegenkommende Antwort** zu erteilen. Darauf habe Graf Bülow dem Kaiser darüber Vortrag gehalten, und dieser habe erwidert: **„Nein, das wird anders gemacht,"** und dem Kanzler befohlen, in scharfer Weise jede Antwort abzulehnen."

Die „Kölnische Volks-Zeitung" meint, wenn diese Darstellung wahr wäre, so würde daraus hervorgehen, daß Graf Bülow lediglich der „verantwortlich zeichnende Redacteur" der deutschen Politik wäre.

Das ist eine unverdiente Herabsetzung des ehrenwerten Standes der verantwortlichen Redacteure. Die — wenigstens in einem anständigen Blatt — das unumschränkte Recht haben, alle Dummheiten und Unüberlegtheiten zu korrigieren oder hinauszuwerfen. Nach der Anekdote der „Kölnischen Volks-Zeitung" aber wäre der Kanzler lediglich einer jener Stroh- und Sitzredacteure, der nach der klassischen Antwort jenes Redacteurs eines Berliner Vorortblättchens, von dem wir neulich erzählten, sich in jedem Falle damit entschuldigen darf: er sei ja „nur" Redacteur, er könne doch den Verleger nicht zwingen.

Aber Graf Bülow ist weder verantwortlicher Redacteur, noch gar Sitzredacteur: er ist vielmehr — irgend etwas andres, für das es im Deutschen bisher weder einen Begriff noch einen Ausdruck giebt. Graf Bülow erklärt selbst, daß er kein Strohmann sei, sondern eben jenes unbestimmbar andere. In diesem Sinne erzählt die **Norddeutsche Allgemeine Zeitung** soeben das Folgende:

„In verschiedenen Blättern tauchen über die Vorgeschichte der vom **Ministerpräsidenten Grafen v. Bülow** am 2. Juni im **Abgeordnetenhause** abgegebenen **Erklärung** allerlei Erzählungen auf, denen der Gedanke gemeinsam ist, daß Graf v. Bülow anfänglich eine entgegenkommende Antwort auf die Interpellation beabsichtigt habe und erst durch Se. Majestät den Kaiser und König zu einer andern Haltung gedrängt worden sei. Am weitesten geht darin ein rheinisches Blatt, das sogar angebliche Aeußerungen Sr. Majestät mitzuteilen weiß, durch die ein entgegenkommender Beschluß des Staatsministeriums umgestoßen worden sei. **Wir müssen dieses Geschichtentragen als Unfug bezeichnen,** und stellen, um jeder weiteren Mythenbildung vorzubeugen, hiermit fest, daß es **für den Reichskanzler und Ministerpräsidenten keinen Augenblick des Schwankens darüber gab, welche Haltung ihm durch die Interpellation aufgenötigt war,** und daß er hierbei ebenso auf das Vertrauen der Krone wie auf die einstimmige Unterstützung des Staatsministeriums rechnen konnte.

Zunächst ist an dieser offiziösen Verlautbarung zu bemerken, daß sie sich nur gegen die Gerüchte der „Köln. Volksztg.", nicht aber gegen die Darstellung des „Hamb. Korresp." richtet; denn hier war behauptet worden, daß Herr v. **Podbielski** der Rechten ursprünglich eine entgegenkommende Erklärung des Grafen Bülow zugesichert hatte.

Im übrigen glauben wir gern, daß zwischen der Audienz beim Kaiser und der Regierungserklärung ebenso wenig ein entscheidender Zusammenhang besteht, wie, der Beteuerung des Grafen Bülow zufolge, zwischen der Hohkönigsburg und der Aufhebung des Diktatur-Paragraphen.

Nur **eine** offene Frage beantwortet vielleicht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung". Sie behauptet, daß es „für den Reichskanzler und Ministerpräsidenten keinen Augenblick des Schwankens darüber gab", daß ihm durch die Interpellation jene **staatsrechtlich** und **politisch** gleich unverständliche Haltung aufgenötigt war. Die konservativ-klerikale Interpellation ist bereits im **März** d. J. eingebracht. **Seit wann** war nun der Kanzler in der glücklichen Lage, keinen Augenblick schwanken zu dürfen? Seit dem März? —

Der Pulverring und seine Gemeingefährlichkeit kam in der Dienstagssitzung der Zolltarif-Kommission in umfangreicher Weise bei den Positionen 361 und 362 zur Sprache. Die Vorlage schlägt einen Zoll von 20 Mark für das bisher zollfreie Schießpulver und für die mit 3 Mark Zoll belegte Schießbaumwolle und Kollodiumwolle vor. Für Sprengpulver, Dynamit (bislang zollfrei) will die Vorlage 5 Mark Zoll eingesetzt wissen, ebenso für das zur Zeit mit einem Dreimarkzoll belegte Knallgold, Knallsilber usw. in Hülsen. In der Debatte gab selbst der Centrums-Abgeordnete Müller-Fulda zu, daß die Abfindungssummen, die das Pulverkartell an die Schweiz und Belgien zahlen, dessen Gemeingefährlichkeit illustriere. Der größere Teil seiner Fraktionsgenossen wollte dennoch wenigstens einen Zoll von 12 M. zubilligen. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Paasche wollte die Gefahr des Kartells für die Militär-Verwaltung und die Reichs-Finanzen nicht zugeben und suchte wiederholt die detaillierten Ausführungen des Abg. Hoch abzuschwächen. Die Mehrheit trat ihm nicht bei. Zwar fiel noch der socialdemokratische Antrag auf gänzliche Zollfreiheit. Es gelangte aber der Antrag Gothein zur Annahme, der für Schießpulver, Sprengpulver und andre Sprengmittel Zollfreiheit verlangt und nur dann mit einem Zoll von 3 Mark belegt, wenn diese Stoffe in Hülsen oder Kapseln eingehen. Der Antrag gelangte mit 18 gegen 12 Stimmen zur Annahme, weil der Abg. Müller-Sagan bei der Abstimmung nicht fehlte. In der Mittwochsitzung will sich die Kommission über ihren Ferienplan verständigen. Voraussichtlich wird die Kommission bis Anfang August tagen und dann eine mehrwöchentliche Pause eintreten lassen. —

Minister v. Thielen soll, wie schon früher behauptet wurde, nach der „Nat.-Ztg." bestimmt **unmittelbar nach Beendigung der Landtagssession** in den **Ruhestand** treten. Die Agrarier Preußens werden in ihm den Minister betrauern, der sie vergeblich zu dem vom preußischen König gewollten Kanalbau zu bekehren trachtete.

Die „Nat.-Ztg." will ferner erfahren haben, daß der schon von Miquel in Aussicht gestellte Plan einer **Trennung der Wasserbau-Verwaltung** vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten und ihrer Vereinigung mit dem **Landwirtschaftsministerium** jetzt ernstlich verwirklicht werden sollte. —

Der Dreschgraf als verantwortlicher Redacteur. Die „Staatsbürger-Zeitung" giebt auch die letzte „Rede" des Grafen Pückler-Kl.-Tschirne in einer „Extra-Ausgabe" heraus, die auf den Straßen Berlins vertrieben wird. Aber der deutsche Heldenmut ist in der Redaktion des Blattes ausgestorben. Niemand wagt mehr die edlen Phantasien des Rattensehers von Kl.-Tschirne verantwortlich zu zeichnen. Und so hat denn der Graf selbst unter die kommandierenden Generale gehen müssen und die „Extra-Ausgabe", samt einer Abonnementseinladung für die „Staatsbürger-Zeitung" zeichnet „preßgesetzlich verantwortlich: Graf Pückler-Kl.-Tschirne, z. Z. Berlin".

Nach einer neuerlich beliebten, aber sehr bedauerlichen Rechtsauslegung gelten solche **gelegentlich** zeichnenden verantwortlichen Redacteure nicht als vollwertig und es kann der „eigentliche" Redacteur trotzdem verantwortlich gemacht werden. Der „eigentliche" Mann also mag beizeiten den Koffer packen, um nach Wien zu reisen.

Graf Pückler selbst übt seine neue Thätigkeit mit einer Schneidigkeit und Unerschrockenheit, die in den Kreisen der nicht-gräflichen verantwortlichen Redacteure einiges Aufsehen erregen muß. Er zeichnet z. B. für folgende Aufforderung verantwortlich:

„Sie wollen ja immer (zu den Socialisten) so eine kleine Revolution machen; meine Herren, wenn Sie aber warten wollen auf den großen Kladderadatsch, dann können Sie vielleicht noch ziemlich lange warten, und sterben möglicherweise unterdessen, und dann haben Sie gar nichts von den großen Opfern, die Sie gebracht für Ihre Partei. Ich rate Ihnen also dringend, machen Sie mit uns den kleinen Kladderadatsch und **verdreschen Sie mit uns die Juden,** dann haben Sie doch wenigstens ein **kleines Vergnügen** gehabt. Die Sache wird Ihnen schon Spaß machen, ich versichere Sie, nur müssen Sie endlich den Anfang machen; **denn nichts geht über eine schöne, frische und fidele Keilerei."**

Hübsch sind auch die folgenden Geständnisse:

„Wie Sie alle in den Zeitungen gelesen haben werden, war von dem Glogauer Landgericht gegen mich, **weil ich eine kleine Feldbahn kurz und klein geschlagen hatte** und zu dem Termin nicht erschienen war, ein Steckbrief erlassen worden. . . . Plötzlich las ich in den Zeitungen, daß ein **Steckbrief** gegen mich erlassen werden sollte. Bei dieser Nachricht habe ich mich allerdings schleunigst aus dem Staube gemacht, denn ich kann mir doch unmöglich gefallen lassen, daß ich wie ein gemeiner Verbrecher verhaftet und ins Gefängnis geworfen werde. Eine solche **unwürdige Behandlung** habe ich meiner Ansicht nach nicht verdient. . . . Ich beschloß daher, nach der Schweiz zu gehen und dort zu bleiben, bis die Behörden **mich wieder anständig behandeln** würden."

Auch für die Behauptung muß Graf Pückler die Verantwortung übernehmen, daß die antisemitischen teutschen **Jungfrauen** die Angewohnheit haben, Söhne und Töchter zu haben. Denn also sprach der Dreschgraf:

„. . . Frauen und **Jungfrauen** von Berlin, seid auf Eurer Hut, damit **Eure Kinder, Eure Söhne und Töchter** freie Männer und tüchtige Frauen werden und nicht dereinst herabsinken zu Judendienern und Judensklaven."

Was bezahlt Graf Pückler für die Ehre, verantwortlicher Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung" zu sein? —

Wegen Bethätigung socialdemokratischer Gesinnung hatte sich vor dem Kriegsgericht in **Leipzig** der Soldat Engelhardt von der 7. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 106 zu verantworten. Am 9. Mai war mittags von 12 bis 1 Uhr bei der Abteilung des Angeklagten Putz- und Flickstunde. In dieser unterhielt sich Engelhardt mit einem Kameraden über das Civilleben und meinte, wenn er jetzt draußen wäre, hielte er jetzt sein Mittagsschläfchen, hätte um 7 Uhr Feierabend und verdiente noch ein schönes Stück Geld dabei. Der andre entgegnete ihm, er würde wohl draußen doch nicht so viel verdient haben, da er nach seiner Schätzung wohl die Woche höchstens 8 bis 10 Mark gehabt hätte. Engelhardt warf hiergegen ein, „ein Roter stelle sich nicht für 8 bis 10 Mark hin und arbeite". Der andre fragte ihn hierauf, ob er denn auch ein „Roter" sei, worauf Engelhardt erwiderte: „Ja wohl, das versteht sich, das kannst Du Dir doch denken." Der Angeklagte giebt zu, diese Aeußerung gethan zu haben, will sich aber dabei nichts gedacht haben. Er hat sich im Dienste gut geführt und sonst keinerlei Anlaß zu Klagen gegeben. Das Kriegsgericht nahm an, daß sich der Angeklagte der Tragweite seiner Worte nicht bewußt gewesen sei und sah daher auch von der Anwendung des § 102 des Militär-Strafgesetzbuches ab, der die „Erregung von Mißvergnügen unter den Soldaten" mit Gefängnis bis zu drei Jahren trifft. Doch wurde Engelhardt **wegen Ungehorsam im Dienst mit vierzehn Tagen Mittelarrest** bestraft. —

Hinter verschlossenen Thüren. Der **Lieutenant Mehlis** vom 10. sächsischen Infanterie-Regiment Nr. 134 hatte sich vor dem Kriegsgericht zu **Leipzig** wegen **vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen** zu verantworten. Zu der Verhandlung, die „wegen einer zu befürchtenden Gefährdung der Disciplin" unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt wurde, waren sechs Zeugen, Soldaten aus der dem Lieutenant unterstellten Abteilung, geladen. Das Urteil des Kriegsgerichts diktierte dem Lieutenant wegen vorschriftswidriger Behandlung von Untergebenen in acht Fällen eine Strafe von **vierzehn Tagen Stubenarrest**.

Der Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde **selbst während der Verkündigung der Urteilsgründe** aufrecht erhalten. —

Milde Militärjustiz. Aus **der Pfalz** wird uns geschrieben: Eine merkwürdige Auffassung über den Charakter einer schweren Mißhandlung bekundete dieser Tage das Kriegsgericht der dritten bayrischen Division zu **Landau**. Der Feldwebel **Schäfer** der 6. Compagnie im 18. Infanterie-Regiment hatte am 14. April einen Soldaten seiner Compagnie wegen irgend einer begangenen Verfehlung zu vernehmen. Weil derselbe nun seine Antworten ein in bedachtsamer Weise gab und auf verschiedene Fragen auch gar keine Antworten gab, packte der Inquisitor den Soldaten vorn am Rock, so daß derselbe an Komode und Schrank anstieß und zuletzt hinfiel. Um dem Daliegenden wieder aufzuhelfen, langte der Herr Feldwebel nach einem Besenstiel, mit dem er den auf dem Boden Liegenden schlug; als dieser aufgestanden und nicht sofort die Hände an der Hosennath hatte, schlug er ihn auch noch auf die Hände. Das Gericht erkannte für diese Roheit auf **die geringst zulässige Strafe: 8 Tage gelinden Arrest.** —

Darmstadt, 10. Juni. Die **Zweite Kammer** hat den Antrag Schmidt und Gen., die Beratung des **Main-Neckarbahn-Vertrages zu verschieben** und die Regierung zu ersuchen, zum Zwecke einer Revision des Vertrages von 1896 mit der preußischen Regierung in Verbindung zu treten, mit 29 gegen 20 Stimmen **abgelehnt** und darauf **den Staatsvertrag** betreffend die Main-Neckarbahn mit 31 gegen 17 Stimmen (darunter die Stimmen der Socialdemokraten) **angenommen**. —

Die „Freisinnige Zeitung" machte in Nr. 133 einen höchst verunglückten Versuch, ihren hohen Chef herauszureißen. Sie polemisiert unter andern gegen unsre Notiz vom 8. Juni wie folgt:

„Ein magisterliches Dreinreden Richters in die Maßnahmen der socialdemokratischen Fraktion hat bei der zweiten Lesung (des Toleranz-Entwurfs) gar nicht stattgefunden."

Wie kann man nur so vergeßlich sein! In der 182. Sitzung wies der Abg. Bebel die plumpen Versuche Richters, sich als Hof-

meister der Socialdemokraten aufzuspielen, nicht einmal, sondern thatsächlich dreimal scharf pointiert zurück und hob dabei zum Schluß hervor:

„Ich weise auf das entschiedenste zurück, daß wir uns von irgend einer Partei oder Person vorschreiben lassen, wie wir in den Debatten des Hauses verfahren sollen."

Die „Freisinnige Zeitung" faselt sodann von dem Toleranz-Antrag im allgemeinen und der schweren Gefährdung desselben durch den socialdemokratischen Antrag auf Weltlichkeit im besonderen. Der „Vw." könne zwischen dem allgemeinen Antrag und dem besonderen § 2b nicht unterscheiden. Verbessernde Zusatzanträge (z. B. Antrag Schrader) hätten dem Totalentwurf „die Mehrheit entzogen". Das soll also heißen: Die Mehrheit würde einen Zusatzantrag annehmen, er gelangt so in den Entwurf, nun aber lehnt die Mehrheit den ganzen Entwurf ab, weil sich in demselben der von ihm angenommene Zusatzantrag befindet. Eine geradezu Mitleid erregende Klopffechterei. — Wie sehr aber die „Frs. Ztg." sich selbst ins Unrecht setzt, das erweisen die stenographischen Berichte der 181., 182. und 187. Plenarsitzung des Reichstags.

Und nun die bange Sorge der „Frs. Ztg." um Halle-Saalkreis. Es ist richtig, daß der Abg. Kunert 1898 in der Stichwahl gewählt wurde, aber die „Frs. Ztg." vergißt, daß dem Socialdemokrat damals nur ein Viertelhundert Stimmen fehlten, um im ersten Wahlgange zu siegen, wie im Jahre 1896.

Kurz, es ist „dem Abg. Kunert noch immer nicht klar geworden", daß alle diese Dinge so liegen, wie sie Herr Richter liegen sieht. Es ist ein großer Mangel des Abg. Kunert, daß er für wahrhaft große Männer verständnislos ist. Leider hat er das in der 187. Sitzung des Reichstages selbst zugeben müssen in den Worten:

„Ich habe kein Verständnis dafür, daß man in rücksichtsloser Weise rechthaberisch ist, kein Verständnis dafür, daß man diktatorischen Neigungen nachgiebt, daß man eine ganz wohnhafte Vorstellung von dem eigenen Wert hat; auch besitze ich keinerlei Verständnis dafür, daß man eine große Partei — um einen Richterschen Ausdruck zu gebrauchen — so vollständig „kaput" macht, daß nur noch Rudimente von vergangener Pracht zeugen." — — —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Gegen die Marienburger Rede.

Wien, 10. Juni. Der Abgeordnete Klofas interpellierte im Abgeordnetenhause die Regierung, ob dieselbe nicht geneigt sei, in irgend einer passenden Form gegen die Marienburger Rede des **deutschen Kaisers** Stellung zu nehmen. —

Italien.

Socialistische Wahlerfolge in Turin.

Wie das „Bureau Laffan" aus Turin meldet, bedeutet das Ergebnis der Ergänzungswahlen für den Stadtrat in Turin einen bedeutenden Fortschritt der socialdemokratischen Bewegung. 20 der neuen Stadträte dürften der Socialdemokratie angehören, wodurch deren Vertreter im Stadtrate auf 36 steigen würden. Die Regierung soll die Absicht haben, unter diesen Umständen zur Auflösung des Stadtrates zu schreiten und einen königlichen Kommissar mit der städtischen Verwaltung zu betrauen.

Turin, die Wiege des Hauses Savoyen, galt bis vor kurzer Zeit als echt konservative Stadt! Der Erfolg der socialdemokratischen Bewegung ist um so höher einzuschätzen, als bisher Turin eine streng konservative Vertretung hatte. —

England.

Der neue Getreidezoll. Im Unterhaus wurde ein Antrag des Liberalen Channing, die Geltung des Getreidezolles nur auf ein Jahr zu beschränken, mit 236 gegen 173 Stimmen abgelehnt. —

Rußland.

Aus Anlaß der Ereignisse in Wilna wurde eine große Anzahl Flugblätter des „Centralkomitees des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes" in russischer, jüdischer und polnischer Sprache verbreitet.

Das Wilnaer Komitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes erließ sofort nach dem Attentat auf v. Wahl eine Proklamation, aus der wir einige Ausführungen entnehmen. Unter anderm heißt es: „Wir Socialdemokraten, die wir die terroristische Kampfesweise als unzweckmäßig erachten, schließen uns dem allgemeinen Jubel an, der infolge des Attentats unter der Bevölkerung unsrer Stadt herrscht, und begrüßen den furchtlosen Kämpfer, der die von den Zarenschergen barbarisch mit Füßen getretenen Menschenrechte durch seine aufopferungsvolle Heldenthat gerächt. . . . Wir russischen Unterthanen und im besondren russischen Juden sind an alle Art Willkür reichlich gewöhnt; vor unsren Augen sehen wir tagtäglich Menschen beim geringsten Verdacht seitens der Polizei in die Kerker werfen und in die wüsten Eisfelder Sibiriens verbannen. Aber dem Zarenschergen v. Wahl, in seinem wahnsinnigen Bestreben, die Feinde des Zarismus auszurotten, sind alle diese Mittel nicht streng genug. Er wagte es im 20. Jahrhundert selbstbewußte Kämpfer für eine Idee der grausamsten, der fürchterlichsten aller existierenden Strafen zu unterwerfen.

Dieses schändliche Verbrechen konnte nicht ungestraft bleiben. Und es fand sich ein grimmer Rächer. . . .

Wir sind stolz auf die jüdische Arbeiterklasse, denn sie hat aus ihrer Mitte einen Menschen hervorgebracht, der die seinen Nächsten angethanene Beleidigung lebhaft mitfühlt und sie als die seinigen betrachtet; wir sind froh, daß das Attentat auf v. Wahl ein jüdischer Arbeiter verübt hat, denn das zeigt, daß in den Tiefen des jüdischen Proletariats gewaltige Umgestaltungen vorgegangen sind: der jüdische Arbeiter hat aufgehört, ein eingeschüchterter, geduldiger Sklave zu sein. Er ist gewachsen, er ist gewaltig gewachsen! Es ist aus ihm ein stolzer und mächtiger Kämpfer geworden, der dreist sein Recht fordert, heldenmütig für seine Freiheit, seine Ehre und Menschenwürde sein Leben einsetzt!"

Amerika.

Washington, 10. Juni. Das Repräsentantenhaus hat den **Gesetzentwurf gegen die Anarchisten** angenommen, nach welchem Attentäter gegen fremde Gesandte und Minister mit dem Tode bestraft werden. —

Die Zolltarif-Kommission

des Reichstags beschäftigte sich am Dienstag zunächst auf eine Anregung des Vorsitzenden **Rettich** mit der Frage, wie es des weiteren mit den Sitzungen der Zolltarif-Kommission gehalten werden solle.

Graf **Kanitz** (k.): Die kurzen Pausen von drei Tagen nützen den entfernt Wohnenden nichts. Er schlage vor, **zwei Wochen zu tagen und die dritte Woche frei zu lassen.**

Rettich (k.) schlägt vor, zwischen **12 Sitzungen** immer **5** sitzungsfreie Tage einzuschieben.

Speck (C.) wünscht für Ende Juni eine längere Pause wegen Teilnahme einzelner Abgeordneter an der **Ostsee-Flottenreise,** wie zum Beispiel der Abgeordneten Müller-Fulda und Paasche. Redner tritt dafür ein, bis zum 21. Juni zu sitzen und dann eine Woche Pause zu machen.

Spahn (C.) plaidiert für den bisherigen Modus, d. h. kontinuierlich durchzuarbeiten, ebenso Abg. **Müller-Fulda** (C.) für Monat Juni.

Gothein (frs. Vg.) schlägt vor, an vier Tagen der Woche Sitzungen abzuhalten, am Freitag zeitig zu schließen, um den Abgeordneten die Heimreise zu ermöglichen, im übrigen ohne Mittagspause von 9 bis 2 Uhr zu tagen.

Dr. **Blankenhorn** (natl.) schließt sich den Ausführungen Gotheins an.

Vorsitzender **Rettich** teilt mit, daß morgen erörtert werden soll, ob nach Beendigung der ersten Lesung eine Pause eintreten soll.

Darauf trat die Kommission in die Beratung der Zölle für **Schießpulver,** das bisher zollfrei war und jetzt mit einem Zoll von 20 Mark belegt werden soll. Für Schießbaumwolle, Dynamit, Knallgold, Knallsilber, Kollodiumwolle und andre Sprengstoffe, die bisher zollfrei waren, sind Zölle von 3 bis 5 Mark vorgesehen.

Gothein (frs. Vg.) beantragt Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes. Er bedauere, daß in der Rottweiler Petition nicht auch die Höhe der Dividende angegeben ist. Die Agitation für den Dynamitzoll gehe von der internationalen Nobel-Dynamit Trust Co. aus.

Hoch (Soc.): Der Pulverring verlangt hohe Zölle, um seine Herrschaft zu befestigen. Er wendet ungeheure Summen auf, um alle Fabriken in den Ring hinein zu zwingen. Von Krupp, Löwe usw. werden hohe Summen gezahlt. Als Gründe für den Zoll werden die Sicherheitsvorschriften angeführt. Auch in andren Ländern sind ähnliche Sicherheitsvorschriften vorhanden und haben doch auch die Kapitalisten ein Interesse daran, daß ihre Fabriken nicht in die Luft fliegen. Das **Kartell** hat überall, wo es konnte, die **Abnehmer in der schamlosesten Weise ausgebeutet.** Für **Pulver,** welches für **4 M. hergestellt** wird, müßte die **Militärverwaltung 11 M. zahlen.** Die Köln-Rottweiler Fabrik hatte 1900 bei einem Umsatz von 11 381 289 M. einen Reingewinn von 3 649 944 M. Die jetzige Vorlage wird das Kartell stärken und demselben ungemessene Summen bringen. Diese Zölle haben nur die Wirkungen, sehr reichen Leuten große Profite zuzuwenden.

Spahn (C.) beantragt für Schießpulver einen Zoll von 12 Mark.

Geheimrat **Müller** macht vertrauliche Mitteilungen.

Paasche (natl.) polemisiert gegen Hoch. Vom Pulverring werden nur 7 Proz. des Bedarfs gedeckt.

Hoch (Soc.): Die deutsche Heeresverwaltung habe 1890—1893 drei Millionen Mark an den Pulverring mehr bezahlen müssen, als wenn die gleiche Menge an private Abnehmer geliefert wäre.

Paasche (natl.) bestreitet die Richtigkeit dieser Angaben.

Hoch (Soc.) hält seine Behauptungen in vollem Umfange aufrecht.

Paasche (natl.): Es sei zwecklos, mit den Socialdemokraten zu diskutieren, da sie doch nicht zu belehren seien.

Hierauf wird der **Antrag Gothein** mit 13 gegen 12 Stimmen **angenommen** und die Vertagung auf Mittwoch 9 Uhr beschlossen.

Parlamentarisches.

In der Rechnungskommission des Reichstags legte am Dienstag der Abg. Dr. Hasse (natl.) den Vorsitz nieder, **weil er von keiner Seite die nötige Unterstützung** für die Erledigung der schwierigen Aufgaben dieser Kommission gefunden habe; auch sei eine Einladung zu einer Kommissionssitzung vom Reichstagsbureau nicht beachtet worden. Die Angelegenheit soll nach einer parlamentarischen Korrespondenz später noch das Plenum beschäftigen. Es kommt dabei auch die Teilnahme von Regierungskommissaren an den Sitzungen der Rechnungskommission in Frage. Zunächst wählte sich die Kommission in dem Abg. Beck (natl.) einen andren Vorsitzenden.

Im Wahlkreise Liebenwerda—Torgau, den zur Zeit der Abgeordnete Knörcke im Reichstage vertritt, ist für die nächste Wahl der Arzt Dr. Arthur Bernstein-Charlottenburg als Kandidat der freisinnigen Partei aufgestellt worden. Herr Knörcke wird wegen andauernder Kränklichkeit nicht wieder kandidieren.

Das neue Herrenhaus-Gebäude. Wie die „Deutsche Tageszeitung" hört, wird die Uebersiedelung in das neue Geschäftshaus so erfolgen, daß es mit der ersten Tagung der mit dem Jahre 1904 beginnenden neuen Legislaturperiode eingeweiht werden wird.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Sonntägliche Flugblattverbreitung.** Der Parteigenosse Stöter in Hannover sollte die in allen Verfrommungsverordnungen enthaltene Bestimmung übertreten haben, wonach an Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten verboten sind. Das Vergehen wurde darin gefunden, daß St. eines Sonntags früh zwischen 7 und 8 Uhr in einem Hause Hannovers das Flugblatt „Die Besteuerung des Hungers" verteilte. Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei und führte aus, daß die Verordnung nach ihrem Zwecke, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage zu schützen, nur die öffentlich bemerkbaren Arbeiten verbieten könne, bei denen eine gewisse Anstrengung der Kräfte in die äußere Erscheinung trete und die äußere Heilighaltung des Sonntags zu stören geeignet sei. Eine solche Arbeit könne in dem Verteilen einer Anzahl Flugblätter in einem Hause in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr früh nicht gesehen werden, zumal zur selben Zeit das Austragen von Briefen 2c. durch die Post gestattet sei. Werde hierdurch der Sonntag nicht entheiligt, dann wohl auch nicht durch das Verteilen von Flugblättern in einem Hause, es müßte denn sein, daß der Verbreiter mit einer Mehrzahl von Genossen in auffälliger Weise von Haus zu Haus geeilt wäre. Das sei nicht festgestellt. Auf den Inhalt des Flugblatts komme es nicht an.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, der Strafsenat des Kammergerichts verwarf jedoch das Rechtsmittel mit folgender Begründung: Der Vorderrichter habe sich eines Rechtsirrtums nicht schuldig gemacht, wenn er unter einer öffentlich bemerkbaren Arbeit im Sinne des § 1 der Verordnungen über die äußere Heilighaltung der Sonn- und Feiertage eine solche Thätigkeit verstehe, bei welcher eine gewisse Anstrengung in die öffentliche Erscheinung trete, und wenn er hier in dem außerhalb der Stunden des Hauptgottesdienstes vorgenommenen Flugblattverteilen in einem Hause eine solche Arbeit nicht sehe. Das Urteil sei getragen durch die thatsächlichen Feststellungen des Landgerichts, woraus nicht ersichtlich sei, daß Angeklagter die Blätter in großen, auffälligen und nicht ganz leichten Paketen in die Häuser getragen. In einem solchen, hier eben nicht festgestellten Falle würden die Dinge allerdings anders liegen. So aber sei St. mit Recht freigesprochen.

Aus Industrie und Handel.

Generalversammlung der Aktiengesellschaft Orenstein u. Koppel. In der heutigen Versammlung, die den Geschäftsabschluß sowie die beantragte Statutenänderung genehmigte und an Stelle des Bankdirektors Keßler den Bankier Louis Hagen in Köln in den Aufsichtsrat wählte, ließ sich Direktor Orenstein auf verschiedene an ihn gerichtete Anfragen zu folgender Erläuterung zu dem Geschäftsbericht der Gesellschaft herbei: Er müsse bestreiten, daß, wie vielfach behauptet würde, die Abschreibungen zu gering seien. In den vier Jahren, seit die Gesellschaft bestehe, seien auf Gebäude, Maschinen, Modelle usw. 1 116 000 M., also 38½ Proz. des heutigen Bilanzwertes, abgeschrieben worden. Im ganzen verheiße das laufende Geschäftsjahr ein ziemlich günstiges Ergebnis. Der Gesamtumsatz im ersten Quartal habe 2 011 000 M. gegen 2 187 000 M. in demselben Zeitraum des Vorjahrs betragen, und am 1. Juni wären unerledigte Aufträge von ungefähr 2¾ Millionen Mark vorhanden gewesen. In Anbetracht der Thatsache, daß die Gesellschaft sich seit dem vorigen Jahr mehr und mehr von großen langfristigen Geschäften, die lange Kredite beanspruchten, abgewendet habe, sei das ein recht gutes Resultat. In den drei großen deutschen Fabriken der Gesellschaft sei die Zahl der Arbeiter von 815 am 2. Januar auf 955 am 2. Juni gestiegen. Und die Ausfälle auf Außenstände hätten im vorigen Jahre ca. 120 000 M. betragen, ein im Verhältnis zu den Debitoren in Höhe von 5,9 Millionen geringer Betrag. Auch sei der Konjunkturverlust niedriger, wie der Geschäftsbericht angegeben, da gegen die Einstandspreise der Rohmaterialien usw. am Ende Dezember seitdem eine Preisbesserung von 12 Proz. eingetreten sei. Dagegen würde die mit etwa zwei Millionen Mark zu Buche stehende russische Gesellschaft „Parowos" in der in den nächsten Tagen stattfindenden Generalversammlung einen Verlust von circa 60 000 Rubel ausweisen.

Zum Schluß kam zur Tröstung der Hinweis auf die Geschäfts-Aussichten in Südafrika. Die Beendigung des Krieges sei für die Gesellschaft ein glückliches Ereignis. Schon heute habe sie von ihren an der Küste befindlichen Lägern circa den vierten Teil in diesem Jahre verkauft, und zwar zu wesentlich höheren Preisen gegen die Bilanz. Die südafrikanische Filiale, die im vorigen Jahre mit einem erheblichen Verlust abgeschlossen habe, werde in diesem Jahre einen wesentlichen Gewinn ergeben.

Einfluß des amerikanischen Kohlenarbeiterstreiks auf den Eisenmarkt. Der „Iron Monger" bringt über die Lage des amerikanischen Eisenmarktes aus Philadelphia folgenden Bericht vom 5. d. M.: „Die Produktion der Hochöfen ist durch den Streik um 30 bis 40 000 Tonnen die Woche reduziert worden. Ein Ende des Ausstandes ist noch nicht abzusehen, ebensowenig die Folgen, die daraus entspringen werden. Es muß entweder ausländisches Material in größerem Maße importiert oder der Betrieb eingeschränkt werden. Es sind kaum Vorräte vorhanden, und bei günstigen Entwicklungen erscheint es unmöglich, daß wir für unseren eignen Bedarf in diesem Jahre produzieren können."

Auch aus Pittsburg wird berichtet, daß 20 Hochöfen infolge des Streiks der Kohlenarbeiter außer Betrieb gesetzt werden mußten und weitere Betriebseinstellungen in Aussicht stehen.

Arbeitslöhne in den Vereinigten Staaten. Zu der in letzter Zeit viel erörterten Frage, ob das Arbeitereinkommen prozentuell in stärkerem Maße steigt als der Unternehmerprofit, liefern die Censusberichte der Vereinigten Staaten schätzenswertes Material. Aus den für 33 Staaten festgestellten Durchschnittslöhnen im Jahre 1900 ergiebt sich, daß die Löhne im Berichtsjahre gegen 1890 beträchtlich zurückgegangen sind. In den 33 Staaten und Provinzen, für welche die Zahlen vorliegen, erhielten im Jahre 1900: 1 463 365 Lohnarbeiter einen Durchschnittslohn von 1550,50 M. oder 5,20 M. pro Tag; in denselben Staaten hatte der Jahreslohn im Jahre 1890 für 1 004 590 Fabrikarbeiter 1674 M., also 5,60 M. pro Tag betragen. Der Rückgang der Löhne machte sich in stärkerem Maße bemerkbar in denjenigen Staaten, wo die Trusts und Kartelle eine größere Macht erlangt haben. In New Jersey betrug im Jahre 1890 der Durchschnittslohn 9 M. pro Tag, im Jahre 1900 nur 6,80 M. Auf der andren Seite ist durch amtliche Erhebungen festgestellt, daß die Preise für Lebensmittel aller Art, Bekleidung, Wirtschaftsgegenstände usw. seit dem Jahre 1890 um 11 Proz. gestiegen sind; der Durchschnitts-Fabrikarbeiter erhält 8 Proz. weniger Lohn als im Jahre 1890, verausgabt dagegen 4—11 Proz. mehr für sein Haushalt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Textilarbeiter-Verband. Die Filiale Berlin IV (Färber) hat sich aufgelöst, ihre Mitglieder haben sich der Filiale I des Verbandes angeschlossen. Man hofft, infolge dieser Verschmelzung mehr für die Verbesserung der traurigen Lage der Färber thun zu können. Gosemäcker wurde als Vertreter der Färber in den Vorstand gewählt.

Deutsches Reich.

Die Straßenbahner in Stuttgart haben thatsächlich nichts durch ihren Streik erreicht. Nicht einmal die unbedeutenden Zugeständnisse, welche die Direktion im Laufe der Verhandlungen gemacht hat, sind den Ausständigen zu teil geworden. Die Arbeitsverhältnisse sind dieselben geblieben, wie sie vor dem Streik gewesen sind. Nachdem das Amtsgericht den Antrag des Gemeinderats auf Uebernahme der Straßenbahn in städtische Regie abgelehnt hatte, haben die Angestellten den Streik auf mit der Begründung, daß die Rücksicht auf die Verkehrsinteressen der Stuttgarter Bevölkerung und die großen Opfer, welche die Fortsetzung des Kampfes jedem Einzelnen auferlegt, dies erforderten. — Der einmütige, eine volle Woche hindurch geführte Kampf hat also gegenüber dem Uebermut des Unternehmertums nichts erreichen können.

Die Maurer in Halle a. S. haben bis jetzt ihre Forderungen von 24 Unternehmern bewilligt erhalten. Viele Unternehmer haben sich noch nicht zu den Forderungen erklärt oder verhalten sich ablehnend. 112 Maurer befinden sich im Streik, 110 sind abgereist.

Ein Unternehmer wegen der Maifeier gemaßregelt. Der Verband der Holzindustriellen Leipzigs hatte beschlossen, daß alle Arbeiter, die den 1. Mai feiern, 14 Tage lang ausgesperrt werden sollen. Eine dem Verbande angehörende Firma hat diesem Beschluß entgegen gehandelt und die maifeiernden Arbeiter nicht ausgesperrt. Dafür ist sie nun selber gemaßregelt, nämlich aus dem Verbande ausgeschlossen worden. — So terrorisieren die Unternehmer ihre Kollegen.

Die Maler in Cannstadt haben am vergangenen Sonnabend den Streik als beendet erklärt. Erreicht wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahre von 30 auf 36 Pf. Die Arbeitszeit ist von 10 auf 9½ Stunden herabgesetzt. Ferner sind Zuschläge für Ueberzeit- und Landarbeit bewilligt.

Die Sägemühlen-Arbeiter im Bühlerthal haben ihren Streik beendet. Wie mitgeteilt wird, haben die Unternehmer zwar die Verkürzung der Arbeitszeit, aber nicht die geforderte Lohnerhöhung bewilligt.

Kaplan Dasbach gegen den Buchdrucker-Tarif. Der Centrumsabgeordnete Kaplan Dasbach hat in seiner Eigenschaft als Verleger verschiedener Centrumsblätter und Buchdruckereibesitzer in Trier den Rücktritt von der Tarifgemeinschaft angekündigt. Und was ist der Grund für die antisociale Handlungsweise des christlichen Socialpolitikers und „arbeiterfreundlichen" Centrumsmannes? Bei der letzten Tarifberatung ist der Lokalzuschlag zum Gehilfenlohn für Trier auf 5 Proz. festgesetzt worden, während er vordem im rheinisch-westfälischen Tarif nur 2½ Proz. betrug. Also die Lohnaufbesserung von 2½ Proz. ist es, die den sich als Arbeiterfreund aufspielenden und durch Arbeiterstimmen in den Reichstag gewählten Centrumsmann veranlaßt, aus den Reihen der tariftreuen Prinzipale auszutreten.

Ausland.

Ueber Landarbeiter-Ausstände in Italien wird aus Rom telegraphiert: Der befürchtete Ausstand der Bauern und Feldarbeiter hat mit Beginn der Ernte eingesetzt. . . . Die Feldarbeiter der Provinz Bari sind in vollem Ausstande, Truppen und Gendarmerie mußten dorthin gesandt werden. In Cerignola streiken 2500 Feldarbeiter, ebenso die Bauern von Troja, Provinz Foggia. Hier mußte die Gendarmerie bereits von der Waffe Gebrauch machen, um die der Arbeitsliga nicht angehörigen Arbeitswilligen zu schützen. Die Präfekten verschiedener Provinzen Ober-, Mittel- und Unteritaliens signalisieren gleichzeitig den bevorstehenden Ausstand der Schnitter und erbitten von der Regierung militärische Hilfe und Verstärkungen der Carabinieri. Die Regierung hat darauf beschlossen, die Kammern gegen den 20. d. M. zu schließen, um freie Hand gegen die Ausständischen zu haben und nicht durch Interpellationen der äußersten Linken in ihren Maßnahmen gestört zu werden.

Der Kellnerstreik in Mailand hat eine weitere Ausdehnung angenommen, den Streikenden schloß sich auch das Hotelpersonal an. Nur wenige Lokale sind geöffnet. Die Bedienung der Gäste wird hier teils durch die Wirte und ihre Angehörigen, teils durch Stammgäste besorgt. So wird berichtet, daß in einem Restaurant der Dichter Marco Praga, sowie hervorragende Schauspieler, Künstler und Redacteure, alle in Hemdsärmeln, die Rolle arbeitswilliger Kellner versehen. Diese „Streikbrecher" aus der „besseren Gesellschaft" betreiben die Kellnerarbeit wohl mehr als Ulk und werden, wenn der Streik länger dauern sollte, wohl bald wieder die Arbeit niederlegen.

Die Färber von Monza (Italien), die bisher einen Lohn von 1,40 Fr. bis höchstens 2 Fr. erhielten, haben eine Lohnerhöhung durchgesetzt, wonach der Minimallohn 2,20 Fr. beträgt; Ueberzeitarbeit wird mit 50 Prozent, Feiertagsarbeit mit 100 Prozent Lohnzuschlag bezahlt.

In der italienischen Provinz Apulien sind wiederum 2000 Landarbeiter in den Streik eingetreten, um höhere Löhne durchzusetzen. Die Regierung hat Militär dahin abgeschickt.

Die Lohnbewegung der schwedischen Bäcker ist nun auch in Stockholm, Gefle und Norrköping zu Gunsten der Arbeiter beendet worden. Die Wochenlöhne sind um 1 bis 2 Kronen erhöht. Die Arbeitszeit beträgt hier wie früher 11 Stunden täglich. Das Uebereinkommen gilt auf drei Jahre. — Der Streik in Göteborg, über dessen Abschluß bereits berichtet wurde, hat dem Bäckerverbande ca. 24 000 Kronen gekostet.

Sociales.

Stücklohn und Zeitlohn.

Bei theoretischen Auseinandersetzungen über den Wert der Lohnformen kann man oft die Beobachtung machen, daß den Untersuchern bei aller logischen Schärfe doch die Kenntnis der thatsächlichen Vorgänge bei der Gestaltung der Lohnhöhe nach der einen oder der andern Lohnform abgeht. In einem uns vorliegenden Buche eines Praktikers*) finden sich einige Auseinandersetzungen, die einen Einblick in diese Dinge gestatten. Der Verfasser ist Direktor der Allgemeinen Gesellschaft für Dieselmotore in Augsburg. Das Buch beschäftigt sich nicht etwa mit theoretischen Auseinandersetzungen, sondern hat nur den Zweck, Praktikern Anweisungen zu geben für die Organisierung eines großen Fabrikbetriebes. Dabei wird auch das Verfahren der Lohnfestsetzung besprochen und Anleitung für die Einrichtung eines Accordzettels gegeben. Als Beispiel wird angeführt ein Eisendreher Neumann, der 45 Pf. Stundenlohn hat und eine Kurbelwelle zum vorher vereinbarten Preise von 44 M. in Accord abdreht. Beim Wochenschluß hat er 40 Arbeitsstunden an dem Stück gearbeitet und ist noch nicht fertig, bekommt deshalb Abschlagslohn auf der Grundlage seines Stundenlohns, also 18 M. Er arbeitet dann noch 30 Stunden daran, so daß er also noch 13,50 M. auf Stundenlohn und die übrigen 12,50 M. als Accordrest am Wochenschlusse auf diese Arbeit bekommt. Dann heißt es in dem Buche:

„Der Accordzettel, welcher nur eine Uebersicht über die Accordarbeit und deren Rentabilität geben soll, ist so eingerichtet, daß diejenigen Daten, welche für die Beurteilung der Accordüberschüsse sowie der Fähigkeit des Arbeiters maßgebend sind, mit einem Blick auf dem Zettel übersehen werden können. Zum Beispiel, um bei dem Beispiel des Drehers Neumann zu bleiben:

Stundenlohn . .	0,45 M.
Accordpreis . .	44,— „
Summe der Abeitsstunden	70
Restaccord . . .	12,50 M.

Man sieht daraus mit einem Blick, daß im vorliegenden Falle der Accordpreis von 44 M. zu hoch bemessen ist und deshalb für das nächste Mal entsprechend herabgesetzt werden kann. .]

Auf Grund der erledigten Accordzettel läßt sich mit Leichtigkeit ein Accordpreisverzeichnis und zwar am geeignetsten alphabetisch einrichten; der Accordpreis der durch den Dreher Neumann abgedrehten Kurbelwelle wäre unter „K." einzutragen und hinter dem Accordpreise von 44 M. in einer dahinter vorgesehenen freien Preiskolonne gleich der mit dem Betriebschef beziehungsweise Meister beratene, für das nächste Mal maßgebende Accordpreis, möglicherweise 37 M., einzutragen, und der alte Preis von 44 M. als nicht mehr maßgebend zu durchstreichen."

So spielt sich der Vorgang in der That in sehr vielen Fabriken der Maschinenbranche ab. Mit dem eintretenden Arbeiter wird ein Stundenlohn vereinbart oder vielmehr es wird ihm gesagt, daß er so und so viel Stundenlohn habe. Dafür besteht je nach der besonderen Arbeitsverrichtung eine ortsübliche Größe. Der Arbeiter arbeitet aber zumeist in Accord und darf in Accord etwas mehr verdienen in Berücksichtigung des Umstandes, daß er dabei etwas flotter drauf los arbeitet. Wie viel er in Accord verdienen darf, ist zwar nicht fest vereinbart, trotzdem besteht dafür eine durch Gewohnheit entstandene oberste Grenze per Stunde — zwar nicht auf den Pfennig, aber doch ziemlich genau bestimmt — die in der Regel nicht überschritten werden darf und für welche der vereinbarte Stundenlohn (Zeitlohn) immer wieder die Grundlage bildet. Der Accordlohn ist also hier auch nur ein versteckter Zeitlohn. Wesentlichen Mehrverdienst kann sich dabei der Arbeiter auch mit der größten Anstrengung auf die Dauer nicht verschaffen. Aber die Möglichkeit, wenigstens bei einem gut veraccordierten Stück bei der erstmaligen Anfertigung einen Extra-Verdienst zu erzielen, später nach der Herabsetzung dennoch immer noch die Obergrenze des Accordverdienstes vielleicht um einige Stundenpfennige zu überschreiten, läßt viele Arbeiter alle Rücksichten vergessen, und so wird, wenn nur ein solcher Arbeiter im Betriebe ist, nach mehrmaligem Herabsetzen der Preise ein Accordpreis erreicht, der für die Mehrzahl der Arbeiter oft nicht die Erreichung des Stundenlohnes (Zeitlohnes), geschweige denn der zugelassenen Obergrenze des Accordverdienstes gestattet. Nach unten giebt es natürlich bei Accordarbeit keine Grenze, sobald ein Stück erst einmal gemacht worden ist und ein Accordpreis dafür besteht.

Der Verfasser des genannten Buches begründet die Notwendigkeit eines solchen Verfahrens damit, daß er erstens als Grund für die zu hohe Ansetzung des erstmaligen Accordpreises ganz irrigerweise eine allgemeine Parteinahme der Werkführer für die Arbeiter voraussetzt und dann die Abzüge zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Werkes für nötig erklärt. Thatsächlich wird aber das Verfahren immer und zu jeder Zeit geübt, ohne das Eintreten von Konkurrenzrücksichten abzuwarten; lediglich zur Herabdrückung der Löhne.

*) Johanning, Die Organisation der Fabrikbetriebe. Zweite Auflage. Braunschweig. Friedrich Vieweg u. Sohn. Gebunden 3 M.

Zur Praxis der Arbeiterversicherung. Die Nummer 6 der amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes enthält ein Verzeichnis der höheren und unteren Verwaltungsbehörden im Sinne der Unfallversicherungs-Gesetze, ein Verzeichnis der Berufsgenossenschaften und Ausführungsbehörden nach Namen, Sitz und Gebiet, sowie die Namen und Wohnungen der Vorsitzenden und schließlich ein Verzeichnis der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung mit Angabe ihres Bezirks, ihres Sitzes und Namen und Wohnort des Vorsitzenden.

Die Löhne der preußischen Bergarbeiter sind im 1. Quartal dieses Jahres nicht unerheblich niedriger gewesen wie im 4. Quartal 1901; noch größer ist der Rückgang gegen das Mittel des ganzen Jahres 1901. Sie betrugen für eine Schicht und einen Arbeiter beim Steinkohlenbergbau:

	1. Quartal 1902	4. Quartal 1901	Jahresmittel 1901
in Oberschlesien	2,98 M.	3,06 M.	3,10 M.
„ Niederschlesien	2,77 „	2,88 „	2,92 „
„ Bezirk Dortmund und Osnabrück	3,88 „	3,98 „	4,07 „
Saarbrücken (Staatswerke) .	3,56 „	3,55 „	3,54 „
Aachen	3,72 „	3,74 „	3,78 „

Mit Ausnahme der Staatswerke in Saarbrücken, die noch eine kleine Steigerung aufweisen, überall Rückgang der Löhne. Dieselbe Erscheinung ist für den Braunkohlen-Bergbau, den Salz-Bergbau und den Erzbau zu konstatieren. Den stärksten Rückgang erfuhren dabei die unterirdisch beschäftigten eigentlichen Bergarbeiter, deren Löhne gegen das Jahresmittel von 1901 im ersten Quartal 1902 zurückgingen in Dortmund von 4,98 M. auf 4,66 M., in Halle (Braunkohlen) von 3,56 M. auf 3,24 M. und in Mansfeld (Kupferschiefer) von 3,50 M. auf 3,05 M. per Schicht. Für diese Arbeiterkategorie gingen auch die Löhne in den Saarbrückener Staatswerken noch um 2 Pf. per Schicht zurück.

Verstaatlichung des Aerztewesens. In der holländischen Zeitung „De Standaard" teilt ein Arzt mit, daß eine Anzahl seiner Fachgenossen aus der „Medizinischen Gesellschaft", der konservativen „Maatschappij van Geneeskunde" ausgetreten ist, um einen Aerzteverband zu gründen, der die Verstaatlichung des Aerztewesens anstreben soll. Es wird der Vorschlag gemacht, einen Staats-Krankenfonds zu gründen, bei dem jeder Haushaltungs-Vorstand Mitglied sein müßte und einen seinen Verhältnissen entsprechenden Beitrag zu zahlen hätte. Mit 1—2 Proz. von dem Einkommen über 500 Gulden würde man schon viel ausrichten können. Die ärztliche Hilfe würde für alle Einwohner eine gleichartige sein, Standesunterschiede könnten nicht berücksichtigt werden. Auf je 2000 Einwohner sollte ein Staatsarzt kommen, so daß für die ca. 5 Millionen Einwohner Hollands 2500 Aerzte staatlich anzustellen wären, die selbstverständlich nicht nur Kranke zu behandeln hätten, sondern auch in allen hygienischen Fragen Rat und Auskunft zu erteilen hätten. —

Versammlungen.

Eine Protestversammlung der Gast- und Schankwirte Berlins, die vom Verband derselben einberufen war, fand am gestrigen Nachmittag im großen Saal von Keller in der Koppenstraße statt. Dieselbe sollte sich mit den bekannten Beschlüssen der Synode und dem Antialkohol-Antrag Douglas im Abgeordnetenhause befassen. Der Saal füllte sich nur sehr langsam; erst um 5½ Uhr konnte der Vorsitzende die für 4 Uhr einberufene Versammlung eröffnen. Als Referent über den ersten Punkt fungierte Herr Stadtverordneter Perls. Im Eingange seines Referats verwahrte er sich ausdrücklich dagegen, daß er die Absicht habe, gegen das religiöse Empfinden irgend eines Mitbürgers sich zu wenden; seine Ausführungen sollten lediglich dem Zwecke dienen, dagegen zu protestieren, daß man mit Hilfe des Schutzmanns der Kirche äußerlich jene Bedeutung wiedergeben wolle, die sie innerhalb verloren habe. Nachdem Redner klargelegt hatte, wie wenig ein Verbot des Wirtschaftsbesuches an Sonntagen und die sonst auf der Synode geforderten Maßnahmen der Kirche helfen würden, schilderte er die schweren wirtschaftlichen Schäden, welche ein solches Verbot haben würden, und zeigte an der Hand der Klagen, die auf der Synode selbst gegen die harmlosen Sonntagsausflüge geführt wurden, daß das Bestreben dahingehe, uns allmählich den berühmten „englischen Sonntag" zu verschaffen. Diese Bestrebungen seien nicht zu unterschätzen, denn sicher beginne man im Abgeordnetenhause in dieselbe Kerbe zu hauen; was auf der Synode nur Wünsche waren, habe die Trunksuchtskommission des Abgeordnetenhauses bereits in die feste Form von Anträgen gegossen. Herr Verbandssyndikus Dr. Schöps ging dann auf den Antrag Douglas im Abgeordnetenhause näher ein. Soweit derselbe dem Alkoholismus auf ethischem und pädagogischem Wege beikommen will, wird ihm jeder beistimmen. Charakteristisch für die Standesgenossen des Herrn Grafen Douglas, die ja den Branntwein produzieren, sei es, daß die Kommission jenen Paragraphen abgelehnt habe, der den Verkauf von fuselhaltigem Alkohol untersagt. Schlimmer als die in dem Gesetz vorgesehenen polizeilichen Einschränkungen des Gastwirtsgewerbes selbst seien die Ausnahmebestimmungen, die der Entwurf vorsieht; die Gastwirte hätten von der Handhabung der Polizeigewalt in Konzessionssachen, bei Festsetzung der Feierabendstunde 2c. schon übergenug. Der Antrag sei teilweise ungesetzlich, insofern als er Materien betreffe, die entweder der Regelung durch die Reichsgesetzgebung vorbehalten oder durch diese schon geregelt seien. Wirksam bekämpfen könne man den Alkohol nur durch Hebung der socialen Lage der Bevölkerung; wenn es den Herren mit ihren Bestrebungen ernst sei, mögen sie alle Zölle auf Nahrungsmittel aufheben und die landwirtschaftlichen Brennereien schließen. Die Diskussion nach den mit großem Beifall aufgenommenen Referaten wurde vom Genossen Ewald eingeleitet, der den Hauptschreier auf der Synode, Herrn Stöcker, bewertete. Nach ihm nahm Herr Pastor Lange das Wort, der die Versammlung dadurch zu gewinnen suchte, daß er sich als Freund des Gastwirtestandes vorstellte. Salbungsvoll erklärte er: „Mein lieber Großvater ist Gastwirt gewesen, mein lieber Vater ist Gastwirt gewesen, mein lieber Bruder ist Gastwirt und eine ganze Reihe von teuren Verwandten gehören diesem Stande an." Nichts desto weniger trugen ihm seine weiteren Ausführungen den Zuruf: „Mucker!" ein, welchen Zwischenruf der Redner benutzte, um auszuführen, nicht Stöcker und seine Freunde hätten die Sonntagsfrage aufs Tapet gebracht, sondern die sogenannten Liberalen, die in der Synode die Mehrheit bildeten. Die weiteren Ausführungen des Redners führten zu derartig heftigen Unterbrechungen aus der Versammlung, daß dem Redner das Sprechen zeitweise unmöglich wurde. Noch stürmischer benahm sich die Versammlung, als ein Herr Schneemann den Versuch machte, dem Herrn Pastor weniger pastoral aber noch ungeschickter zu assistieren. Dieser wurde gezwungen, die Bühne zu verlassen. Sämtliche andern Redner traten den Verteidigern der Synode scharf entgegen, wobei namentlich Herr Stadtverordneter Schultz und der Genosse Metzner vielen Beifall fanden. — Einstimmig nahm schließlich die Versammlung eine Resolution an, in der sie ihre Entrüstung über die ungerechten und unwahren Angriffe der Synode ausspricht, sich gegen den Schluß der Lokale während der Kirchzeit ausspricht und Protest erhebt gegen den Antrag Douglas.

Die Graveure und Ciseleure waren am 3. Juni im Dresdner Garten versammelt und hörten ein Referat des Herrn Schütte. Später wurde Valting in die Preßkommission und Mettke zum Bibliothekar gewählt. Der Kassierer ersuchte diejenigen Kollegen, welche arbeitslos oder krank sind, eine Bescheinigung über die Dauer der Arbeitslosigkeit oder Krankheit zu bringen, wenn sie während dieser Zeit von der Beitragspflicht befreit sein wollen. Als Vertreter der Schwarzdruckbranche wurde Siewert in die Agitationskommission gewählt.

Der socialdemokratische Wahlverein für Schöneberg hielt am Dienstag bei Obst seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Grempe hielt einen Vortrag über die technischen Fortschritte im Verkehrswesen. Unter Vereinsangelegenheiten wurde beschlossen, alle Dienstage nach dem 1. jeden Monats Bezirkssitzungen abzuhalten, und in diesen Sitzungen gleichzeitig Beiträge entgegen zu nehmen. Zum Schluß wurde auf die Nachwahl im 4. Bezirk am 17. Juni und auf das Stiftungsfest am 22. Juni hingewiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Programm des französischen Ministeriums.

Paris, 10. Juni. (W. T. B.) Die Kammer beendete die endgültige Wahl des Bureaus. Sodann übernahm Bourgeois das Präsidium und hielt eine Ansprache, in welcher er erklärte, er werde dafür Sorge tragen, daß der Parlamentstribüne, welche eine Stätte für Wahrheit und Recht sei, die ihr gebührende Achtung gewahrt werde; er werde sich bemühen, daß in der Kammer der wahre republikanische und demokratische Geist hochgehalten werde. Das Volk erwarte dies von seinen Erwählten, welche die Vertreter einer wahrhaft gerecht denkenden, brüderlichen und menschlichen Demokratie seien. Das Land wünsche den inneren Frieden, der ein Unterpfand der moralischen Einigkeit sei, welche Frankreich gestatte, den Rang und die Rechte einer ruhmvollen Vergangenheit zu bewahren und in der Zukunft der Entwicklung des hohen und segensreichen Einflusses seines Geistes nachzugehen. (Lebhafter Beifall links.)

Ministerpräsident Combes verliest darauf die Erklärung des neuen Ministeriums. Diese stellt zunächst fest, daß das allgemeine Stimmrecht das Verhalten der vorhergehenden Regierung gebilligt habe. „Wir werden mit unsrer ganzen Energie", heißt es in der Erklärung, „alle diejenigen bekämpfen, welche versuchen sollten, unsre republikanische Regierungsform anzugreifen und die Armee ihren Pflichten abwendig zu machen; wir werden die Armee von der Politik fernzuhalten wissen. Wir werden nicht dulden, daß ein Teil des Klerus versucht, die Kirche mit den religiösen Kongregationen zu identifizieren. Wir werden über der Anwendung der Gesetze des Landes zu wachen haben und werden die Gesetze der Republik mit allen Mitteln verteidigen, über welche die Regierung verfügt. Das Vereinsgesetz tritt jetzt in die Periode seiner Ausführung durch die Verwaltung ein. Die Regierung wird darüber wachen, daß keine der Bestimmungen des Gesetzes wirkungslos bleibe. Wir werden Ihnen gleichzeitig die Abschaffung des Unterrichts-Gesetzes von 1850 vorschlagen, damit der Staat, ohne deshalb aus dem öffentlichen Unterrichtswesen ein Monopol machen zu wollen, die Stelle, welche er niemals hätte aufgeben sollen, wieder einnehme und über den Unterricht, der jedem Bürger zu teil wird, wache. Die Erklärung bespricht sodann die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes und sagt: Die Regierung wird nichts verabsäumen, um mehr sparsamen Sinn in den Ausgaben eintreten zu lassen und um die Belastung des Budgets in angemessenen Grenzen zu halten. Unter den Reformen, welche das allgemeine Stimmrecht fordert, ist eine der ersten, welche durchzuführen sein wird, diejenige, daß in dem Steuersystem mehr Billigkeit und mehr praktischer Sinn obwalten und daß vor allem gewisse Abgaben durch eine **allgemeine Einkommensteuer** ersetzt werden müssen, welche jeden nach seinen Fähigkeiten und Mitteln trifft. In allernächster Zeit wird die Regierung den Senat ersuchen, die Vorlage betreffend Einführung des **zweijährigen Militärdienstes** zu beraten, und sie wird diese Vorlage auch mit allem Nachdruck vor dem Parlament vertreten. Die Erklärung bemerkt sodann, daß die Regierung sich bemühen werde, die **Militärgerichtsbarkeit** auf den Grundlagen der modernen Gesetzgebung aufzubauen und daß sie sich mit der Frage des Ankaufes von Eisenbahnen und mit der **Altersversicherung der Arbeiter** beschäftigen werde. Die Regierung sei entschlossen, die Wohlthaten des republikanischen Geistes in den täglichen Einzelfragen der Verwaltung jedermann gegenüber zur Geltung gelangen zu lassen.

Die Erklärung schließt mit der Versicherung, daß die Regierung niemals den Gesichtspunkt der höheren und dauernden Interessen des Landes und seiner auswärtigen Politik aus dem Auge lassen wird. „Sie wird fortfahren, die Bündnisbeziehungen des Landes zu pflegen, deren wohlthätige Wirkung Frankreich und Rußland in gleicher Weise schätzen und welche die öffentliche Meinung der ganzen Welt als eine Bürgschaft des Friedens und des Gleichgewichts betrachtet. Sie wird die freundschaftlichen Beziehungen fortsetzen, welche sich kürzlich weiterentwickelt haben oder wieder angeknüpft sind und welche die Gemeinsamkeit der Abstammung, der Nachbarschaft und der Aehnlichkeit des historischen Bestehens erleichtern. Unter Achtung der Rechte eines jeden andern wird die Regierung darüber wachen, den Besitzstand Frankreichs unversehrt zu erhalten." (Lebhafter Beifall.)

Nach der Erklärung des Ministerpräsidenten beschließt die Kammer die eingebrachten Interpellationen zu vertagen. Die Sitzung wird sodann aufgehoben.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 10. Juni. (W. T. B.) Das Haus verhandelte über die Anträge betreffend die **Grubenkatastrophe in Borhslaw.** Die Antragsteller Buessar und Daszynsky begründen die Dringlichkeit unter heftigen Angriffen auf die Bergwerks- und Betriebsorgane der Borhslawer Grubengesellschaft. Der Ackerbauminister von Giovanelli gab eine eingehende Darstellung der Katastrophe, welche wahrscheinlich auf die Entzündung von angesammelten Grubengasen zurückzuführen sei, wobei der Betriebsleiter und 16 Arbeiter getötet, 3 Arbeiter schwer verletzt wurden. Der Minister erklärte, daß die strafgerechtlichen und bergbehördlichen Erhebungen auf das genaueste geführt und die eventuellen Schuldigen strenge bestraft würden. Die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der Katastrophe halte er angesichts der eingeleiteten Erhebungen für überflüssig, er sei dagegen bereit, dem Wunsche nach Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Betriebsverhältnisse in den galizischen Erdwachsgruben zu entsprechen. Die Dringlichkeit beider Anträge wurde abgelehnt.

Abg. Klofac erhält hierauf zu einer Anfrage das Wort und kommt auf die **Marienburger Rede** des Deutschen Kaisers zu sprechen. Der Redner citiert den Passus, welcher sich gegen die Polen wandte, behauptet, daß derselbe sich gegen das Slaventum überhaupt wende und verlangt unter Anführung des Umstandes, daß ein östreichischer Offizier dieser Rede beiwohnte, ohne zu protestieren, Aufklärung darüber, was die Regierung zu thun gedenke, um solche Angriffe gegen das Slaventum zurück zu weisen. Als der Redner wegen wiederholter heftiger Ausfälle gegen den deutschen Kaiser vom Präsidenten zweimal zur Ordnung gerufen wird, entsteht bei den czechischen Radikalen heftiger Lärm. Abg. Fresl ruft heftig auf den Pultdeckel schlagend, wiederholt in den Saal: „Pfui! Feige Regierung!" „Lauter Sklaven seit ihr!" Abgeordneter Klofac ruft nach Beendigung seiner Rede: „Pfui Hohenzollern!" Abgeordneter Schönerer, der dicht vor dem Redner steht, ruft: „Warum fürchtet Ihr Euch so?" Protestrufe bei den czechischen Rednern. Abg. Schönerer ruft weiter: „Der deutsche Kaiser braucht nur ein Wort zu sprechen und Ihr fangt an zu zittern. Die Czechen antworten mit heftigem Lärm, während der Präsident dem Redner das Wort entzieht und die Sitzung schließt. — Der Lärm dauert auch nach Schluß der Sitzung noch an.

Unterhaus.

London, 10. Juni. Das Haus setzt die Berathung des ersten Artikels der Finanzbill — Getreidezoll — fort. Harcourt wendet sich darauf gegen jegliches System von Schutzzöllen der Vorzugszöllen und sagt: Wenn das Beispiel Deutschlands zur Unterstützung der Schutzzollpolitik angezogen werde, so sei dies ein schlechtes Beweismittel, denn die Lage Deutschlands sei weit weniger blühend als die Englands und Deutschland würde in diesem Augenblick äußerst froh sein, wenn es Englands Wohlfahrt hätte. Finanzsekretär des Schatzamts Austin Chamberlain erklärt, die Opposition wünsche von der Regierung mit Gewalt die Erklärung zu erlangen, daß die Regierung zu keiner Zeit und unter keinen Umständen ihre Zustimmung zu einem Vorzugsabkommen mit den Kolonien geben werde. Hicks Beach erklärt sodann, Campbell Bannerman habe trotz der gestrigen Ausführungen des Schatzkanzlers den Zoll als Vorläufer einer Vorzugsstellung für die Kolonien behandelt. Schließlich nimmt das Haus Artikel I der Finanzbill mit 279 gegen 193 Stimmen an.

Lohnkämpfe.

Frankfurt a. M., 10. Juni. (W. H.) Die „Frankfurter Ztg." meldet aus New York: Der Führer des Kohlenstreiks Mitchel, der von dem Arbeitskommissar Wright im Auftrage des Präsidenten Roosevelt über den Streik befragt wurde, erklärte, die Streikenden seien wohlgerüstet für einen längeren Kampf. Das „Journal of Commerce" tadelt den Präsidenten wegen seines Eingreifens in den Kohlenstreik und bemerkt, dasselbe stelle einen verderblichen Paternalismus dar.

Frankfurt a. M., 10. Juni. (W. H.) Wie der „Frankf. Ztg." aus Madrid telegraphiert wird, streiken in Cadix die Hafenarbeiter.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

Berichtigung.

In dem gestrigen Reichstags-Bericht ist versehentlich der Schluß der Rede des Genossen Bernstein und der Anfang der Rede des Grafen Limburg-Stirum ausgefallen, so daß Sätze, die Limburg-Stirum gesprochen, unmittelbar an die Rede Bernsteins angefügt sind. Wir lassen deshalb den korrigierten Bericht folgen:

Abg. **Bernstein:** Gerade für die moderne Wirtschaftspolitik gilt der Grundsatz von Nietzsche: Wer da schwach ist, der muß fallen, wer da stark ist, der muß steigen; dem Schwachen muß noch ein Tritt gegeben werden, damit das Unzulängliche zu Grunde gehe! Noch einmal: Für jeden Vorschlag, der auf dem Wege des wirtschaftlichen oder des socialen Fortschritts liegt, haben Sie uns, aber wenn Sie Anträge stellen, um das Werk der Konvention zu vereiteln, dann werden wir uns die Sache noch sehr sorgfältig überlegen, ob wir es mit unsrem Gewissen vereinbaren können, für die Konvention zu stimmen. Dann aber fällt die Verantwortung auf Ihre Schultern! Sehen Sie sich vor, ob Sie noch je eine zweite Gelegenheit finden werden, um aus der so ungünstigen Lage für die Zuckerindustrie herauszukommen. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Graf **Limburg-Stirum** (k.): Meine politischen Freunde werden gegen die Konvention stimmen. Gerade die Brüsseler Konvention wird verhindern, daß wir zu einem vernünftigen Handelsvertrag mit Rußland kommen. Redner schließt mit der dringenden Aufforderung, die Brüsseler Konvention abzulehnen. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Ebenso dringend wie der Herr Vorredner um die Ablehnung bat, muß ich das hohe Haus ersuchen, die Brüsseler Konvention anzunehmen usw.

---

190. Sitzung vom Dienstag, den 10. Juni 1902, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Frhr. v. Thielmann, Frhr. v. Rheinbaben, Möller.

Zunächst wird gemäß einem Antrage der Geschäftsordnungs-Kommission die Genehmigung zur **strafrechtlichen Verfolgung** der Abgg. **Raab** und **Liebermann v. Sonnenberg** wegen öffentlicher Beleidigung des Abg. Demmig (frs. Vp.) **versagt.**

Es folgt die **zweite Beratung der Zuckersteuer-Novelle.**

Artikel 1 handelt von der **Kontingentierung.** Es wird danach für die einzelnen Fabriken auf die Dauer von fünf Jahren, vom 1. September 1903 bis zum 31. August 1908, für jedes Betriebsjahr eine Zuckermenge (Kontingent) festgesetzt, bei deren Ueberschreitung ein Steuerzuschlag von 4,40 M. für je 100 Kilogramm zu entrichten ist. Die Feststellung der Kontingente soll unmittelbar nach der Verkündigung des Gesetzes für die Betriebsjahre 1903/04 bis einschließlich 1907/08 erfolgen und alle diejenigen Fabriken umfassen, die bei Verkündigung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betrieb fertig oder welche vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren. Den Fabriken, die bereits 1901/02 im Betriebe oder zum Betrieb fertig waren, wird dasjenige Kontingent zuerteilt, das ihnen auf Grund des bestehenden Gesetzes für 1903/04 zustehen würde. Später errichteten Fabriken, soweit solche bis zur Verkündigung des Gesetzes bereits im Betriebe oder zum Betrieb fertig, oder soweit sie vor dem 1. Juni 1902 in der Herstellung begriffen waren, wird unter Anhörung von Sachverständigen ein Kontingent zuerteilt, das im Verhältnis zu ihrer technischen Leistungsfähigkeit unter Berücksichtigung von 50 Arbeitstagen festgestellt wird. Andre Fabriken sollen für die Betriebsjahre 1903/04 bis 1907/08 überhaupt kein Kontingent erhalten.

Die **Regierungsvorlage** hatte die Kontingentierung **aufgehoben.**

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.) beantragt **Wiederherstellung** der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. Freiherr **v. Langen** (k.) beantragt, bezüglich des **Steuerzuschlags** für die Ueberschreitung des Kontingentes die Bestimmung einzufügen: „Insoweit die Zuckerfabriken nur diejenigen Rübenmengen verarbeitet haben, zu deren Abnahme sie durch vor dem 1. Juni 1902 abgeschlossene Verträge verpflichtet waren, ermäßigt sich der Steuerzuschlag bis 1. August 1904 auf 2,50 M. für je 100 Kilogramm Rohzuckerwert."

Abg. **Richter** (frs. Vp.) beantragt, im Fall der Annahme der Bestimmungen über die Kontingentierung festzusetzen, daß allen nach dem Betriebsjahr 1901/02 errichteten Fabriken auch für die Jahre 1903—1908 ein ihrer technischen Leistungsfähigkeit entsprechendes Kontingent zuerteilt werden soll.

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß die Abstimmung über die Bestimmungen, wonach eine neue Kontingentierung festgesetzt wird, eine **namentliche** sein wird.

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Der Abg. Müller-Fulda hat gestern unser Verlangen, die Vorlage ohne Kommissionsberatung zu erledigen, als Leichtsinn bezeichnet. Ich wüßte nicht, was in der Kommission verhandelt worden ist, was wir nicht ebenso gut hätten im Plenum verhandeln können. (Sehr richtig! links.) Gegen eine Kommission sprach aber das Moment, daß bei solchen Specialfragen die Besetzung der Kommission nicht die wirkliche Stimmung der Parteien zum Ausdruck bringt. Nur so ist es auch zu erklären, daß in der Kommission ein Beschluß zu stande gekommen ist, wie er verkehrter und verderbter für die Zuckerindustrie gar nicht ausgedacht werden kann. (Sehr richtig!) links.) **Nur aus Bosheit gegen die Zuckerindustrie könnte ich für eine solche Kontingentierung stimmen.** (Sehr gut! links.) Ebenso wie man hier den Zucker kontingentiert, könnte man ja morgen die Eisen- oder Textilindustrie kontingentieren. Hätte die Zuckerindustrie Zeit gehabt, diesen Beschluß zu prüfen, so hätte sich ein Sturm der Entrüstung aus ihren Kreisen erhoben. — In dem Kommissionsbericht vermisse ich jede Wiedergabe der Aussagen der Sachverständigen, welche von der Regierung vernommen worden sind. Gerade diese Aussagen enthalten die treffendsten Argumente gegen die Kontingentierung. (Hört! hört! links.) — Man will die Ueberproduktion durch die Kontingentierung verhindern. Die **Ueberproduktion** wird aber am **schnellsten und ganz von selbst reguliert durch das Fallen der Preise.** (Sehr richtig! links.) Man sagt, die Kontingentierung soll nur auf 5 Jahre vorgenommen werden. Es wird aber hier ebenso gehen wie beim Branntwein. Dort wurde die Kontingentierung auch zunächst auf 5 Jahre beschlossen, dann aber auf zehn weitere Jahre verlängert.

Das Entstehen neuer Fabriken wird einfach verhindert durch die Beschlüsse der Kommission. Graf Posadowsky hat sie sehr richtig als Petrefaktion (Versteinerung) der ganzen Zuckerindustrie bezeichnet. Man spricht vom Schutz der kleinen Fabriken. Die **Besitzer** gerade **dieser kleinen Fabriken** aber sind nichts weniger als arme Leute, es sind vielmehr **reiche Barone, Grafen, Kommerzienräte** (Hört! hört! links), während umgekehrt die Theilhaber der großen Aktiengesellschaften oder Gesellschaften m. b. H. gerade die kleinen Leute sind. (Sehr richtig! links.) Im Interesse der Landwirtschaft soll die Kontingentierung liegen. Die Verhältnisse der Rübenbauer gegenüber den Zuckerfabriken werden doch aber gerade infolge der Kontingentierung außerordentlich verschlechtert. **Das Wetter und den Himmel können Sie doch nicht kontingentieren.** (Große Heiterkeit links.) Die Rübenbauer werden von einer Fabrik abhängig und auf alle mögliche Weise chikaniert. Die Höhe des Kontingents ist ganz willkürlich gewählt, man hätte sie ebensogut ausknobeln können. (Heiterkeit.) Abg. Müller-Fulda erklärte freilich, ohne Kontingentierung werde für die Konvention im Reichstage keine Mehrheit vorhanden sein. Gerade diese Drohung, die uns gewissermaßen die Pistole auf die Brust setzt und die Kontingentierung zum Mittelpunkt der ganzen Situation macht, hat uns erst recht veranlaßt, zu erkennen, wie wenig stichhaltig doch die für die Kontingentierung vorgebrachten Gründe sind. (Sehr gut! links.) **Abg. Müller-Fulda erklärt ganz einfach: sic volo, sic iubeo!** (Heiterkeit und Beifall links.) Er ist in diesen Tagen nicht der Führer des Volkes gewesen, sondern der **Verführer des Centrums.** (Große Unruhe im Centrum.) Werden ihm nun die Herren vom Centrum secundum ordinem folgen? Was haben besonders die Herren aus Bayern für ein Interesse an der Kontingentierung? Bayern ist ja an ihr nicht mit einem einzigen Prozent beteiligt. Ich kann mir übrigens nicht denken, daß die Freunde der Kontingentierung zusammen mit den absoluten Gegnern der Konvention eine Mehrheit bilden werden, die schließlich die ganze Konvention verwirft, falls die Kontingentierung nicht zu stande kommt. Die Frage der Kontingentierung steht in keinerlei Verhältnis zu der großen Bedeutung der Konvention selbst. Diese ist ein internationales Uebereinkommen von einer wirtschaftlichen Bedeutung, wie seit Jahrzehnten kein solches abgeschlossen worden ist. Dazu kommt noch, daß diese Vereinbarungen den Intentionen des deutschen Reichstags selbst entsprechen. Wir haben noch vor kurzem gar nicht zu hoffen gewagt, daß solche Erfolge zu erreichen sein würden. Ich scheue mich nicht, der Regierung gegenüber in die schärfste Opposition zu treten, wenn es mir erforderlich scheint; aber wenn wirklich **die Regierung einen so großen Erfolg erzielt,** einen solchen Fortschritt anbahnt, so halte ich es für meine Pflicht, **ihr rückhaltslos zuzustimmen** und nicht dieses große Werk der Konvention durch die Bestimmungen über die Kontingentierung zu vermurzieren, zu verschimpfieren und zu verderben. (Beifall links.)

Abg. **Dörken** (Rp.):

Ich bin ein **principieller Gegner der Kontingentierung.** (Lachen links.) Wenn ich trotzdem **dafür stimme,** so bestimmt mich einerseits die Thatsache, daß der Kontingentierung die Erträgnisse des Jahres 1901, eines besonders reichen Rübenjahres, zu Grunde gelegt sind, und zweitens die Erklärung des Abg. Müller-Fulda, daß für seine Freunde die Annahme der Kontingentierung ein integrierender Bestandteil der ganzen Zuckersteuer-Novelle sei. Gerade diejenigen, denen es am Zustandekommen der Konvention gelegen ist, sollten daher für die Kontingentierung eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. **Schippel** (Soc.):

Die vorzüglichen Ausführungen des Abg. Richter kann ich natürlich nur noch in einigen Punkten ergänzen. Ich hätte gewünscht, daß ein Regierungsvertreter sich vor mir zum Worte gemeldet hätte; denn ich vertrete hier eigentlich keinen socialdemokratischen Antrag, sondern **wir Socialdemokraten vertreten die Regierungsvorlage.** (Heiterkeit und Sehr richtig! bei den Soc.) In der ersten Lesung hat sich Graf Posadowsky und in der Kommission auch Freiherr v. Thielmann sehr scharf gegen die Kontingentierung ausgesprochen. Sehr interessant ist der Verlauf der Kommissionsverhandlungen über diese Frage. Wir haben zunächst etwa einen Nachmittag darüber diskutiert. Dabei stellte sich heraus, daß absolut keine einheitliche Anschauung auch innerhalb der Mehrheit über die Frage der Kontingentierung vorhanden war. Ueber Nacht wurde dann ein Antrag verfertigt und vorgelegt, der von der Mehrheit der Kommission, etwa 15 Mitgliedern, unterschrieben war; Nachdem wir aber etwa eine halbe Stunde über diesen Antrag diskutiert hatten, war diese Mehrheit in sich wieder schon so zersplittert, daß der Antrag fiel. In zweiter Lesung — ich bedaure das Wort Ueberrumpelung unter Kollegen gebrauchen zu müssen — es war aber **nichts weiter als eine Ueberrumpelung** gar nicht schöner Art. Wir hatten Mittagspause und einige der Herren, die Gegner der Kontingentierung waren, mögen vielleicht fünf oder sieben Minuten zu spät wieder das Sitzungszimmer betreten haben, da erfuhren sie zu ihrem größten Erstaunen, daß **währenddessen dieser wichtige Abschnitt sang- und klanglos von einer zufälligen Mehrheit angenommen worden war.** (Lebhaftes Hört! Hört! Rufe links, Unruhe.)

Ich möchte noch einiges über die Sachverständigen-Interessenten sagen. In der Versammlung der Zuckerfabriken in Berlin haben sich 70 Fabriken, welch **40 Proz.** der **gesamten Rübenbearbeitung** vertreten, **gegen die Kontingentierung** ausgesprochen. (Hört! Hört! links.) Von den 11 Sachverständigen, welche die Regierung vernommen hat, waren 7 strikte Gegner der Kontingentierung. (Hört! Hört! links.) — Redner verliest unter wachsender Unruhe des Hauses eine Reihe von Stellen aus den Aussagen der Sachverständigen. (Im einzelnen bleibt dieser Teil der Ausführungen auf der Tribüne unverständlich.) Das Reich hat seiner Zeit die Kontingentierung eingeführt, um sich nicht durch die Verpflichtung der Prämienzahlung für eine unbeschränkt große Produktion selbst zu schädigen. Jetzt, wo die Prämien durch die Brüsseler Konvention aufgehoben werden sollen, hat auch die Kontingentierung keinen Sinn mehr. Gerade die Kontingentierung hat den Rübenbau des Ostens gegenüber den alten Zuckerdistrikten aufs schwerste benachteiligt. Für jene alten Zuckerprovinzen galt alles als Ueberproduktion, was der Osten produzierte, und nur ihre eigne Produktion erkannten sie für berechtigt an. Ich erinnere mich noch genau, wie damals von der rechten Seite der Notschrei erscholl: Ehe wir uns derartig kontingentieren lassen, verzichten wir lieber auf jede Ausfuhrprämie! Nur um überhaupt ein neues Zuckersteuer-Gesetz fertig zu bringen, hat man damals die Kontingentierung auf sich genommen. Und jetzt wollen Sie, meine Herren von der Rechten, wenn die Prämien fallen, an der Kontingentierung festhalten? Was liegt darin für eine Logik? Redner führt im weiteren den zahlenmäßigen Nachweis, wie der Osten durch die bisherige Kontingentierung gegenüber den alten Zuckergegenden benachteiligt worden ist. Braunschweig allein hat zum Beispiel ein ebenso großes Kontingent wie Ostpreußen, Mecklenburg und Posen zusammen. Hätte man eine freie wirtschaftliche Konkurrenz zugelassen, so hätte zweifellos der Osten durch seine ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse sich eine ganz andre Stellung im deutschen Zuckerrübenbau errungen. Welches Interesse haben ferner das Königreich Sachsen, Württemberg und Elsaß-Lothringen, wo ein beträchtlicher Rückgang der Kontingentierung zu verzeichnen ist, an ihrer Wiedereinführung? Die Provinz Brandenburg hat nur 3,2 Proz. des Gesamtkontingents; sind die Vertreter dieser Provinz so sicher, daß ihnen die Bauern nicht auf den Kopf steigen werden, wenn sie dafür stimmen? Gerade die Vertreter der agrarischen Interessen sollten, anstatt hier durch eine schnöde Ueberrumpelung eine Kontingentierung von neuem festzusetzen, bestrebt sein, die agrarischen Interessengegensätze möglichst auszugleichen. Diese Bestimmungen müssen geradezu zu einer Verhetzung gewisser Gegenden führen, und darum sollten Sie (nach rechts) einen solchen Antrag der Kommission strikte ablehnen. Die namentliche Abstimmung über diesen Antrag wird ja dafür sorgen, daß jeder Abgeordnete die volle Verantwortung für sein Votum, besonders gegenüber den östlichen Bezirken, zu tragen hat.

Es besteht auch ein großer Unterschied zwischen der früheren und der jetzt geplanten Art der Kontingentierung. Die Kontingentierung von 1895/96 legte gewissermaßen eine äußerliche Ordnung innerhalb der Zuckerfabrikation fest, aber sie erlaubte es den einzelnen Fabriken, sich zu erweitern, sie gestattete die Neugründung von Fabriken. Jetzt soll es überhaupt keine Erweiterung und keine Neugründung von Fabriken mehr geben. Das bedeutet einen viel schlimmeren Auswuchs der Zuckergesetzgebung, als wir ihn jemals gehabt haben. Was soll denn eigentlich nach fünf Jahren, nach dem Zeitraum, für den jetzt eine Neukontingentierung erfolgen soll, geschehen? Da macht das Gesetz einen einfachen Strich; niemand weiß, was nach fünf Jahren sein wird. Wie sollen die Interessenten des Rübenbaues und der Zuckerfabrikation sich verhalten? Bei der Branntweinsteuer wissen sie wenigstens, was in Zukunft sein wird; hier wissen sie nichts. Giebt es ein neues, ein größeres Kontingent? Werden neue Fabriken gestattet werden? Ueber alle diese Fragen ist in dem Gesetz auch nicht ein Wort enthalten. Das ist eine gesetzgeberische Unmöglichkeit! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Noch wenige Worte über die Wirkung der Kontingentierung. **Die Strafsteuer,** die auf jede Ueberschreitung des Kontingentes gelegt werden soll, wird **eine preisbildende Wirkung haben,** und ferner wird **durch die neue Kontingentierung** das Zuckerkartell, das die Brüsseler Konvention hätte beseitigen **sollen, von neuem absolut festgelegt.** Wenn die Chokoladefabrikanten sich durch das Zuckerkartell benachteiligt fühlen, so könnten sie ohne die Neukontingentierung selbst Fabriken gründen und Zucker produzieren. Aber die Strafsteuer macht solche Neugründungen unmöglich. Deshalb sollte sich auch die Mehrzahl der Produzenten selbst gegen die Kontingentierung erklären.

Wir haben die Konvention mit einer ungeheuren Mehrheit genehmigt. Wenn nun irgend ein Staat Grund hat, streng darauf zu sehen, daß diese Konvention auch strikte nach dem Wortlaut ihrer Bestimmungen durchgeführt wird, so ist es Deutschland. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir haben das allergrößte Interesse daran, zu verhindern, daß die Zwecke der Konvention nicht durch allerlei Auslegungskünste wieder illusorisch gemacht werden. Das entgegengesetzte Interesse haben die anderen Zuckerstaaten, die weit höhere Exportprämien geopfert haben als wir. Wir haben eine Prämie von 2,50 M., andre Rübenstaaten haben Prämien, die 3, 4 mal so hoch sind. Die Neukontingentierung und die als preisbildender Faktor fungierende Strafsteuer würden wieder eine versteckte Inlandsprämie darstellen, die wir Deutschen zuerst wieder einführen. Ich warne Sie im Interesse unsrer allgemeinen politischen Stellung davor, jetzt nach der Brüsseler Konvention den andren Staaten mit der Kontingentierung wieder ein schlechtes Beispiel zu geben. Die andren Staaten könnten uns darin nachfolgen, und speciell Frankreich könnte seiner Zuckerproduktion eine viel höhere Liebesgabe zuwenden als wir Deutsche. Wenn Ihnen daran gelegen ist, daß die Konvention ihrem Wortlaute nach durchgeführt wird, so lehnen Sie die Kontingentierung rundweg ab! (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Becker** (C.):

Im Namen meiner politischen Freunde habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir uns schlüssig gemacht haben, **für die Kontingentierung einzutreten.** (Rufe links: **Alle?** — Unruhe im Centrum.) Uns leiten dabei sociale, wirtschaftliche und finanzielle Gründe. 180 Zuckerfabriken haben sich bisher für die Kontingentierung ausgesprochen, nur 10 dagegen. Von den 180 Fabriken sind die Mehrzahl kleine Fabriken, die durchaus nicht alle im Besitz von Magnaten sind, wie Herr Richter behauptete. Die kleineren Fabriken, die für die Kontingentierung sind, sind meist ältere, die den technischen Fortschritten nicht so haben folgen können. Wir haben aber auch die Aufgabe, die wirtschaftlich Schwächeren zu schützen. Die Regierung selbst hat bei der Vorlage der Brüsseler Konvention darauf hingewiesen, daß voraussichtlich eine Kontingentierung wieder notwendig werden würde. — Das Kartell wird auf keinen Fall mehr erneuert werden können, ob Sie nun die Kontingentierung annehmen oder ablehnen. — Herr Richter hat sich dann weiter auf die Urteile der Sachverständigen berufen. Ich kann ihm eine ganze Reihe andrer Sachverständigen nennen, die für die Kontingentierung sind. Einer der Herren, die Herr Richter für sich in Anspruch nahm, erklärt sich principiell für die Kontingentierung und meint nur, es wäre schwierig, die richtige Form zu finden. Gegen die Kontingentierung haben sich nur Kommerzienräte und Großkapitalisten ausgesprochen. Herr Kollege Müller ist nicht der Urheber des Kontingentierungsantrags, er hat nur den Antrag Arenberg mitunterschrieben. Früher als dieser lag aber ein viel weiter gehender nationalliberaler Antrag vor. Die ganze Sache ist gar nicht so wichtig, denn die Verhältnisse werden ganz von selbst dazu führen, daß der Rübenbau zurückgeht. (Rufe links: Na also!)

Reichsschatzsekretär Frhr. **v. Thielmann:**

In der Begründung werden Sie gefunden haben, daß die Regierung sich die Frage hat ernsthaft durch den Kopf gehen lassen, es könnte für die Zukunft notwendig sein, der Frage einer Kontingentierung näher zu treten. Damals waren die Verhältnisse noch nicht geklärt genug, und nach allem, was ich bis jetzt von den Rednern aus dem Hause gehört habe, kann sich diese Auffassung der verbündeten Regierungen nur verstärken. Es ist von allen Rednern betont worden, Interesse steht hier gegen Interesse, Zuckerfabrik gegen Zuckerfabrik, die Landwirtschaft einzelner Teile gegen die Landwirtschaft andrer Teile des Vaterlandes. Die verbündeten Regierungen aber haben in erster Linie im Auge das Interesse der Gesamtheit. Sie werden mir also beipflichten, wenn ich sage: geklärt ist diese Frage noch in keiner Weise. Man kann die Interessen der Zuckerfabriken nicht einfach zählen, man muß sie wägen. Es können sehr wohl 200 Fabriken für, und weniger als 200 gegen die Kontingentierung sein, und doch kann das vorwiegende Interesse auf seiten der Minorität sein, wenn es das auch nicht sein muß. Ganz unerörtert geblieben ist bisher die Höhe des Kontingentes. Man muß sich doch die Frage vorlegen, ist das Kontingent überhaupt geeignet, durch seine Größe die Produktion einzuschränken? Diese Frage möchte ich verneinen. **Das Kontingent,** wie es hier vorgeschlagen ist, von 2¼ Millionen Doppelcentner, **ist höher, als die Produktion seither je gewesen ist.** Deshalb bin ich auch der Ansicht, daß **keine Preiserhöhung** eintreten wird. Die ganz wenigen Fabriken, die vielleicht das Kontingent doch überschreiten, werden die Preisbildung nicht beeinflussen. Weiter bitte ich zu bedenken, daß die Brüsseler Konvention, deren Annahme wir erhoffen, abgeschlossen ist zwischen einer größeren Anzahl von Staaten. Abgesehen von Oestreich-Ungarn, ist noch in keinem derselben das Bestreben hervorgetreten, die Produktion einzuschränken. Wenn nun aber die Folge der Konvention ist, daß der Zuckerkonsum steigt und damit auch die Exportmöglichkeit, dann werden wir uns festgelegt haben; **wir legen uns auf diese Weise selbst eine Zwangsjacke an.** Die verbündeten Regierungen würden es also für **richtig** halten, wenn **der Frage erst näher getreten wird, nachdem genügend Erfahrungen gesammelt sind,** bis die Zuckerfabriken unter einen Hut gebracht sind. Das wird zum Teil unmöglich sein, das gebe ich zu, aber im Laufe der Jahre wird sich die Sachlage doch klären. Aus diesen Gründen also hatten die verbündeten Regierungen sich vorbehalten, der Frage der Kontingentierung **erst später näher zu treten,** und wie ich ebenfalls bereits gesagt habe, ist **der Vorschlag der Kommission** auf Festsetzung eines Kontingents von 2¼ Millionen für die nächsten fünf Jahre **ziemlich belanglos.**

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.):

Das Centrum hat den Reichstag jetzt in eine gewisse Zwangslage gebracht. Man muß sich fragen, soll man die Kontingentierung ablehnen auf die Gefahr hin, daß die Konvention fällt, oder soll man die Kontingentierung in den Kauf nehmen, um die Konvention nicht zu gefährden. Der Herr **Schatzsekretär** hat ja in sachlicher Weise eine ganze Reihe von Gründen gegen die Kontingentierung vorgebracht, aber es **fehlte seiner Rede doch der scharfe Ton gegen das Centrum.** (Sehr wahr! links.) In der Kommission hatte ja Graf Posadowsky eine geradezu musterhafte Rede darüber gehalten. Graf Posadowsky wies darauf hin, daß diese neue Kontingentierung ganz etwas andres sei als die frühere, die durch die Prämienwirtschaft bedingt war. Jetzt aber sind ja die Prämien aufgehoben. Statt der Kommissionsfassung könnten Sie einfach in das Gesetz schreiben: Die Errichtung von neuen Fabriken ist bis auf weiteres verboten. (Sehr richtig! links.) Die kleinen Fabriken, die aufkommen wollen, werden in der Entwicklung behindert. **Das ist der Schutz der Satten gegen die Hungrigen.** Hier zeigt es sich einmal wieder, daß wir

die wahren Freunde der Landwirtschaft sind. (Lachen rechts.) Das ist ja immer so gewesen, hier aber zeigt es sich ganz deutlich. (Lärm rechts.) Herr v. Standy und diejenigen seiner Freunde, die die Verhältnisse kennen, zweifeln ja auch gar nicht daran, daß wir die wahren Vertreter der Landwirtschaft sind. (Lachen rechts.) Die Beschränkung der Produktion wird nur den ausländischen Konkurrenten zu gute kommen, sie werden sich beeilen, die Lücke auf dem Weltmarkt, welche durch die Zurückhaltung des deutschen Zuckers entsteht, auszufüllen. (Sehr richtig! links.) — In jeder Industrie wird es stets Leute geben, die meinen, es wird schon längst genug produziert, und es wäre sehr schön, wenn man sich die lästige Konkurrenz vom Halse schaffen könnte. Bisher kannten wir nur einen Protektionismus gegenüber dem Ausland, hier aber haben wir den **Protektionismus in schärfster Form gegen gleichartige Industrien im Inlande.** Wir vertreten aber hier die Interessen der Gesamtheit gegen die Interessen Einzelner, die verstehen, den Mund möglichst weit aufzumachen. Wir kommen jetzt immer mehr dazu, daß lauter kleine Interessengruppen hier sich vordrängen! Das muß anders werden. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.) **Der Reichstag hat die allgemeinen Interessen zu vertreten, nicht die kleinlichen erbärmlichen Sonderinteressen.** (Lebhafter Beifall links, große Unruhe, Zischen rechts.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.):

Die große Mehrheit meiner Freunde kann sich **nicht entschließen,** jetzt, wo die Prämien gefallen sind, **für die Kontingentierung** zu stimmen. Die deutsche Zuckerindustrie braucht jetzt den freien Wettbewerb der Kräfte auf dem Weltmarkt. Es ist zu hoffen, daß unter diesem freien Wettbewerb bessere Zeiten auch für unsre Zuckerindustrie kommen. Warum wollen Sie diese mögliche Entwicklung verhindern? (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das Centrum möchte ich bitten, diese Frage nicht zum casus belli zu machen.

Abg. **v. Komierowski** (Pole) spricht sich gegen die Kontingentierung aus.

Abg. **Szmula** (C.) bittet um Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Graf **Schwerin**-Löwitz (k.):

Ich gehöre zu denjenigen unter meinen politischen Freunden, die geneigt sein würden, für die Konvention zu stimmen, denen aber diese Zustimmung zu der Konvention erschwert, ja vielleicht unmöglich gemacht würde, wenn die Kontingentierung beschlossen werden sollte. **Die Kontingentierung würde viele Fabriken des Ostens schwer schädigen,** ja für sie geradezu ruinös wirken, ohne den andern Fabriken entsprechende Aequivalente zu bieten. Es würde nur eine Verschiebung der Produktion eintreten, aber keine Beschränkung. Im Gegenteil würde gerade die Kontingentierung für viele Fabriken ein Anreiz zur Ausdehnung ihrer Produktion bis an die Grenze des Kontingents sein. Viel mehr bin ich dem Gedanken geneigt, daß **die Regierung** mit den **Konventionsländern Verhandlungen** über **eine allgemeine Einschränkung der internationalen Zuckerproduktion** trifft. Das ist aber ganz etwas andres. Die **nationale Kontingentierung** bedeutet für den Osten die Unmöglichkeit, den Rübenbau zu vermehren, die Basis des kulturellen Fortschrittes für die Landwirtschaft. Ich bitte Sie im Interesse des größten Teiles unsrer Zuckerindustrie dringend, die Kontingentierung abzulehnen. (Bravo! links, vereinzeltes Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. **v. Richthofen** (k.):

Die Verschiedenheit der Ansichten zeigt, daß die Frage der Kontingentierung, wie Herr v. Thielmann mit Recht darlegte, nicht von grundlegender Bedeutung ist. Ich werde für die Kontingentierung, durch die die Produktion des Inlandes nicht eingeschränkt wird, eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. Graf **v. Bernstorff**-Uelzen (Welfe) schließt sich den Ausführungen des Abg. Grafen Schwerin-Löwitz an. Eine große Reihe von Genossenschaften würden, wenn sie nur das in den Kommissionsbeschlüssen vorgesehene Kontingent erhielten, in guten Rübenjahren gar nicht in der Lage sein, ihren Lieferanten die Rüben abzunehmen.

Abg. Dr. Frhr. **v. Langen** (k.) befürwortet seinen oben mitgeteilten Antrag. Die Zuckerfabrikation dürfe nicht dadurch, daß sie vor dem Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossene Verträge erfülle, benachteiligt werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Freiherr von Langen wird in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Die **Bestimmungen über die Wiedereinführung einer Kontingentierung** werden in **namentlicher Abstimmung** mit **194** gegen **114** Stimmen bei einer Stimmenthaltung **abgelehnt. Gegen** die Kontingentierung stimmen die Socialdemokraten, die freisinnigen Gruppen, die Polen, Elsässer und Welfen, die Mehrheit der Konservativen (darunter die Abgg. Dr. Frhr. v. Langen, v. Massow, Rettich, Graf Schwerin-Löwitz, Graf zu Stolberg-Wernigerode, sowie die Hospitanten der Konservativen v. Maltzan und Fürst v. Bismarck), ein großer Teil der Reichspartei (darunter Abg. v. Kardorff), eine Minderheit des Centrums (darunter die Abgg. Dr. Heim, Zehnter und Dr. Frhr. v. Heereman), und die Antisemiten Bindewald, Liebermann v. Sonnenberg und Raab. **Für** die Kontingentierung stimmen die Mehrheit des Centrums (darunter Abgg. Müller-Fulda, Spahn, Speck, Dr. Becker, Bachem und Graf Ballestrem), ein Teil der Konservativen (zum Beispiel die Abgg. v. Kröcher, Dr. Kropatscheck, Dr. Oertel), die Abgg. Dr. Hahn (B. d. L.), Lucke (B. d. L.), Hilpert (bayr. Bauernbund), ein Teil der Reichspartei (darunter Dr. Arendt und Gamp), eine Minderheit der Nationalliberalen (Abgg. Börner, Hische, Jorns, v. Kaufmann, Schmidt-Wanzleben, Lichtenberger, Nimpau) und die Antisemiten Werner und Dr. Böckel.

Das Resultat der Abstimmung wird von der Linken mit Bravo-Rufen aufgenommen.

Mit derselben Mehrheit wird die **Regierungsvorlage** (Aufhebung der Kontingentierung) **angenommen.** Der Antrag Richter ist damit erledigt.

Artikel 2 handelt von der **Zuckersteuer.** Nach dem bestehenden Gesetz beträgt die Zuckersteuer 20 Mark von 100 Kilogramm Nettogewicht.

Die **Regierungsvorlage** wollte die Zuckersteuer auf **16** Mark festsetzen.

Die **Kommission** beantragt, die Zuckersteuer vom 1. September 1903 ab auf **12** Mark, vom 1. September 1905 auf **10** Mark festzusetzen.

Die Abgg. **Ledebour,** Schippel und Bernstein (Soc.) beantragen die **vollständige Aufhebung der Zuckersteuer.**

Abg. **Müller**-Fulda (C.) stellt den Antrag, die Zuckersteuer vom 1. September 1903 auf **14** Mark, vom 1. September 1906 ab auf **12** Mark festzusetzen.

Abg. Dr. **Hermes** (frs. Vp.) beantragt, eine Zuckersteuer von **14** Mark zu erheben.

Abg. **Gamp** (Rp.) beantragt, in das Gesetz folgende Bestimmung einzufügen: „Erreichen die Reineinnahmen aus der Zuckersteuer einen Betrag, welcher die Summe von 2,10 M. auf den Kopf der Bevölkerung überschreitet, so ist der Ueberschuß anzusammeln und es ist, sobald der angesammelte Betrag 10 Millionen Mark übersteigt, im Wege der Reichsgesetzgebung zum Zweck der Herabsetzung der Verbrauchsabgabe darüber zu verfügen."

Abg. Dr. **Hermes** (frs. Vp.): Zweifellos erleiden die Reichsfinanzen einen Ausfall durch die Herabsetzung der Zuckersteuer, und für diesen Ausfall muß Ersatz gesucht werden. Von einer direkten Reichs-Einkommensteuer will die Regierung nichts wissen, es blieben also nur neue indirekte Steuern übrig, am ehesten würden Tabak und Bier in Betracht kommen. Daher haben wir unsern Antrag gestellt, die Zuckersteuer auf 14 M. festzusetzen. Dieser Antrag bedeutet die **harmonische Ausgleichung** aller in Betracht kommenden Interessen, und ich bitte Sie dringend, ihn anzunehmen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Preußischer Finanzminister Frhr. **v. Rheinbaben:**

Ich bitte ebenfalls dringend, den Kommissionsbeschluß abzulehnen und den Antrag Hermes anzunehmen. Die Herabsetzung der Steuer von 14 M. auf 12 M. bedeutet eine Preisermäßigung von nur einem Pfennig für das Pfund Zucker. Für die Regierung aber bedeutet die Herabsetzung der Steuer von 16 auf 12 M. einen Ausfall von 28 Millionen Mark, der sich bei der zu erwartenden Steigerung des Konsums auf vielleicht 20 Millionen vermindert. — Die Herren Bernstein und Dr. Hahn haben ja sogar vorgeschlagen, die Zuckersteuer ganz aufzuheben. Es ist gewiß sehr leicht, die Weltteile wegzugeben, die einem nicht gehören, aber ich bin überzeugt, wenn die Herren die Verantwortung hätten, welche wir zu tragen haben, würden Sie ihren jetzigen Standpunkt nicht aufrecht erhalten. Herr Hahn als Landwirtschaftsministers würde jedenfalls nicht für Aufhebung der Zuckersteuer sein. (Heiterkeit.) Die englischen Verhältnisse, auf die Herr Bernstein hingewiesen hat, kommen für uns nicht in Betracht. Der Theekonsum ist dort 54mal so groß als bei uns und demgemäß der Zuckerkonsum so enorm, wie er bei uns niemals werden kann. — Wie wollen die Herren diesen enormen Ausfall für die Reichskasse decken? Es würde nichts übrig bleiben, als schließlich die **Matrikularbeiträge zu erhöhen.** Wir werden wahrscheinlich für das nächste Jahr mit einem Deficit von 70—80 Millionen zu rechnen haben; kommen dazu jetzt noch 20 Millionen, so würde das **Deficit gar auf 100 Millionen** steigen. Für den preußischen Staat würde das eine Mehrbelastung von etwa 50 Millionen bedeuten. Noch vielmehr aber würden verhältnismäßig die kleineren Staaten zu leiden haben. Die Freude an dem Reichsgedanken kann eine solche stetig steigende Belastung der Einzelstaaten aber nicht erhöhen. Ich bitte Sie daher dringend, den **Antrag Hermes anzunehmen.** (Bravo!)

Bayrischer Bundesrats-Bevollmächtigter Graf **Lerchenfeld**

schließt sich dem Vorredner an. Der Beschluß der Kommission bedeute eine Schwächung der Reichseinnahmen, obwohl an und für sich schon das Deficit im nächsten Jahre noch steigen werde. Für Bayern sei es unmöglich, die Matrikularbeiträge zu erhöhen. Der Kommissionsantrag sei für die bayrische Regierung unannehmbar. Er bitte das hohe Haus, sich nicht zu weit von dem Satze der Vorlage zu entfernen.

Abg. Graf **Bernstorff**-Uelzen (Welfe) tritt für den Steuersatz der Kommissionsbeschlüsse mit dem Zusatzantrag Gamp ein.

Abg. **Müller**-Fulda (C.) begründet seinen Antrag, die Steuer auf 14 M. bezw. 12 M. festzusetzen. Redner empfiehlt besonders Frachtermäßigungen für Zucker und die für die Zuckerherstellung notwendigen Rohprodukte.

Direktor im preußischen Eisenbahnministerium **v. Möllhausen** erklärt für die preußische Eisenbahnverwaltung, daß sie in eine eingehende Prüfung darüber eintreten werde, wie die Frachten zu ermäßigen seien. Der Wunsch des Vorredners würde mit größtem Wohlwollen geprüft werden, allerdings lasse sich ja jetzt noch nicht sagen, welche Verschiebung die Neuregelung der Dinge auf dem ganzen Zuckermarkte ergeben würde.

Abg. **Gamp** (Rp.):

Von manchen Seiten wird eine vollständige Aufhebung der Zuckersteuer befürwortet. Allerdings muß dann ein Ersatz für die Reichskasse gefunden werden. Warum soll man aber dabei immer an einheimische Steuern denken, warum soll man nicht **ausländische Produkte höher belasten?** Ich denke dabei namentlich an **Kaffee, Thee** und **Kakao.** (Aha! und große Unruhe bei den Socialdemokraten.) Selbst die Socialdemokraten könnten sich doch damit einverstanden erklären, denn die Arbeiter würden dann die Mehrausgaben für diese Produkte am Zucker mindestens ersparen. Da aber gegenwärtig an eine völlige Aufhebung der Steuer noch nicht gedacht werden kann, so ist ein großer Teil meiner Freunde der Meinung, daß man wohl bis auf den Satz von 14 Mark heruntergehen könnte; ein Teil wünscht, daß noch unter diesen Satz heruntergegangen werden möchte. Vielleicht könnten wir uns alle auf der Grundlage meines Antrages verständigen.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf **Hohenthal:** Die sächsische Regierung erachtet die von der Kommission beschlossene Ermäßigung der Zuckersteuer für höchst bedenklich, so lange nicht ein bestimmter Ersatz für den Ausfall, den die Reichskasse dadurch erleiden würde, vorhanden ist. Die Wirkung des Antrages Gamp läßt sich noch nicht vollständig übersehen.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben:** Ich möchte nochmals bitten, den Steuersatz von 14 M. anzunehmen. Eine solche Maßnahme würde einfache und klare Verhältnisse schaffen. Der Antrag Gamp scheint kaum notwendig, da, wenn die Erträgnisse der Zuckersteuer einen Betrag erreichen, der die Summe von 2,10 Mark pro Kopf der Bevölkerung überschreitet, der Reichstag schon von selbst mit dem Ersuchen um Ermäßigung der Zuckersteuer an die Regierung herantreten würde.

Abg. **Müller**-Fulda (C.) zieht seinen Antrag zurück.

Abg. **Ledebour** (Soc.):

Die Brüsseler Konvention ermöglicht eine durchgreifende Reform unsrer gesamten Zuckersteuer-Gesetzgebung und die Schaffung gesunder Zustände auf diesem Gebiete. Die Aufhebung der Prämien würde aber die deutsche Zuckerfabrikation in eine schwierige Lage bringen, weil der große Export in das Ausland unter diesen Umständen nicht aufrecht erhalten werden kann. Es liegt daher sowohl im Interesse der konsumierenden Bevölkerung wie der Zuckerindustrie, daß die weitestgehenden Schritte gethan werden, um den Zuckerkonsum zu heben. Dieses aber läßt sich in ausgiebiger Weise nur durch eine **völlige Aufhebung der Zuckersteuer** erreichen. Gegenwärtig kostet das Pfund Zucker in Deutschland etwa 32 Pf. In England kostete es bis zur Einführung der neuen Steuer im Detailpreis 14 Pf. In der letzten Zeit haben sich diese Zahlen etwas verändert. Der Zuckerpreis, zu dem der Engländer im Detailverkehr sein Pfund Zucker bekam, ist allerdings noch etwas billiger als der Preis, den wir selbst nach Aufhebung der Zuckersteuer erreichen können, weil nach dem bisherigen System jedem zuckerkonsumierenden Engländer aus der Tasche der deutschen Steuerzahler ein Geschenk von etwa 2 Pfennigen gemacht wurde. Der **Normalpreis in Deutschland** würde **nach Aufhebung der Zuckersteuer erst 16, dann 15 Pf. sein,** falls wirklich alle künstlichen Verteuerungen, unter denen gegenwärtig der Zuckerkonsum zu leiden hat, beseitigt werden. Eine derartige Verbilligung würde mit Naturnotwendigkeit den Zuckerkonsum in rapider Weise heben. Allerdings wird nicht mit dem Sinken der Preise auf die Hälfte der Konsum gleich auf das Doppelte steigen und eine geringe Verbilligung des Zuckers würde überhaupt kaum eine Steigerung des Zuckers herbeiführen. Falls aber der Preis auf 15 Pf. sinkt, werden auch Leute, die mit dem Zucker jetzt sehr sparsam umgehen müssen, bald erheblich größere Mengen davon konsumieren. Eine solche Verbilligung würde in Deutschland überhaupt erst eine Konservenindustrie in großem Stile ermöglichen, sie würde es den Familien gestatten, wie es in England allgemein der Fall ist, Marmelade als tägliches Nahrungsmitel zu genießen. Bei dem hohen Nährwert des Zuckers ist das kein gering zu veranschlagendes Moment.

Die Regierung fragt uns nun, wie der Ausfall an Einnahmen gedeckt werden soll. Auf den Gedanken, daß man die Finanzlage auch durch **Einschränkung der Ausgaben** verbessern kann, scheint sie noch garnicht gekommen zu sein. Unsern Vorschlag der Reichs-Einkommensteuer erklärt man für undurchführbar, weil diese Steuer einen Eingriff in die Rechte der Einzelstaaten darstelle. Die Einzelstaaten haben aber bei dem gegenwärtigen Zustand viel mehr zu leiden, als wenn eine Reichs-Einkommensteuer bestünde. Herr Gamp rechnete aus, daß heute schon von einzelnen Vermögen **28 Proz.** Steuern erhoben werden. Der Prozentsatz aber, den eine **Arbeiterfamilie** von ihrem Vermögen für **indirekte Steuern heute ausgeben muß, ist weit größer.** (Sehr richtig! bei den Soc.) Alle indirekten Steuern wirken **als Kopfsteuer** und so auch die Zuckersteuer. Gegenwärtig zahlt eine Familie 15 M. mehr jährlich für Zucker, als sie zu zahlen hätte, wenn die Steuer aufgehoben würde. Eine direkte Reichs-Einkommensteuer kann genau so veranlagt werden, wie jetzt die Landes-Einkommensteuer.

Die Organe der Selbstverwaltung, die die Veranlagung jetzt in der Hand haben, werden Reichsorgane werden und die Landes-Einkommensteuer würde dann als Zuschlag zur Reichs-Einkommensteuer erhoben werden, wie jetzt die Kommunalsteuern als Zuschlag zur Landes-Einkommensteuer. Die Autonomie der Einzelstaaten liegt doch nicht in der Methode der Steuerveranlagung, darin ob nach einem besonderen preußischen oder bayrischen System die Steuer erhoben wird. Wollte man darauf den Hauptwert legen, so wäre das dasselbe, als wenn man die militärische Autonomie Bayerns im Raupenhelm erblicken würde. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Die gegenwärtige Autonomie der Einzelstaaten in Steuerfragen ist auch nur so ein Steuer-Raupenhelm. (Heiterkeit.) Warum schränkt man nicht die Ausgaben für unproduktive Zwecke ein. (Sehr richtig! bei den Socialdem.) **Unerhört überflüssige Ausgaben werden gemacht für die Kolonien, für Heer und Marine.** In den Ausgaben für die Flotte ist sogar noch eine bedeutende Steigerung zu erwarten. Ich erinnere Sie an den **Tirpitzerlaß** und daran, daß wir wochenlang ein paar von den **wundersamen Bildwerken** in der Wandelhalle des Reichstags ausgestellt sahen, die von weitem so aussehen, als wenn **eine Compagnie von Raupen im Parademarsche über das Papier marschierte.** (Große Heiterkeit.) In der That waren es schematische Darstellungen der Kriegsmarine der verschiedenen Nationen. Wenn ein so viel beschäftigter Mann wie Kaiser Wilhelm II. sich damit befaßt, diese merkwürdigen schematischen Darstellungen von Panzerschiffen auf das Papier zu werfen . . . (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem:**

Herr Abgeordneter, ich bitte die **Zeichnungen des deutschen Kaisers** nicht in den Bereich Ihrer Erwägungen zu ziehen, das entspricht nicht den Gewohnheiten des Hauses. Die Ausstellung der Zeichnungen ist eine Aufmerksamkeit Sr. Majestät des Kaisers gegenüber dem Reichstage. Sie hier zu kritisieren von irgend einem Standpunkt aus, ist nicht angemessen. (Bravo! rechts).

Abg. **Ledebour** (Soc. fortfahrend):

Es ist mir ja allerdings bekannt, daß diese Zeichnungen **noch nicht als Illustrationen im „Reichs-Anzeiger" erschienen** sind (Große Heiterkeit), wir werden also bis dahin zu warten haben mit unsrer Kritik. Der Zweck der Zeichnungen . . .

Präsident Graf **Ballestrem:**

Sie fahren trotz meiner Ermahnung fort, sich mit diesen Zeichnungen zu beschäftigen. Ich erkläre hiermit, daß dieselben nicht zur Sache gehören, und ich rufe Sie **zur Sache.** (Bravo rechts und im Centrum.)

Abg. **Ledebour** (fortfahrend):

Ich bin der Ueberzeugung aus Gründen, die ich hier nicht erörtern kann, daß wir **demnächst trotz der ungünstigen Finanzlage noch neue Flottenforderungen zu erwarten haben,** und wir haben allen Grund, dagegen energisch Front zu machen. Heute, wo eine allgemeine Finanzkalamität im Reiche und in den Einzelstaaten besteht, mutet man dem preußischen Volke zu, **250 Millionen Mark für die Hasenpolitik Preußens** gegenüber der polnischen Minderheit auszugeben. Diese ungeheure Belastung muß, abgesehen von allen andren schädlichen Konsequenzen für unser Volkswohl, die preußischen Finanzen vollständig zerrütten. Wie können wir angesichts solcher Vorgänge den **Klageliedern der Regierung** über die Finanznot **irgend welche ernstliche Bedeutung** beimessen? Staatssekretär Posadowsky glaubte gestern das Parlament ermahnen zu sollen, den Daumen auf dem Beutel zu halten. Nun, die erste Aufgabe des Parlaments ist es, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß **der Volkswille das höchste Gesetz** ist; aber auch ich erkenne es als eine hohe Aufgabe des Parlaments an, den Daumen auf dem Beutel zu halten. In welcher Situation befinden sich aber nun die Mehrheitsparteien, die sich von dieser Regierung, der sie immer neue Ausgaben für Heer, Marine, Kolonien usw. bewilligt haben, eine solche Ermahnung gefallen lassen müssen. Wenn Sie unsren Antrag annehmen, der die Zuckersteuer vollständig beseitigen will im Interesse der großen Masse des konsumierenden Volkes, dann hat die Reichsregierung die Pflicht, ihrerseits dafür zu sorgen, daß ein Budget ohne die Zuckersteuer fertig gestellt wird. Vermag sie das nicht, so braucht sie sich **nur vertrauensvoll an die Socialdemokratie zu wenden.** Diese wird ihr dann ein Budget ausarbeiten, wie sie es, um ein neues geflügeltes Wort des Grafen Posadowsky zu gebrauchen, seit Erschaffung der Welt noch nicht gehabt hat. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten; große Unruhe rechts.)

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Der **Antrag der Socialdemokraten** auf völlige Aufhebung der Verbrauchsabgabe wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der Polen, der Antisemiten und des Bundes der Landwirte und des konservativen Abgeordneten Dr. Oertel **abgelehnt.** Gegen dieselbe Minderheit, zu der sich noch einige Konservative und Reichsparteiler gesellen, wird der **Antrag Gamp abgelehnt.**

Abgelehnt gegen etwa die gleiche Minderheit, zu der noch einige Nationalliberale hinzukommen, wird der Kommissionsantrag.

Mit großer Majorität wird hierauf der **Antrag Hermes** (frs. Vp.) (Steuersatz 14 M.) **angenommen.** Die Minderheit bilden die Socialdemokraten, Polen, Antisemiten, der Bund der Landwirte, ein Teil der Konservativen.

§ 3, der die **Steuerkredite** regelt, wird debattelos **angenommen.**

Artikel 2a fordert Ursprungszeugnisse und setzt die **Höhe des Eingangszolles** aus Konventionsländern auf den höchsten Betrag fest, der nach der Brüsseler Konvention zulässig ist (also **4,80 M.** + 14 M.).

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.)

beantragt den **Ueberzoll auf 2,80 M.** herabzusetzen. Sein Herz sei eigentlich auf seiten des socialdemokratischen Antrags, der den ganzen Ueberzoll beseitigen will, aber schließlich genügt auch eine Herabsetzung auf 2,80 M., um eine Kartellbildung zu verhindern.

Abg. **Bernstein** (Soc.) befürwortet den socialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Eingangszolls. Wenn man die Surtaxe (Ueberzoll) einmal abschaffen will, so ist es besser, sie gleich gänzlich zu beseitigen, als sie erst auf 2,80 M. herabzusetzen. Deutschland als ein Zucker exportierendes Land hat kein Interesse an einem solchen Eingangszoll, dagegen hat es ein großes Interesse daran, mit der Beseitigung des Einfuhrzolles andren Ländern voranzugehen. Die Gefahr einer Ueberschwemmung mit Kolonialzucker ist für uns in keiner Weise vorhanden; der Rohrzucker wird dem Rübenzucker niemals ernstliche Konkurrenz machen können. Nur für gewisse Zwecke verdient der Rohrzucker den Vorzug vor dem Rübenzucker, und für diese Zwecke soll man den Import nicht unnötig erschweren. Auch die Behauptung, England beabsichtige mehr und mehr zum Schutzzollsystem überzugehen, erscheint unbegründet. Noch gestern hat im englischen Parlament der Schatzsekretär Hicks Beach erklärt, man wolle nicht zur Schutzzollpolitik übergehen. Nehmen Sie unsren Antrag an und schaffen Sie hier, wo Sie es können, jeden Schutzzoll ab! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Becker** (C.) tritt für die Beibehaltung der Surtaxe ein. Die Socialdemokraten können auf socialem Gebiet nie genug Anforderungen stellen. Aber woher soll die Deckung kommen? Die Folge der Annahme der Anträge Barth oder Bernstein würde der völlige Ruin der deutschen Zuckerindustrie sein.

Abg. **v. Standy** (k.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an. Eine Herabsetzung oder Aufhebung der Surtaxe wäre gar nicht zu entschuldigen.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird die **Kommissionsfassung angenommen.**

Artikel 2b hebt den § 81 des geltenden Zuckersteuergesetzes mit seinen Erleichterungen für die Einfuhr fremden Zuckers auf.

Der **Artikel** wird unverändert angenommen, ebenso **Artikel 3** mit Bestimmungen über die Zurückzahlung von Ausfuhrprämien auf Zucker, der vor Inkrafttreten des Gesetzes in eine Niederlage aufgenommen worden ist.

Artikel 4 läßt das Gesetz gleichzeitig mit der Brüsseler Konvention am **1. September 1903** in Kraft treten.

Die Abgg. Graf **Roon** (k.) und **Müller**-Fulda beantragen, das Inkrafttreten des Zuckersteuer-Gesetzes von dem gleichzeitigen Inkrafttreten des **Saccharin-Gesetzes abhängig** zu machen.

Reichs-Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**

giebt folgende Erklärung ab: Es wird bei der Geschäftslage des hohen Hauses von Wichtigkeit sein, wenn ich eine Erklärung über die Stimmung innerhalb der verbündeten Regierungen über das von der Kommission beschlossene Süßstoff-Gesetz hier abgebe. Einen formellen Beschluß kann ich nicht mitteilen, da ein solcher noch nicht gefaßt ist. Die verbündeten Regierungen haben vor Jahr und Tag ein Gesetz eingebracht, das eine höhere Besteuerung des Saccharins vorschlug. Das Gesetz ist in eine Kommission gegangen, die sich mit dem Grundprincip des Entwurfes einverstanden erklärte. Dann hat das hohe Haus nochmals das Saccharinsteuer-Gesetz an die Zuckersteuer-Kommission verwiesen, und diese andre Kommission ist zu andren Ergebnissen gelangt. An Stelle der Steuer auf Saccharin tritt die Ermächtigung für den Bundesrat, nur eine oder mehrere Fabriken für die Saccharinherstellung insoweit fortbestehen zu lassen, als die Fabrikation des Saccharins aus hygienischen Rücksichten geboten ist. Ich glaube die Stimmung der Mehrzahl der verbündeten Regierungen angeben zu können: auch **gegen diese Fassung des Saccharingesetzes würden Einwendungen nicht erhoben werden.** Die verbündeten Regierungen bestehen nicht auf der von ihnen ursprünglich vorgeschlagenen Gestaltung des Gesetzes. Bei der Geschäftslage des Hauses dürfte es sich für die Antragsteller empfehlen, nach dieser Erklärung den Antrag zurückzuziehen.

Abg. Graf **Roon:**

Bisher lag eine amtliche Aeußerung über die Saccharinfrage nicht vor. Es blieb mir und Herrn Müller kein andres Mittel übrig, um Auskunft zu erlangen, als der Antrag, den wir gestellt haben und der um so mehr berechtigt ist, als das Saccharin-Gesetz bekanntlich ein integrierender Bestandteil der Zuckersteuer-Vorlage ist. Nach der Erklärung des Herrn Schatzsekretärs bin ich in der Lage, zugleich im Namen des Herrn Müller, unsern Antrag zurückzuziehen.

Der **Artikel 4** wird hierauf mit großer Mehrheit **angenommen**; ebenso der Rest des Gesetzes.

Weiterhin hat die Kommission zwei **Resolutionen** beantragt, wonach 1. die Regierung ersucht wird, in Erwägung zu nehmen, ob und inwieweit eine Besteuerung des aus andren Stoffen als aus Rüben hergestellten Zuckers **(Stärkezucker)** herbeizuführen ist, 2. eine thunlichste **Ermäßigung der Eisenbahntarife** für Zuckerrüben, Schnitzel und Melasse sowie für Roh- und Krystallzucker verlangt wird.

Die **erste** Resolution wird **abgelehnt** gegen das Centrum und die Reichspartei, die **zweite** Resolution einstimmig **angenommen.**

Abg. **Schmidt**-Wanzleben (natl.) befürwortet eine von ihm eingebrachte Resolution, zu erwägen, inwieweit eine Steuerermäßigung oder **Steuerbefreiung** für Zucker, der zur Fabrikation von Jams und **Marmelade** verwendet wird, herbeigeführt werden kann.

Die Resolution wird abgelehnt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Präs. Graf **Ballestrem:** Ich beraume die nächste Sitzung an auf Mittwochvormittag **9** Uhr (stürmische Unruhe und Oh-Rufe) mit der Tagesordnung: **Zweite Lesung des Saccharingesetzes.** Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch. (Große Heiterkeit.) Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 6 Uhr.

Der Mordprozeß Thomaschke.

Landgerichts-Direktor Pohle eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr.

Zeuge **August Holzapfel,** Rentier, giebt an, daß er seit dem Jahre 1897 mit Löffler bekannt gewesen sei. Er habe ihn damals in einer Gastwirtschaft in der Neanderstraße kennen gelernt. Nach mehrmaliger Unterhaltung habe Löffler ihm die Geschäftsverbindung angeboten, und zwar sollte der Zeuge Geld zur Diskontierung von Wechseln gegen entsprechende Provision hergeben. Der Zeuge habe sich über Löffler erkundigt und keine schlechte Auskunft erhalten.

Ueber den Angeklagten Thomaschke äußert der Zeuge sich in abfälliger Weise. Löffler habe ihm Thomaschke im Grohschen Lokale vorgestellt. Er sei ein anständiger Kaufmann, der lange im Auslande gewesen sei. Der Zeuge habe es mißfällig bemerkt, daß Thomaschke hinter Löfflers Rücken schlecht von diesem sprach. Er habe deshalb Löffler vor Thomaschke gewarnt und dem letzteren auch einmal in Löfflers Gegenwart ins Gesicht gesagt, daß er ein Lump sei. Thomaschke habe darüber nur gelacht. Der Zeuge habe Thomaschke auch im Verdacht, daß dieser ihn bei Löffler verklatscht habe. — Am 11. September sei Thomaschke mit einem Sparkassenbuch zu ihm gekommen, in welchem 1000 M. eingetragen waren. Es gehöre einer Witwe Knoblauch, die es gern verkaufen wolle, da sie ja nur je 100 M. davon abheben könne, welches ihr nichts nützen könne, da sie eine größere Summe gebrauche. Der Zeuge habe sich überreden lassen, das Sparkassenbuch für 900 M. — nicht wie der Angeklagte behauptet 850 M. — zu erwerben. Er habe sich einen Schein von der Vorbesitzerin Frau Knoblauch ausstellen lassen, der sich nachher als von

Tomaschke gefälscht

herausstellte. — Präs.: Nun behauptet aber der Angeklagte, Sie müßten gewußt haben, daß der Schein gefälscht war. — Zeuge: Dann muß er geradezu irrsinnig sein. Kann er mir das ins Gesicht sagen? Wenn er noch einen Funken Ehrgefühl hat — der Präsident verhindert alle Auseinandersetzungen zwischen dem Zeugen und dem Angeklagten und ermahnt den ersteren zur Ruhe. — Zeuge: „Herr Präsident, jedes Wort, das ich sage, entspricht der Wahrheit, sonst will ich dort hingehen, wo der steht". Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß er Löffler nie auf einer unreellen Handlungsweise ertappt habe. Bald nach dem Bekanntwerden mit Thomaschke habe dieser dem Zeugen das Schriftstück gezeigt, wonach er von seinem Vater als erbberechtigt anerkannt wurde. Sein Vater sei gestorben und er wolle nun seine Ansprüche geltend machen. Die Sache sei zwischen dem Zeugen, Löffler und Thomaschke besprochen worden, Löffler habe keine Meinung dafür gehabt und den Zeugen auch davor gewarnt, dem Angeklagten einen Pfennig Vorschuß auf die Erbschaft zu geben. Der Angeklagte behauptet wieder, daß Löffler ihn vor Holzapfel gewarnt habe, so daß zwischen den drei Leuten ein gegenseitiges Mißtrauen Platz griff. — Die verwickelten Abmachungen und Wiederaufhebungen zwischen den drei Geldleuten nehmen lange Zeit der Verhandlung in Anspruch.

Zeuge Holzapfel muß sich über die Persönlichkeit Löfflers auslassen. Er schildert ihn als einen sehr netten Herrn, mit dem jeder anständige Mann verkehren könne. Allerdings habe er seine Vergangenheit nicht gekannt, sonst würde er sich wohl nicht mit ihm eingelassen haben. Am 30. September in der Mittagsstunde hat der Zeuge noch mit ihm gesprochen. Löffler habe dabei zugesagt, daß er am 3. Oktober zu der Hochzeit von des Zeugen Tochter erscheinen wolle. Sie hatten verabredet, daß sie sich am Abend bei Koziak treffen wollten. Als Thomaschke des Abends zu Koziak gekommen sei, sei er sehr unruhig gewesen. Am 1. Oktober hat der Zeuge den Angeklagten auf der Straße getroffen und nachmittags wieder im Koziakschen Lokale. Dort sei ein Reisender gekommen, der erzählt habe, daß der alte Löffler tot sei. Thomaschke habe sich auf einen Stuhl gesetzt. Der Zeuge habe gesagt: „Das ist eine schöne Geschichte, da bin ich wieder viel Geld los!" Dann habe er Thomaschke angesehen und zu ihm gesagt: Männeken,

Sie sind ja so blaß,

verlieren Sie auch Geld bei Löffler? Was Thomaschke darauf erwidert hat, weiß der Zeuge nicht. — Justizrat Dr. Sello: Ist Ihnen nicht nach dem Bekanntwerden von Löfflers Tod zu Ohren gekommen, daß auch andre Personen damit in Beziehung gebracht wurden? — Zeuge: Wie es bei solchen Fällen zu sein pflegt, es wurde davon gesprochen, daß es auch die Kretzschmar oder beide gewesen sein könnten.

Es tritt eine Zeugin auf, die seit 2 Jahren mit der Zeugin Kretzschmar zusammen wohnt und sie als ein anständiges, wahrheitsliebendes Mädchen schildert. Auf Befragen erklärt sie, daß die Kretzschmar am Abend des 30. September von 8½ Uhr an zu Hause gewesen sei. Noch zwei andre Zeuginnen, die vernommen werden, wissen über Fräulein Kretzschmar nichts Nachteiliges zu bekunden.

Nachdem noch einige unwesentliche Zeugen vernommen sind, tritt die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause wird Frl. Schering noch einmal vom Justizrat Dr. Sello eingehend darüber befragt, ob sie den Zeitpunkt genauer angeben könne, wenn sie das Geräusch in der Wohnung des Löffler gehört habe. Sie kann sich nur erinnern, daß es kurz vor 10 Uhr gewesen sei.

Ein Zeuge Gastwirt Wilh. Ewald, der inzwischen verstorben ist, hat in seiner kommissarischen Vernehmung bekundet: Er kannte Löffler schon lange Zeit und verkehrte häufig mit ihm. Er weiß, daß Löffler stets viel Geld bei sich hatte. Noch etwa 1½ Wochen vor Löfflers Tode habe er seine Brieftasche hervorgeholt, in welcher 10—12 000 M. in Scheinen sich befanden. Auf seine Frage, warum er denn so viel Geld bei sich trage, habe Löffler geantwortet, er brauche immer flüssiges Geld zu seinen Geldgeschäften. Noch drei Tage vor seinem Tode sei Löffler bei ihm gewesen und habe ihm aus einem vollen Portemonnaie bezahlt. Löffler sei sehr lebenslustig und fidel gewesen und er halte einen Selbmord bei ihm für ausgeschlossen. Einmal sei Löffler mit einem Manne zu ihm gekommen, der etwa die Statur des Angeklagten Thomaschke hatte, wenn er auch nicht sagen könne, ob er es sei. Löffler habe gesagt: „Der Kerl wird mir lästig, er ist so aufdringlich und kommt oft schon in aller Frühe zu mir."

Hierauf wird der aus Bistrowitz hierher gekommene

Polizeikommissar Markewka

über den Leumund der Zeugin Kretzschmar vernommen. Er bekundet, daß sie als Kind von 12—13 Jahren mit Schulkindern und Erwachsenen Unzucht getrieben habe. Sie habe auch das Violinspiel erlernt und zu unsittlichen Zwecken ausgenutzt. Sie habe bei Tanz und Musik gespielt, auf Höfen und in Gasthäusern aufgespielt und dabei ihre unsittlichen Zwecke verfolgt. Das Treiben der Kretzschmar habe zur Verurteilung zweier Personen geführt, sie selbst sei mit Rücksicht auf ihre Jugend einer Besserungsanstalt überwiesen worden. Dort blieb sie zwei Jahre. Auf Wunsch des Vaters sei sie dann aus der Anstalt entlassen worden, hielt sich dann noch einige Zeit bei dem Vater auf und ist schließlich nach außerhalb gegangen. Später hat der Zeuge Ungünstiges über die Zeugin nicht mehr gehört.

Der Zeuge Bureauvorsteher Werner weiß u. a. auch, daß Löffler in einer Brieftasche viel Geld bei sich zu tragen pflegte und auch zwei Portemonnaies besaß. Der Zeuge läßt sich auf Befragen eingehend über die vermeintlichen Erbansprüche Thomaschkes aus. Danach hat Holzapfel dem Zeugen erzählt, daß Thomaschke ihm eine Urkunde gezeigt habe, wonach dieser, obwohl unehelich geboren, erbberechtigt sei. Da der Vater des Thomaschke jetzt ohne Testament gestorben sei, werde er sehr bald die Erbschaft ausbezahlt erhalten und habe daraufhin schon Vorschuß haben wollen. Der Zeuge hat dem Holzapfel geraten, kein Geld zu geben, da er gegen die Existenz der Erbschaft juristische Bedenken habe.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer stellt durch Befragen des Zeugen fest, daß Holzapfel diesem auch einen Teil der Erbschaft zugesagt habe, wenn die Erbschaft eingehen sollte.

Auf Antrag des Justizrats Dr. Sello wird noch einmal dem Angeklagten die Aussage vorgehalten, die er s. Z. vor dem Kriminalinspektor Braun abgegeben und in welcher er gesagt haben soll, daß Löffler ihm seine Uhr mit Rücksicht auf einen bevorstehenden Manifestationseid übergeben habe.

Rechtsanwalt Dr. Werthauer wünscht noch Aufklärung über die Thatsache, daß Löffler laut einer ihm kurze Zeit vor seinem Tode behändigten gerichtlichen Zustellung zum 29. Oktober als Zeuge in einer Betrugssache gegen den Agenten Holster vorgeladen war. Er wünscht diese Aufklärung, um zu ermessen, ob es sich um eine harmlose oder um eine Sache handelte, die den Löffler vielleicht zu dem Entschluß des Selbstmordes getrieben haben könnte. — Der Gerichtshof beschließt, die Akten wider Holster zu morgen einzufordern. Sie umfassen, wie der Staatsanwalt sofort feststellen läßt, 9 dicke Volumina.

Nach Erledigung einiger weiterer Fragen der Verteidiger über die vermeintliche Bedeutung einiger bei Löffler vorgefundenen Postkarten und Zettel vertagt der Vorsitzende die Sitzung auf Mittwoch 9½ Uhr.

Bis auf die neuerdings noch beschlossene Vernehmung eines außerhalb wohnenden Offiziers S. und die Vorlegung der Akten gegen Holster ist die Beweisaufnahme erledigt.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands. (Bezirk Berlin.) Heute abend 9 Uhr in den „Arminhallen", Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Menschheit als Organismus." Nach dem Vortrage Diskussion. — Gäste sind willkommen.

Witterungsübersicht vom 10. Juni 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	753	SW	2	Regen	12	Haparanda	750	NO	6	Regen	5
Hamburg	753	SW	5	bld.bed.	10	Petersburg	751	SSW	1	wolkenl	14
Berlin	754	WSW	1	bedeckt	14	Cork	760	N	2	wolkig	10
Frankf./M.	755	SW	1	bedeckt	11	Aberdeen	—	—	—	—	—
Wien	755	SW	2	bedeckt	12	Paris	758	NO	2	bedeckt	8
München	755	SO	2	bedeckt	11						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 11. Juni 1902.

Ziemlich kühl und veränderlich, vielfach wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 11. Juni.

Opernhaus. Der Wald. — Der Waffenschmied. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Was ihr wollt. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Im Liederspielhaus: Offenbach-Cyklus. Regimentszauberer. — Zaubergeige. — Apotheker und Friseur. Anfang 8 Uhr.
Schiller. Die Mottenburger. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Bettelstudent. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Großstadtluft. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Einquartierung. Anfang 7½ Uhr.
Central. Coralie u. Cie. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schlierseer. Jägerblut. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hierauf bei ungünstiger Witterung: Er. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiss. Die Viper. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Lumpacivagabundus oder: Das liederliche Kleeblatt. Anfang 7½ Uhr.
E. v. Wolzogens Buntes Theater (Ueberbrettl). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Maienmarkt. — Schöne Seelen. — Kollegen. Anfang 8½ Uhr.
Orpheus. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. (Morwitz-Oper.) Alessandro Stradella. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Lysistrata. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.
Invalidenstraße 57/62. Täglich: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr: **Die Mottenburger.** Posse mit Gesang in sechs Bildern von D. Kalisch und A. Weirauch. Musik von R. Bial.
Donnerstagabend 8 Uhr: **Unter blonden Bestien. Der Thor und der Tod. — Paracelsus. — Post festum.**

Central-Theater.
Mittwoch, den 11. Juni 1902, Anfang 8 Uhr. Zum 151. Male: **Coralie & Cie.** Schwank in 3 Akt. v. Albin Valabrègue und Maurice Hennequin. Morgen u. folgende Tage: **Coralie & Cie.**

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr. **Morwitz-Oper. Undine.** Donnerstag: Auf allgemeines Verlangen: **Rigoletto.** (Herzog und Narr.) Gr. Oper in 4 Akten von Verdi. Freitag: **Heinrich Bötel. Der Postillon von Lonjumeau.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstr. 132.
Täglich: **Die Viper.** Kriminalschauspiel in 7 Bildern. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: I. Gr. Kinderfreudenfest. Specialitäten-, Theater-Vorstellung. Auf. 5½ Uhr.

Urania.
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr: **Die deutsche Ostseeküste.**

CASTANS Panoptikum
Friedrich-Strasse 165.
Photographische Aufnahme von der Insel **Martinique** und von den Schlachtfeldern **Transvaals.**
Im Konzertsaal: **Schwedische Künstlerkapelle** 4 Damen, 2 Herren.

Apollo-Theater
Um 7 Uhr: **Garten-Konzert.** Um 8 Uhr: **Die neuen sensationellen Specialitäten!** Um 9 Uhr: Kolossaler Lacherfolg. Paul Linckes Ausstattungs-Operette **Lysistrata** mit dem Luftballett „Grigolatis!" Kassenöffnung 7 Uhr.

Schall und Rauch
(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Mittwoch, 11. Juni, Anfang 8½ Uhr: **Serenissimus-Zwischenspiele** u. a.

Passage-Panopticum.
Der weibliche Affenmensch. **Die Seejungfer. Der Tigerknabe.**

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr. **Willy Prager** 16 Elite-Nummern.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville. Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Hierauf: „Er". Lebensbild in 1 Akt. Bei günstiger Witterung auf der Sommerbühne. — Garten-Entree inkl. Vorstellung 30 Pf. **Mittwoch: Offeney-Konzert.** Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Schweizer Garten
Am Königsthor 42029* Am Friedrichshain
Täglich: **Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung und Ball.** Volksbelustigung. Freier Damentanz. Um 10 Uhr: **Susanne im Bade.**

Sommertheater **Marienbad**
Badstr. 35/36, Gesundbrunnen.
Täglich: Gr. Specialität.-Vorstellg. **Berliner Waschermädel.** Mittwochs und Sonntags: **Ball.** Entree 20 Pf.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11—1½ Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater
früher Puhlmann
Schönhauser-Allee No. 148.
Durchweg glanzvoll erneuert!
Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Specialitäten-Vorstellung.
Kommen! Sehen! Staunen!
Allabendlich stürmischer Beifall des erstklassigen Riesen-Programms!
Im Prachtsaal: **Gr. Ball.**
Anfang Konzert 5 Uhr, Vorst. 6 Uhr. Entree 30 Pf., Sperrsitz 50 Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf all. Plätzen d. Hälfte.
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7—9.
Täglich: **Durch fremde Schuld.** Volksstück mit Gesang in 3 Akten. Ballettgas. Catrini. Tyrolienne Mary Ellys. Groteskne-Kom. Paul Coradini. Brothers Fred, musik. Excentrics. Mr. Bartling, led. Photogr. Fred Marzahni Troupe, Pantom. Musikantenstreiche. Bartlings elektrische Feerie. (3000 Glühkörper.) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. **Kalbo.**

Dr. Schünemann,
Specialarzt für Haut-, Harn- und Frauenleiden. **Seydelstr. 9.** ½12—½3, ½6—½8.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Täglich im Garten: **Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung. Onkel Don Juan.** Posse mit Gesang u. Tanz v. E. Braune.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasenheide 13—15.
Artistischer Leiter: Gust. Bock.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei ungünstig. Witterung im Saal: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soiree: **Tanzkränzchen.** Tanz frei!
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Soiree 7 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.**

Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!

Sonnabend, den 14. Juni, im Schweizer Garten, am Königsthor:

Gr. Sommerfest

bestehend in

Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung

arrangiert von den

Parteigenossen des 5. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Gesangsvorträge. • Reigenfahren. • Im Saale: **Gr. Ball.**

Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Die **Kaffeeküche** ist von nachmittags 3 Uhr an geöffnet. Anfang **4** Uhr.

Billet 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. **Das Komitee.**

Moabit! 6. Wahlkreis. Moabit!

Mittwoch, den 11. Juni, abends 8½ Uhr, im „Moabiter Gesellschaftshaus" (Peters), Alt-Moabit 80/81:

Große Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **G. Ledebour** über: **„Die preussische Polenpolitik und ihre Schäden für das deutsche Volk".** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 219/15

Um recht rege Beteiligung ersucht **Der Vertrauensmann.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Donnerstag, 12. Juni, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Versammlung der Drahtarbeiter

(Schlosser, Nadler, Geflechtsspinner und deren Hilfsarbeiter).

Tages-Ordnung: 116/5

1. Vortrag des Kollegen **Pawlowitsch** über: Die Forderungen der organisierten Arbeiter. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Fruchtweine:

Apfelwein	a Fl. 0,25 M. u.	0,30 M.
Johannisbeerwein, süss, kräftig		0,65 „
Stachelbeerwein, süss		0,65 „
Heidelbeerwein, süss und herb		0,65 „
Kirschwein, süss		0,65 „
Brombeerwein, süss		0,75 „

exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.

Die **Fruchtweine** sind **erster Qualität.**

Zu haben auch in unseren ca. **300 Niederlagen.**

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.

Fernsprecher Amt III No. 8524. 4143L*

Spurlos verschwunden sind auf Nimmerwiedersehen die Schwaben und samt der Brut bis auf den letzten Rest vernichtet durch das unfehlbar tötende **„Poudre Martial".** Sicherstes Specialmittel von **schneller, unfehlbarer und dauernder Wirkung.** Packet 0,50, 1,00, 2,00 M., Pfund 4,00 M. Für **radikalen Erfolg garantiert** der **alleinige Fabrikant Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.** Lieferant für Armee und Marine, Königl. und Städt. Behörden. Vor Nachahmungen und wirkungslosen Mitteln wird gewarnt! Hier frei Haus durch meine Gespanne, nach auswärts gegen Voreinsendung oder Nachnahme.

Robert Dieseler,

Restauration und Stehbierhalle,

145 Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstr.

ff. Speisen und Getränke. 4139Z*

Todes-Anzeige.

Den Mitgliedern der **Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer** (E. H.-R. Hamburg 2) zur Nachricht, daß unser Mitglied [1645

Karl Preuss

am Sonnabend, den 7. d. M. im Alter von 57 Jahren infolge eines Absturzes gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr vom Lazarus-Krankenhaus, Bernauerstr. 115—116 statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Central-Verband der Zimmerer Deutschlands.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 7. d. M., infolge eines Unfalles plötzlich der Kamerad

Karl Preuss

verstorben ist.

Die Beerdigung findet **heute** Mittwochnachmittag 3 Uhr vom Lazaruskrankenhaus, Bernauerstr. 115 aus nach dem Charité-Kirchhofe, Müller- und Seestrassen-Ecke, statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Auguste Schmidt** geb. Göllner, Triftstraße 41, nach langen Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12., nachmittags 6 Uhr von der Leichenhalle der Nazareth-Gemeinde, Dallbarfer Chaussee, statt. Dies zeigt tief betrübt an

Former **Heinrich Schmidt,** Triftstr. 41.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Teilnahme an den uns durch den Tod entrissenen unvergeßlichen Gatten und Vater, den Böttchermeister **Hermann Inderst,** sprechen wir unsern herzlichsten Dank aus. 1628

Die trauernden Hinterbliebenen.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. franko. Garant. Rücknahme.

E. Rell, Nordloh, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg.

Grosser Saal mit Garten und großer Theaterbühne 1048

Frankfurterstraße 74

an **Vereine** verschiedene Sonnabende noch frei. Auch können Sommerfeste abgehalten werden.

Teilzahlung!!!

Großes Lager und Auswahl von Herren-, Damen- und Wecker-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, nur wöchentlich eine Mark. **Jahre & König,** Warschauerstr. 72.

4318L*

Eine Wohlthat.

Bei den heißen Tagen einen feinen **Sommer-Anzug** zu haben, bietet sich dem geehrten Publikum eine nie wiederkehrende Gelegenheit. 4268Z*

200 Stück

reinwollene Stoffe in neuesten Mustern verarbeite nach Maß unter Garantie tadellosen Sitzes mit festen Futterstoffen, **jeden Anzug zum Ausfuchen für 25 Mark; früherer Preis 50 Mark. Ein Posten Herren-Hosen, guter Stoff, nach Maß für 3.50 Mark,** so lange der Vorrat reicht.

Eigne Schneiderei im Hause.

A. Priester,

Gr. Frankfurterstr. 40.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

---

30 Mark

hochfeine **Sommerpaletots.**

30 Mark

hochelegante **Herrenanzüge.**

12 Mark hochelegante **Beinkleider.**

Anfertigung nur nach Maß.

Guter Stoff, tadelloser Sitz. [4316L*

14 Kraussenstraße 14,

1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 3708. 1 Tr.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.

Specialarzt für 25/17*

Haut- und Harnleiden.

10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Infolge vielseitig geäußerter Wünsche sehen wir uns veranlaßt, unsre

Ausstellung moderner Kunststickereien

hergestellt mit der Singer-Familien-Nähmaschine

Leipziger Straße 92, I. Etage

bis Sonnabend, den 14. Juni, abends

zu verlängern.

Geöffnet von 10—8 Uhr. Eintritt unentgeltlich.

Zur Besichtigung dieser interessanten, eine Sehenswürdigkeit bildenden Ausstellung erlauben wir uns ergebenst einzuladen.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

4364L* Leipziger Straße 92.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, 15. Juni, abends 7½ Uhr, im **Schiller-Theater**

Einakter-Abend.

Unter blonden Bestien. Komödie in 1 Akt von M. Dreyer.

Paracelsus. Versspiel in 1 Akt von A. Schnitzler.

Der Thor und der Tod. Von Hugo von Hofmannsthal.

Post festum. Lustspiel in 1 Akt von E. Wichert.

Karten für Mitglieder a 75 Pf., für Gäste a 90 Pf. (inkl. Garderobe) sind in nachstehenden Zahlstellen zu haben:

Norden: Knapp, Rest., Grünthalerstr. 5. Gradhandt, Prenzlauer Allee 215. Löbr, Ackerstraße 38, II. **Nord-Ost:** Rest, Georgenkirchstr. 22, III. **Nord-West:** Becker, Cigarrengeschäft, Goykowskystraße 9. **Süd-West:** Pech, Schuhgeschäft, Möckernstraße 130. **Süden:** Bodsten, Cigarrengeschäft, Kommandantenstraße 62. **Süd-Ost:** Köhn, Rest., Naunynstr. 83. Kaufhold, Wrangelstr. 52 III. **Osten:** Gees, Rüdersdorferstr. 18. Hirsch, Wattenstraße 3, Stiff. III. **Centrum:** Glaser, Weinmeisterstr. 18. **Rixdorf:** Stampehl, Schinkestr. 11 I. **Schöneberg:** Arendt, Cheruskerstr. 2. **Friedenau:** Danz, Kirchstr. 15, Stff. III. 150/8

Sonnabend, 28. Juni, in **C. Ludwigs Park-Restaurant,** Treptow, Köpnicker Landstraße:

Großes Sommernachtsfest.

Künstler-Konzert. • Gesangsaufführungen.

Volksbelustigungen aller Art.

• Großer Sommernachts-Ball. •

Eintrittskarten a **30** Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben. — An der Abendkasse **40** Pf.

Neue Welt

Hasenheide 108—114.

Heute, Mittwoch, 11. Juni:

Grosses Konzert und Variété-Theater-Vorstellung.

Gr. Kinderfest mit Fackelpolonaise, Bonbonregen und Gratisverlosung. Hauptgewinne für Mädchen eine silberne Damenuhr, für Knaben eine silberne Remontoiruhr. **Anfang 4 Uhr.** Die Kaffeeküche, drei Kegelbahnen stehen zur Verfügung. — Morgen, **Donnerstag, d. 12.: Elite-Tag.** Doppel-Konzert, Gala-Vorstellung und Monstre-Feuerwerk. 4382Z

Wintergarten.

Das neue Juni-Programm

Besser und interessanter wie je!

Teilzahlung

monatlich **10 M.** liefert **elegante Herrengarderobe** nach Maß, von streng reellen Stoffen, an Unverheiratete nur gegen sichere Bürgschaft, **gegen bar Kasse spottbillige Preise. Temporowski, Schneidermeister, Prinzenstr. 55.** Ecke Dresdenerstraße, I. Etage.

Herrn H. Lasch erkläre ich für einen Ehrenmann. P. Schmidt, Nürnbergerstraße 6. 1706

---

empfiehlt **Dr. von Walck.**

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurant umständehalber spottbillig zu verkaufen. Stephanstraße 53.

Schankgeschäft wegen anderweitiger Unternehmen sofort billig zu verkaufen, gute Geschäftsgegend. Näheres bei G. Schardberg, Sesenheimerstraße 1, I.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Vorjährige elegante Herren-Anzüge und Sommerpaletots aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. [1088Z*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 1177Z*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 4—10 Mark. Verkauf täglich Turmstraße 85, Hermann Schlesinger. 1162Z*

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzberg, Landsbergerstraße 13. 1140Z*

Lebendiges Fischfutter Mittenwalderstraße 4. 2793

Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellos, spottbillig Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82 I. †90*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 111/7*

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Repetieruhren, Regulatoren, Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet.

Steppdecken spottbillig, Fabrik Weinstraße 20 I. 2872b

Große Betten, 11 Mark an, echt chinesische Mandarinendaunen Pfund 1,90. Fabriklager Landsberger Allee Nr. 37, I. 1089Z*

Pianino sofort verkäuflich Ritterstraße 120, I. 22/7*

Teppiche mit Fardenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Fahrräder, verfallene, prima Markenräder in großartiger Auswahl: Brennabor, Opel, Adler, Dürkopp, Damenräder; 100 neue Räder aus Streitsache, neueste Modelle, erstklassiges deutsches Fabrikat, konkurrenzlos, preiswert: Princip: Trotz aller Billigkeit äußerste Solidität! Räuberkäufer werden um Lagerbesuch und Vergleich mit Konkurrenz gebeten. Fahrräder-Leihhaus, Neue Schönhauserstraße 11. 1168Z*

Nähmaschinen, verfallene, spottbillig (Riesenauswahl) Pfandleihhaus, Alexandrinenstraße 73. 326

Laubenbau! Gebrauchte neue Bretter, Kantholz, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Theer billig Kottbuserdamm 22. 2459b*

Haarfärbemittel, unübertroffen, überzeugungshalber Fünfzig Pfennig-Probeflaschen, Charlottenstraße 3. *

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Schankgeschäft sofort zu verkaufen. Näheres bei Anders, Salzwedelerstraße 8. †84*

Restaurant billig zu verkaufen wegen Uebernahme einer Kantine. Warschauerstraße 22. †106

Accumulator, fünfzöllig nebst Lichtleitung, neu, Nähmaschine, Bobbin, gut erhalten, billig. Fischer, Falckensteinstraße 5. 1668

Dame verkauft wegen Familienstörung mehrere Möbel, darunter Paneelsofa, Plüschsofa, zwei Bettstellen, alles wie neu, Elsasserstraße 32, vorn II. 149/19

Gut erhaltenes Fahrrad verkauft 60 M., Grünthalerstraße 56a, III rechts. †109

Hobelbänke, gebrauchte Bildhauerbänke, Schraubböcke, Werkzeug, billig. Otto, Ledusserstraße 15. 1675

Herrenrad, hochelegant, Garantieschein, krankheitshalber Choriner-straße 45, Hofke 118/6

Polierlappen für Tischler, Pfund 40 Pf., verkauft Handtuch-Verleih-Institut Rosenthal, Spandauerstraße 47/48. Fernsprecher I, 3614.

Vermischte Anzeigen.

Sangeslustige Männer finden Aufnahme im alten Gesangverein. Meldungen Mittwochabends 9 Uhr im Restaurant Wollschläger, Adalbertstraße 21. †106*

Rechtsbureau Fabisch, Andreasstraße dreiundsechzig. Rechtshilfe, Eingabengesuche, Naterteilung. 1546*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 2542b*

Brockhauslexikon und alle andern Bücher kauft, bleibt Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Fahrrad, auch defekt, kauft Natzlaff, Fransecksstraße 7. 118/5*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Naterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 1715

75 Pfennige! Eingabengesuche, Schansachen, Strafsachen, Ehescheidungs-, Interventions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Unfallsachen, Zahlungsbefehle, Naterteilung. Wulkow, Stalitzerstraße 141. Abends geöffnet. 1686

Vereinszimmer für 40 Personen noch einige Tage frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 1090Z*

Vermietungen.

Restaurationslokal mit Wohnung zum 1. Juli zu vermieten Barnimstraße 8, beim Verwalter. 1695

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser.

Stellenangebote.

Klempnerlehrling verlangt Lehrterstraße 41. 595*

Tüchtiger Fahrrad-Reparateur gegen hohen Lohn sofort verlangt. Mager, Müllerstraße 1. †74

Mädchenjacken-Arbeiterinnen im Hause, auch zum lernen verlangt Schmidt, Prinz Eugenstraße 16. ††74

Unterrock-Garnierer in verlangt Krüger, Kottbuser Ufer 65. 1655

Mädchenjacken-Arbeiterinnen verlangt Hulle, Frankfurter Allee 16.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten: Leibe u. Co., Großbeerenstr. 54. Tischler und Maschinenarbeiter. Grün u. Hottwig, Gneisenaustr. 44/45 Wegner, Wilmersdorf.

83/3* **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Holzarbeiter!

Zuzug von Tischlern und Drechslern Werkstatt Max Kirchstein, Spandau, ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Spandau.

Achtung! Achtung!

Korbmacher!

Zuzug ist fernzuhalten von der Werkstatt

Brückner,

Bambus- u. Kongowaren-Fabrik, Klosterstr. 72. 84/7

Achtung!

Brauerei-Arbeiter!

Die Differenzen in der Patzenhofer Brauerei sind noch nicht geregelt.

Die Agitations-Kommission.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Prozeß Sanden und Genossen.

Elfter Tag.

Die heutige Verhandlung dreht sich zunächst wieder um die Frage, ob der Buchhalter Bollmann als Sachverständiger vernommen werden soll und worauf dessen Sachkenntnis beruht. Er sowohl, wie der Buchhalter Richter, haben in der Reorganisationszeit eine umfangreichere Thätigkeit entwickelt und im Auftrage des Präsidenten des Kuratoriums das Material für die Regreßansprüche und später für die Strafsache bearbeitet und das Ergebnis in gutachtlichen Berichten zusammengefaßt. Nachdem die Herren Bollmann und Richter ihre Sachkenntnis begründet und versichert haben, daß sie ihre Berichte nach bestem Wissen und Gewissen angefertigt haben, beschließt der Gerichtshof, die Einwände der Verteidiger gegen die Sachverständigenqualität der Herren Richter und Bollmann als unbegründet zu verwerfen.

Die Verhandlung geht zu den

Grundstücksspekulationen

über, die Angeklagter Eduard Sanden und Angeklagter Puchmüller gemeinschaftlich gemacht haben. Eduard Sanden steht bei diesem Kapitel unter der Anklage der Untreue, Puchmüller der Beihilfe dazu.

Die beiden Angeklagten haben seit langen Jahren für gemeinschaftliche Rechnung große Bauterrains in Schöneberg, Charlottenburg und Deutsch-Wilmersdorf aufgekauft, parzelliert und die Parzellen zu Bauzwecken weiter verkauft.

Die dazu erforderlichen Betriebskapitalien ließen sie sich aus der Kasse der Preußischen Hypotheken-Aktienbank zahlen. Doch ließen sie sich dafür nicht bei der letzteren, sondern bei der Aktiengesellschaft für Grundbesitz- und Hypothekenverkehr belasten, welche ihrerseits wieder von der Preußischen Hypotheken-Aktienbank entsprechende Belastung erfuhr.

Die Anklagebehörde glaubt, daß der Zweck dieser Manipulation der gewesen sei, die buchmäßige Feststellung zu unterdrücken, daß sie die Gelder ihrer eigenen Bank zu Privatspekulationen in Anspruch nahmen:

Angeklagter Ed. Sanden bestreitet dies. Richtig sei es, daß er und Puchmüller als Direktoren der Bank kein Conto bei derselben haben wollten. Bei der Personal- und geschäftlichen Verbindung der einzelnen Institute unter einander habe von einem Verheimlichen des Sachverhalts gar keine Rede sein können.

Angeklagter Otto Sanden erklärt auf Befragen, daß die Aktiengesellschaft, die ja eine sehr patente Gesellschaft gewesen sei, den Herren Puchmüller und Sanden die hier in Frage stehenden Kredite sehr wohl haben geben können, denn beide seien ja damals sehr wohlhabende Leute gewesen.

Nach den Ermittelungen der Voruntersuchung hat die Deutsche Grundschuldbank von ihnen 9 697 745 Mark Hypotheken erhalten und ihnen 1 758 000 Mark bares Geld geliehen, so daß sie im Laufe der Jahre 7 939 745 M. mehr erhalten hat, als sie zu fordern hatte. Von diesen sind indes bei der Revision der Bank 2 730 885 Mark als über den Taxwert der beliehenen Grundstücke hinausgehend abgesetzt worden, so daß sich ein Mehr von 5 208 860 Mark ergiebt.

Von der Preußenbank dagegen haben nach denselben Berechnungen die Angeklagten und die ihnen gehörige Grunderwerbs-Gesellschaft auf dem vorher geschilderten Umwege über die Aktiengesellschaft in den Jahren 1893 bis 1900 11 265 694 M. erhalten und darauf Hypotheken nur in Höhe von 1 589 122 M. gegeben, so daß die Preußenbank 9 676 572 M. zu wenig erhalten hat, welche in ihrem rund 29 000 000 M. betragenden Verlust bei der Aktiengesellschaft für Gr.- u. H.-B. liegen.

Die beiden Angeklagten werden nun beschuldigt, daß sie die Terrainspekulationen lediglich zu ihrem eigenen Nutzen vorgenommen und sehr große Gewinne erzielt haben, während die Bank geschädigt worden sei.

Die Angeklagten Ed. Sanden und Puchmüller bestreiten, daß sie die Bank in bewußter Weise geschädigt haben. Sie behaupten, daß sie zu den Terraingeschäften gekommen seien, weil damals die allgemeinen Erwerbsverhältnisse ungünstig waren und auch auf den Baumarkt ungünstig einwirkten, weil ferner die Hypothekenbank durch die Beschränkung der Beleihungsgrenzen mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und es ihnen darum zu thun war, der Bank Hypotheken zu verschaffen. Verschiedene rechnerische Aufstellungen der Anklage und daran geknüpfte Schlußfolgerungen werden von den Angeklagten als unzutreffend bestritten.

Bei den weiteren Erörterungen der Grundstücksspekulationen der Angekl. Ed. Sanden und Puchmüller wird zur Sprache gebracht, daß sie selbst aus diesen Grundstücken sehr hohe Gewinne gezogen haben. Dasselbe wird beispielsweise berechnet aus dem Terrain des ehemaligen „Schwarzen Adler" zu Schöneberg 1893/94 auf 928 993 M., aus einem Charlottenburger Terrain auf 88 800 M., aus einem Terrain in der Grunewaldstraße auf 277 933 M., aus einem Terrain in der Passauerstraße durch verschiedene Jahre auf 808 000 M., aus dem Grundstück Apostel Paulusstr. 2 auf 21 240 M., aus dem Terrain in der Rankestraße auf 95 689 M., aus dem Terrain Lietzenburgerstr. 135 054 M.

Die Angeklagten weisen dem gegenüber darauf hin, daß sie auch bei verschiedenen Grundstücken sehr große Verluste haben.

Der Grund der

vielen Anklagen

wird von der Anklage darin gefunden, daß die Angekl. Sanden und Puchmüller bei der Auswahl der Personen, welchen sie die Parzellen verkauften, ganz wahllos verfuhren und auch völlig mittellose Leute heranzogen. Dies gelte namentlich bei der Bebauung derjenigen Parzellen, auf welchen jetzt die Häuser Belzigerstr. 62 und 63, Apostel Paulusstr. 26 und 27, Akazienstr. 13, 16—19 und 23, Merseburgerstraße 4, Kyffhäuserstr. 5, 6, 7 und 20 stehen. Bei diesen Parzellen hat nur ein Käufer seine baare Anzahlung von 1000 M. geleistet. In allen übrigen Fällen ist der ganze Kaufpreis für Sanden u. Puchmüller eingetragen worden; doch verschafften sich die letzteren baare Zahlungen in der Weise, daß sie sich aus den Baugeldern Beträge von 5000 bis 6000 M. überweisen und zahlen ließen. Diese letztgenannten Grundstücke sind sämtlich subhastiert worden.

Es wird bei dieser Gelegenheit auch noch auf einige Vorgänge bei den auf Sanden und Puchmüllerschen Terrains ausgeführten Bauten hingewiesen. Die Bauunternehmer sollen die Handwerker nicht bezahlt haben. Die Handwerker holten die gelieferten Arbeiten von den Bauten wieder ab, erschienen auf der Bank, verlangten ihr Geld und sollen auch mit Gewaltthätigkeiten gedroht haben.

Angeklagter Ed. Sanden bestreitet dies. Nur ein derartiger Bedrohungsfall sei vorgekommen, und dieser habe dem Betreffenden 6 Wochen Gefängnis eingetragen. Im übrigen bestreitet Ed. Sanden sowohl wie Puchmüller wiederholt, daß sie bei dem ganzen Spekulationsgeschäft sich nur von eigensüchtigen Motiven haben leiten lassen. Thatsächlich haben sie lediglich die Interessen der Bank dabei im Auge gehabt. Ed. Sanden betont wiederholt, daß er es als selbstverständlich angesehen habe, daß er die persönliche Haftung für die Hypotheken übernehme. Eine schriftliche Verpflichtung nach dieser Richtung hin liegt aber nicht vor.

Eingehende Erörterungen entstehen über die

Transaktionen,

die bei den Grundstücken Eislebenerstr. 13, Bayreutherstr. 19, Grüner Weg 119 und Schiffbauerdamm 33 stattgefunden haben. Die Bank soll bei diesen Grundstücken durch Ueberbeleihungen und den Erwerb minderwertiger Hypotheken geschädigt worden sein. Ganz besonders hoch ist der Verlust der Bank infolge der Ueberbeleihung des Grundstücks Grüner Weg 119 gewesen. Das Grundstück war von der Pfälzischen Hypothekenbank an erster Stelle mit 400 000 M. beliehen. Der Verkaufswert ist von der Revisionskommission auf 530 600 M. geschätzt. Im Jahre 1895 haben Sanden und Puchmüller für sie eingetragene Nachhypotheken im Betrage von 125 000 M. an die Deutsche Grundschuldbank abgetreten, welche sie wiederum im Oktober 1899 an die Preußenbank abtrat. Bei der Zwangsversteigerung ist die Bank mit ihrer ganzen Hypothekenforderung von 125 000 M. und ihrem Zinsanspruch von 11 407 M. ausgefallen. Der Verlust beträgt danach 136 407 M.

Sachverständiger Geheimer Rat Hecht spricht sich eingehend über eine Reihe dieser Spekulationsgeschäfte aus. Der Sachverständige erachtet die Geschäfte für unzulässig, zum Teil für pflichtwidrig. Er weist auch darauf hin, daß auch die Grundschuldbank nach ihren Statuten in der Regel nicht Hypotheken zur zweiten Stelle erwerben durfte. Die Realobligationäre seien stets der Ansicht gewesen, daß für die Realobligationen für die Regel erststellige Hypotheken als Unterlage dienen. Wenn die Herren Sanden und Puchmüller zweitstellige Hypotheken an ihnen nahestehende Institute übertragen haben, so hätten sie zum mindesten die persönliche Haftung für Kapital und Zinsen übernehmen müssen, was nicht geschehen ist. — An die Darlegungen des Sachverständigen knüpfen sich wiederum lebhafte und eingehende Erörterungen mit den Verteidigern. Die Angeklagten bleiben dabei, daß sie die in Rede stehenden Terraingeschäfte lediglich im Interesse der Bank abgeschlossen haben. Der Sachverständige Geh. Rat Hecht giebt auf Befragen die Möglichkeit zu, daß die Angeklagten vielleicht nicht von Anfang an bei diesen Terraingeschäften lediglich eigensüchtige Zwecke verfolgt haben. Nach dem Eindruck, den er gewonnen, haben die Herren wahrscheinlich die Empfindung gehabt, daß sie mit dem Status ihrer Bank in einer faulen Position seien. Der Privatmann spiele manchmal in der Lotterie, in der zumeist trügerischen Hoffnung, daß ihm ein Gewinn zufallen werde, die beiden Angeklagten haben in der Grundstücks- und Immobilienlotterie gespielt, in dem Gedanken: man müsse versuchen, für die Bank gewisse Bestände zu erübrigen, teilweise haben sie aber auch diese Geschäfte als Spekulationsgeschäfte für sich selbst gemacht.

Als

weiteres Belastungsmaterial

ergiebt sich aus den Vorhaltungen des Vorsitzenden folgendes: Die Angeklagten haben im Mai, Juni und Juli 1899 auch Hypotheken der Preußenbank auf Grundstücken der Grunderwerbs-Gesellschaft in Höhe von 1 104 000 M. zur Löschung gebracht, indem sie ebenfalls wieder auf dem Umwege über die Aktiengesellschaft von der Kasse der Bankabteilung der Preußenbank insgesamt 1 104 000 M. erhoben und zur Herbeiführung der erwähnten Löschungen an die Kasse der Hypothekenabteilung abführen ließen.

Die Preußenbank und die Grundschuldbank sollen auch dadurch noch um mehr als 100 000 M. geschädigt sein, daß die Angeklagten über 10 Millionen Mark an sie abgetreten, ihnen aber nicht die übliche Provision gezahlt haben.

Das Verfahren der Angeklagten erörtert der Vorsitzende, indem er die Verhältnisse von Schöneberger Grundstücken im einzelnen mit den Angeklagten durchgeht.

Hierauf wird die Verhandlung auf Mittwoch 9 Uhr vertagt.

Lokales.

Eine „Reform",

die die Ueberfüllung der Gemeindeschulen betrifft, ist von der städtischen Schuldeputation verfügt worden. Die statistischen Zusammenstellungen über die Frequenz der einzelnen Gemeindeschulklassen, die der Stadtverordneten-Versammlung alle halbe Jahre vorgelegt werden, brachten bisher immer die Frequenzzahlen vom 1. Mai und vom 1. November. Fortan sollen diesen Zusammenstellungen die Zahlen vom 15. Mai bezw. vom 15. November zu Grunde gelegt werden. Die Aenderung ist bereits in dem laufenden Sommerhalbjahr eingeführt worden, und die Zusammenstellung über die Frequenz dieses Halbjahrs ist dementsprechend erst am 15. Mai erfolgt.

Man wird hier fragen, was denn das mit der Ueberfüllung der Gemeindeschulen zu thun hat. In der That ist der Zusammenhang nur ein äußerlicher, und die bestehende Ueberfüllung wird durch diese „Reform" um nichts geringer. Die Aenderung ist von der Schuldeputation verfügt worden, weil sie der Ansicht ist, daß die Zahlen vom 1. Mai und vom 1. November kein richtiges Bild von den Frequenzverhältnissen des betreffenden Halbjahres geben können. Zwar finden die Versetzungen und die Einschulungen zum April und zum Oktober statt, aber die endgültige Frequenz der einzelnen Klassen und Schulen tritt erst sehr viel später ein. Die zahlreichen Umschulungen, die zu Beginn jedes neuen Halbjahres notwendig werden, um die überfüllten Klassen zu entlasten, ziehen sich regelmäßig durch viele Wochen hin. Noch Anfang Mai bezw. Anfang November ist diese Arbeit an manchen Schulen nicht beendet, weil es bei dem chronischen Platzmangel, der in den meisten Gemeindeschulen herrscht, keine leichte Aufgabe ist, für jedes überzählige Kind ein Plätzchen ausfindig zu machen. Erst in der zweiten Hälfte des Mai bezw. des November, d. h. 4—5 Wochen nach Schulanfang, kann man ungefähr sagen, daß sämtliche Schulen zur Ruhe gekommen sind.

Diese skandalösen Zustände, unter denen der Schulbetrieb empfindlich leidet, sind vor einiger Zeit in der Stadtverordneten-Versammlung vom Stadtschulrat Gerstenberg selber zugegeben worden. Herr Gerstenberg wollte selbstverständlich der städtischen Verwaltung damit keinen Vorwurf machen; er wollte sie vielmehr — entschuldigen. Von socialdemokratischer Seite war nämlich darauf hingewiesen worden, daß nach Ausweis der erwähnten Frequenzübersichten viele Klassen mit mehr Kindern besetzt sind, als der Vorschrift gemäß darin sitzen dürfen. Geschwind erhob sich Herr Gerstenberg und erklärte, daß eben noch nach dem 1. Mai beziehungsweise nach dem 1. November Umschulungen stattfinden, durch die dann diese Ueberschreitung der Fassungskraft beseitigt werde. Er versprach übrigens, Abhilfe zu schaffen. Besagte Abhilfe sollte aber nicht etwa darin bestehen, daß in der Vermehrung der Schulen ein schnelleres Tempo eingeschlagen würde, sondern nur darin, daß die Aufstellung der Frequenzübersichten, wie oben angegeben, noch um einen halben Monat hinausgeschoben würde. Mit dieser Maßregel ist an der Thatsache, daß in jedem Halbjahr zahlreiche Umschulungen stattfinden müssen und daß manche Kinder sogar noch 4 bis 5 Wochen nach Schulanfang an andre Schulen überwiesen werden, absolut nichts geändert. Aber eines ist dabei gewonnen worden: die Verhältnisse präsentieren sich jetzt in der Uebersicht weniger ungünstig als bisher. Das mag manchen Leuten freilich als das wichtigste erscheinen.

Ob es übrigens gelingen wird, die gerügte Ueberschreitung der Fassungskraft der einzelnen Klassen selbst bis zu diesen hinaus gerückten Terminen überall gänzlich zu beseitigen, das ist auch noch sehr fraglich. Die Schuldeputation scheint das selber nicht für ganz zweifellos zu halten. In der bezüglichen Verfügung, die sie den Rektoren hat zugehen lassen, spricht sie in vorsichtiger Beschränkung nur davon, daß die Sache „soweit als möglich" bis zu den genannten Terminen geregelt werden soll. Wenn die Frequenzübersicht dieses Sommerhalbjahres an die Stadtverordneten-Versammlung gelangen wird, dann wird sich ja zeigen, wie weit das „möglich" gewesen ist.

Eine Stütze der Polizei.

In der langen Reihe der interessanten Personen, die in dem Mordprozesse wider den Agenten Thomaschke ans Licht der Oeffentlichkeit, das sie sonst nicht liebten, hervorgetreten sind, ist die Zeugin Kretzschmar sicher eine der interessantesten. Als Mitarbeiterin und zärtliche aber nicht ganz uneigennützige Freundin des alten Wucheragenten Löffler, als überaus vorsichtige und zurückhaltende Zeugin hat sie keine besonders beneidenswerte Rolle gespielt. Gestern hat der Polizeikommissar ihres Heimatsortes ein wenig schmeichelhaftes Bild ihrer Vergangenheit entworfen. Durch seine Aussage ist nunmehr thatsächlich festgestellt, daß das „Pensionat", in dem die Zeugin ihre Jugend verbrachte, eine Zwangserziehungs-Anstalt gewesen ist, und daß Vergehen gegen die Sittlichkeit den Grund ihrer Unterbringung gebildet haben.

Diese nämliche junge Dame, die bei der Polizei ihrer schlesischen Heimat in so üblem Andenken steht, hat sich, wie aus der Verhandlung weiter hervorgeht, bei der Berliner Polizei einer großen Beliebtheit erfreut. Sie hat der Polizei nicht nur zur Aufspürung gemeiner Verbrecher Spitzeldienste geleistet, sondern sie hat auch höheren Zwecken des Staatswohls und der Ordnung Dienste leisten müssen. Es war der Kriminalkommissar Schöne von der politischen Abteilung, von dem sie für ihre Dienstleistungen einmal 100 und ein andres Mal 60 M. erhalten hat.

Zu welcher geheimnißvollen Mission Herr Schöne die fibelbeleumundete Buchhalterin des Wucheragenten Löffler verwendet hat, ist aus dem Gang der Verhandlungen leider nicht klar geworden. Herr Schöne, der „Arbeitgeber" des Frl. Kretzschmar selbst aber ist den Berliner Arbeitern eine wohlbekannte Erscheinung. Er war es, der im Jahre 1895 die Entdeckung machte, daß die socialdemokratische Partei ein „Verein" sei und infolgedessen aufgelöst werden könne. Die am 29. November 1895 vollzogene Auflösung der Berliner Organisationen ist von ihm angeregt und bewerkstelligt worden. Er war es auch, der am 10. Februar 1896 den Ueberfall der Polizei auf die bei Möhring versammelten Genossen inscenierte und leitete. In den Gerichtsverhandlungen, welche diesen Aktionen folgte, war wieder Kriminalkommissar Schöne der Hauptbelastungszeuge wider unsre Genossen.

Schon damals fiel es auf, daß der Herr Kommissar, der sich mit der genauesten Kenntnis unsrer Organisationsverhältnisse brüstete, über viele Dinge die abenteuerlichsten Vorstellungen zu haben schien. Man kann sich nach dem Fall Kretzschmar annähernd vorstellen, aus welchen Quellen die Polizei ihre Kenntnis vom Wesen der Umsturzpartei geschöpft hat.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung über die Vorlage betreffend die Bewilligung von Mehrkosten für die Anlage einer Dampfpumpe und eines Reinigungsbrunnens für die Hauptkondenzleitung, sowie für die Beschaffung von Inventarstücken für die neuen Küchengebäude des Krankenhauses Moabit — Vorlagen betreffend den Ankauf einer Parzelle des Grundstücks Müllerstr. 53/53a — die Abgabe von städtischem Leitungswasser an die Gemeinde Tempelhof zu Besprengungszwecken und eine Ergänzung bezw. Berichtigung der Beschlüsse der Versammlung vom 22. März 1901 (Protokoll Nr. 10) — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Hergabe eines Platzes für die Errichtung eines Hardenberg-Denkmals — Vorlagen betreffend: die Einführung einer neuen Besoldungs-Ordnung für die Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höheren Mädchenschulen vom 1. Juli 1902 ab, sowie die Erhöhung des Schulgeldes an diesen Anstalten, — die innere Einrichtung der Krankenstation des Waisenhauses Berlin, — die Anlage von vier neuen Notausläßen in den nördlichen Stadtteilen Berlins, — den Ausbau der zweiten Hälfte des Wasserwerkes Tegel für Grundwasser-Versorgung — und die Errichtung einer M-Klasse an der B-Realschule, — die Festsetzung des Gehalts für den Oberinspektor der Central-Markthallen — und die Festsetzung eines Ruhegehalts für den Fall der Pensionierung.

Der Staat der Socialreform als Arbeitgeber. Im „Lokal-Anzeiger" vom letzten Sonnabend stand folgende Anzeige:

2 Kanzleigehilfen werden sofort verlangt. Meldung unter Vorlegung eines Lebenslaufs und etwaiger Zeugnisse vormittags von 8—9 Uhr Wilhelmstr. 57/58, vorn 3 Treppen, Zimmer 4, beim Steuersekretär Speemann.

Es handelte sich um Hilfsarbeiter für die Steuerveranlagungs-Kommission, die auf vier Wochen zur Aushilfe eingestellt werden sollten. Als die 60 bis 80 Personen, welche sich im Bureau meldeten, nach der Entlohnung Erkundigungen einzogen, erhielten sie die Antwort, daß für die Arbeiten ein wöchentliches Gehalt von sage und schreibe zehn Mark gezahlt werde. Unsre Scharfmacher können mit ruhigem Blut dem Staat der Socialreform vertrauen. In den beiden Hauptdingen, in der niedrigen Entlohnung sowohl wie in der Mißachtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter ist er ihnen immer ein leuchtendes Beispiel.

Fiskalismus in den städtischen Bade-Anstalten. Bei Diebstählen in den städtischen Badeanstalten hält die städtische Verwaltung — ebenso wie die Inhaber privater Badeanstalten — an dem Grundsatz fest, daß den geschädigten Personen kein Ersatz zu leisten ist. In den Bestimmungen über die Benutzung der städtischen Badeanstalten ist auch ausdrücklich gesagt, daß für die Sicherheit der mitgebrachten Gegenstände keine Gewähr übernommen wird. Dementsprechend war ein Handlungsgehilfe, der in der Volks-Badeanstalt Moabit um fast seine ganze Kleidung (mit Ausnahme nur der Strümpfe und der Manschetten) bestohlen worden war und einen Verlust von 160 Mark erlitten hatte, mit seiner Bitte um Schadensersatz vom Magistrat abgewiesen worden. Ein Versehen der Angestellten hatte von dem Bestohlenen nicht nachgewiesen werden können. Er hatte sich dann an die Stadtverordneten-Versammlung gewandt, aber nunmehr hat sich auch der Petitionsausschuß der Stadtverordneten-Versammlung dahin ausgesprochen, daß kein Ersatz gewährt werden soll. Wer die Anstalten benutze, der unterwerfe sich damit auch ihren Bedingungen und trete in ein Vertragsverhältnis ein, dessen Folgen er zu tragen habe. Es wurde jedoch die Frage angeregt, ob nicht den Angestellten durch eine andre Dienstanweisung aufgegeben werden könnte, wenigstens Wertsachen in Verwahrung zu nehmen.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Beratung der Magistratsvorlage über den Neubau der Eisernen Brücke im Zuge der Straße Hinter dem Gießhause hat beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung die Annahme der Vorlage zu empfehlen, vorausgesetzt, daß Kautelen für die Belassung der Straßenbahn-Verbindungen über diese Brücke bezw. durch das Kastanienwäldchen und am Finanzministerium vorbei gegeben werden.

Die beiden Zuchthäusler, die, wie wir berichteten, gestern aus dem Zellengefängnis in der Lehrterstraße entwichen, sind noch nicht wieder ergriffen. Sie heißen Ehmke und Kirsch und dürften auch so leicht nicht gefaßt werden, da nicht mit Sicherheit festgestellt ist, was sie für Kleider tragen. Die Anstaltskleidung hatten sie auf das Bahngeleis geworfen, wo sie gefunden wurde.

Für die Hamburger Ferien-Sonderzüge, welche am 5. und 14. Juli, sowie am 14. August vom hiesigen Lehrter Hauptbahnhofe mit Anschluß nach Glücksburg, Kiel, Helgoland, Westerland, Wyk, Amrum, Sokolt, Norderney, Borkum und Büsum abgelassen werden sollen, wird soeben der Fahrplan bekannt gegeben. Danach fahren an jedem der bezeichneten Tage zwei Züge, nämlich um 8^{20} nachmittags und 10^{45} abends von hier ab, die Ankunft erfolgt in Hamburg (Klosterthor) um 8^{21} abends bezw. 4^{48} früh, in Altona 8^{43} abends bezw. 5^{10} früh. Zur Ausgabe gelangen dreißigtägige Rückfahrkarten II. und III. Klasse zu besonders ermäßigten Preisen. Freigepäck wird nicht gewährt, dagegen genießen Kinder die üblichen Vergünstigungen. Der Fahrkarten-Verkauf findet schon am Tage vor der Abfahrt statt und zwar auf dem Lehrter Hauptbahnhofe (9—12 Uhr vormittags), auf den Bahnhöfen Friedrichstraße und Alexanderplatz (3—6 Uhr nachmittags), sowie im Amtlichen Reisebureau (Potsd. Bahnhof).

Einen peinlichen Auftritt gab es am Montagnachmittag in der Prenzlauer Allee. Hier starb vor einigen Tagen ein 20jähriges Mädchen Anna Heyning, das von der Mutter, einer Fuhrherrnwitwe Kaping, in die Ehe mitgebracht war und bei ihr in dem Hause Nr. 44 wohnte. Nach Angabe der Angehörigen war das Mädchen schon vor 8 und 3 Jahren nierenkrank und starb jetzt an Nierenschrumpfung. Am Montagnachmittag um $8^1/_2$ Uhr sollte es auf dem Friedhofe der Gethsemane-Gemeinde in Nieder-Schönhausen beerdigt werden. Der Leichenwagen, zwanzig Trauerkutschen und ein großes Gefolge von Leidtragenden hielten bereits vor dem Sterbehause, als plötzlich Polizeibeamte erschienen und auf Befehl der Staatsanwaltschaft die Beerdigung verhinderten, die Leiche beschlagnahmten und später zur gerichtsärztlichen Oeffnung nach dem Schauhause bringen ließen. Bei der Polizei des 97. Reviers war eine nicht unterschriebene Anzeige eingegangen, daß die Mutter und zwei Stiefbrüder, beides Droschkenkutscher, das Mädchen im Wagenschuppen sehr mißhandelt und dadurch vermutlich ihren Tod herbeigeführt hätten. Noch am Montagnachmittag und gestern den ganzen Tag über wurden Bewohner des Sterbehauses über ihre Wahrnehmungen vernommen. Die Angezeigten, denen der Hauswirt ein gutes Zeugnis giebt, bestreiten jede Schuld.

Zu dem Baumunglück in Wilmersdorf, worüber wir am Sonntag berichtet haben, teilt uns die Centralorganisation der Maurer noch mit: Erst Dreiviertelstunden nach dem Unglück konnte ein Arzt herbeigeschafft werden, welcher die Ueberführung des verunglückten Maurers Stolle aus der Köslinerstraße nach dem Lichterfelder Kreis-Krankenhause anordnete. Stolle ist im Alter von 26 Jahren und noch unverheiratet. Wie man uns mitteilt, wird die Rüstung der billigeren Herstellung halber nicht, wie allgemein üblich, von einem Maurer, sondern von einem Arbeiter hergestellt. Der Unglücksfall ist die direkte Folge dieses mangelhaften Rüstungsbaues, da die beteiligten Maurer kurz nach der Katastrophe feststellten, daß der Riegel frei in der Luft schwebte, da die ihn stützende Steife umgefallen war. Nicht die geringste Verschwertung scheint angebracht gewesen zu sein, denn sonst hätte die Steife nicht so leicht weichen können. Charakteristisch an der ganzen Sache ist, daß eine polizeiliche Untersuchung der Unglücksstelle sowie die Ergründung der Ursachen des Absturzes nicht stattgefunden hat. Wohl hat sich ein Polizeidiener den Vorfall in der Bude des Poliers von diesem erzählen lassen und sich die Sache auch von unten aus angesehen, aber dabei ist es auch geblieben. Gerüchtweise verlautete, Stolle habe einen Schwindelanfall gehabt und sei der Absturz aus diesem Grunde erfolgt, während Augenzeugen dieses ganz energisch bestreiten. Wann endlich wird man ein wirksames Bauarbeiter-Schutzgesetz, das Controleure aus den Reihen der Arbeiter vorsieht, erlassen, damit die unzähligen Unglücksfälle, deren Ursachen in schlecht hergestellter Rüstung zu suchen sind, etwas vermindert werden?

Der Selbstmordversuch eines Studenten rief Dienstagmorgen in dem Hause Bülowstr. 49/50 einige Unruhe hervor. Der 26 Jahre alte, aus Dobernick in Schlesien gebürtige Kandidat der Philologie, Max Simon, dessen Vater im Ruhestande jetzt in Berlin lebt, bewohnte bei einer Witwe seit einem Jahre ein möbliertes Zimmer. Montagabend ging er um 8 Uhr sehr aufgeregt weg. Erst gestern morgen um 4 Uhr kehrte er zurück. Als seine Wirtin zwei Stunden später an seinem Zimmer vorbeiging, hörte sie ihn stöhnen, ging hinein und fand ihn mit einer blutenden Wunde auf dem Sofa liegen. Neben ihm lag ein Revolver, aus dem sich der Lebensmüde eine Kugel in die rechte Brustseite geschossen hatte. Ein Arzt verband den Schwerverwundeten und ließ ihn mit einem Künzelschen Rettungswagen nach dem Krankenhaus am Urban bringen, wo seit vier Wochen auch sein Vater an den Folgen eines Unfalles darniederliegt. Was dem jungen Manne die Waffe in die Hand gedrückt hat, weiß niemand.

Bei der Arbeit verunglückte gestern nachmittag der 30jährige Steinträger August Braatz aus der Landsbergerstr. 18 auf dem Neubau der Chirurgischen Poliklinik der Charité. Als er eine Last hinauftrug, verfehlte er eine Leitersprosse und stürzte aus der Höhe des ersten Stockwerks herab. Da er sich schwere Kopfverletzungen zugezogen hatte, so brachten ihn seine Mitarbeiter und Krankenwärter sofort nach dem Sommerlazarett der Charité.

Durch einen Sturz vom Kahn ist ein wohnungsloser Maurer Richard Krüger schwer verunglückt. Der 30 Jahre alte Mann wollte auf einem Heukahn am Nordhafen übernachten, fiel im Schlaf auf das Bollwerk hinab und zog sich mehrere Rippenbrüche zu. Ein Schutzmann, der ihn stöhnen hörte und hilflos daliegen fand, brachte ihn nach der Charité.

An seinem Geldschrank erhängt hat sich der 45 Jahre alte Kaufmann Hermann Brendel aus der Neuen Schönhauserstraße, der in der Joachimstraße eine Schmalzsiederei besaß. Brendel soll in der letzten Zeit viel Geld verloren haben. Diese Verluste und unglückliche Familienverhältnisse scheinen ihn in den Tod getrieben zu haben. Gestern nachmittag fand ihn ein Hausgenosse, der ihn besuchen wollte, im Comptoir der Siederei als Leiche an seinem Geldschrank hängen.

Ihren Verletzungen erlegen sind der 57 Jahre alte Zimmermann Karl Preuß aus der Wiesenstraße 40, der in Lichtenberg von einem Neubau stürzte, und der 21 Jahre alte Tischler Wilhelm Kier aus der Ebertystraße 9, der sich im Friedrichshain zwei Revolverkugeln in die Brust schoß.

Orgel-Konzert. Das Dienel-Quartett (Fräulein Gertrud Mauksch und Lotte Dienel, Herr Alex. Curth und Karl Rachó) und die Herren Fritz Grosse, Cellist, Ritterund Schirmer führen Mittwoch, 11. Juni, mittags 12 Uhr, im Verein mit Herrn Dienel Kompositionen von Bach, Haydn (Schöpfungs-Terzette), Mozart (Ave verum), Guilmant usw. in der Marien-Kirche bei freiem Eintritt auf.

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität" (Gau 9 Brandenburg) hält am nächsten Sonntag im Moabiter Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80/81, sein Gaufest ab. Darbietungen mannigfacher Art, als Reigenfahren, Gesangsvorträge, Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz 2c. werden das Fest anregend und interessant gestalten. Der Eintrittspreis beträgt nur 20 Pf.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. Infolge mehrfacher Meldung wurde Dienstagnachmittag gegen 3 Uhr ein größeres Löschaufgebot nach der Barutherstraße 9 gerufen, wo ein Küchenbrand befürchtet wurde. Es war jedoch lediglich Fleisch in einem Topfe angebrannt und hatte dabei eine große Verqualmung herbeigeführt. Montagabend gegen 10 Uhr gingen in der Utrechterstraße 5 Betten und Kleidungsstücke in einer Schlafstube in Flammen auf. Eine Stunde später war in der Wienerstraße 46 die Holzumhüllung einer Laterne an einem Bauzaun in Brand geraten. Abends 6 Uhr mußte Elisabeth-Ufer 55 ein Feuer abgelöscht werden, das in einer Fabrik Treibriemen, Schmieröl 2c. ergriffen hatte. Außerdem liefen in der Zwischenzeit noch Feuermeldungen von der Potsdamerstraße 78 und aus der Utrechterstraße 46 ein. In beiden Fällen konnte die Gefahr bald beseitigt werden.

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Der Einverleibungs-Vertrag wird in der Fassung, wie er mit der Kommission des Berliner Magistrats und dem Gemeindevorstand zu Lichtenberg vereinbart worden ist, am Donnerstag die Gemeindevertretung beschäftigen und nach erfolgter Zustimmung als Grundlage einer Vorlage für die städtischen Körperschaften in Berlin dienen. — Zum drittenmal innerhalb eines Jahres kehrt der Antrag auf einen Beitrag zur Abhilfe der angeblichen Kirchennot an die Vertretung zurück; 100 000 Mark sollen zu diesem Zweck flüssig gemacht werden. Auch steht die Beschlußfassung über den Einspruch des freisinnigen Herrn Buchdruckereibesitzer A. Koch gegen die Gültigkeit der Wahlen unsrer Genossen Kette und Weißpfluck sowie gegen die Wiedereinführung der Genossen Grauer und Schulz auf der Tagesordnung.

Auf der Tagesordnung der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch stehen nicht weniger als 42 Punkte. Wir erwähnen davon die nochmalige Abstimmung über die Anträge des Ausschusses zur Vorlage betreffend die versuchsweise Errichtung von Häusern mit kleinen Wohnungen für die minderbemittelten Klassen. Bekanntlich hat der Vorsteher in der letzten Sitzung den Einspruch unsres Genossen Hirsch, daß die Versammlung beschlußunfähig sei, nicht gelten lassen. Inzwischen scheint er zu einer besseren Ansicht gekommen zu sein. — Ferner soll Beschluß gefaßt werden über die Gültigkeit der letzten Wahlen. Es handelt sich unter andern um die Wahl unsres Genossen Mickler. — Einen weiteren Punkt bildet die Beratung der Vorlage über die Wahl von sieben unbesoldeten Stadträten für die Zeit vom 1. Januar 1903 bis 31. Dezember 1908; ferner die Wahl von 10 Stadtverordneten für eine gemischte Deputation, die die Frage der Erhöhung der Schulgelder für die Vorschulen und für auswärtige Schüler prüfen soll. Von den zahlreichen Anträgen erwähnen wir den von allen Parteien eingebrachten betreffend Vermehrung der Zahl der Mitglieder der Deputation für Gesundheitspflege, der Kanalisationsdeputation und der Deputation für die Verwaltung des Krankenhauses. Endlich wird auch der Ausschuß über die Neuschaffung einer Stelle im Magistratskollegium für einen Kämmerer und über die Verhandlungen in der Frage betreffend eine andre Organisation verschiedener Verwaltungszweige Bericht erstatten.

Konkurse in Spandau. Während die Flucht des flüchtigen Konkursverwalters Hegert noch weite Kreise in Spandau in Spannung erhält, sind fast zu gleicher Zeit mehrere Zahlungseinstellungen vorgekommen, die Aufsehen erregen. Es sind ein größeres Baugeschäft, ein Unternehmen der elektrischen Branche und eine Bataillons-Kantine zahlungsunfähig geworden. Die Lage des letzteren Geschäfts wird dadurch noch verwickelter, daß der Inhaber vor kurzem erst in plötzliche Geistesstörung verfallen ist und in eine Anstalt gebracht werden mußte. Die betreffende Kantine galt allgemein als ein sehr einträgliches Geschäft, und um so größer war das Befremden der Lieferanten, als mit einem Male keine Zahlungen mehr geleistet wurden. Eine Brauerei hat eine Forderung von etwa 10 000 M. Den Gläubigern ist von der Ehefrau des Kantinenwirts der Betrag von 60 Proz. ihrer Forderungen geboten worden. Dies wurde indes von der Mehrzahl abgelehnt, weil die Vermutung besteht, daß die Mittel zur vollen Deckung vorhanden sind. Bezüglich des Konkursverwalters Hegert ist nachträglich bekannt geworden, daß es ihm, unter Hinweis auf seine amtliche Stellung, gelungen ist, von sonst sehr vorsichtigen Spandauer Kapitalisten erheblichen Kredit zu erhalten. Die von diesen entliehenen Geldsummen hat er auf seine Flucht mitgenommen, während er die Konkursmassen-Beträge meist verbraucht hat.

Aus Rixdorf. Im Hause Jägerstraße 67 stürzte am Dienstagvormittag ein dreijähriges Kind des Arbeiters Jensch aus dem vierten Stock zum Fenster hinaus. Der Kleine fiel in einen Garten und blieb dadurch wunderbarerweise gänzlich unverletzt. — Eine jugendliche Diebesbande, welche seit langer Zeit die Geschäftswagen von Destillateuren fortgesetzt auf den Straßen bestohlen hatte, wurde gestern hier ermittelt und dingfest gemacht. Anführer der Diebesbande war ein Arbeitsbursche Ernst Höpner aus der Prinz Handjerystraße 66, welcher schon zahlreiche Strafthaten auf dem Conto hat.

Zur Kennzeichnung der Kriegervereine. Eine außerordentliche Generalversammlung des Kriegervereins Friedrichsfelde hat gestern den Beschluß gefaßt, elf Mitglieder wegen Teilnahme an socialdemokratischen Bestrebungen aus dem Verein auszuschließen. Die Betreffenden hatten bei der letzten Gemeindevertreterwahl für die socialdemokratischen Kandidaten gestimmt und deshalb vom Vorstande des Kriegervereins einen Verweis erhalten. Ihre Beschwerde dagegen wurde von der Generalversammlung einstimmig abgewiesen und ihr Ausschluß aus dem Verein mit der Begründung verfügt, daß sich eine Beteiligung an den Bestrebungen der Socialdemokratie, wie sie die Ausgeschlossenen durch ihre Stimmenabgabe bekundet haben, absolut nicht mit den Zwecken und Zielen der Kriegervereine vertrage. — Wenn die in den Kriegervereinen organisierten Patrioten weiter so verfahren, wird bald die Zeit kommen, wo sie überhaupt keine nennenswerte Zahl von Mitgliedern mehr aufweisen werden.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 36. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Historische Blindheit. — Wie die radikale Frauenrechtelei Chronik schreibt. Von Klara Zetkin. — Die belgischen Wahlen. I. Die Erfolge der belgischen Socialisten. Von Fritz Kummer (Brüssel). II. Die Situation der Arbeiterpartei in Belgien. Von Emilio, Redacteur des „Peuple" in Brüssel. — Zum Friedensschluß in Südafrika. Von G. Ledebour. — Der neueste socialistische Demokrat. Von Max Zetterbaum. — Litterarische Rundschau: Dr. Wilhelm Bode, Studien zur Alkoholfrage. Schlafwandlernächte an wachen Tagen. Von Ernst Krewöll. Robert Franceschini, Woher und Wohin? — Notizen: Die Feindschaft der Arbeiter gegen sociale Reformen.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit" unter Nr. 6589 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der Süddeutsche Postillon" behandelt in seiner soeben erschienenen Nr. 12 die preußische Eisenbahnpolitik im Titelbilde und die russische Knutenwirtschaft im Schlußbilde. Die Nummer ist bei allen Kolporteuren für 10 Pfg. zu kaufen.

Annalen des Deutschen Reichs. Heft 6. J. Schweitzers Verlag (Arthur Sellier), München. Inhalt: Die Aussonderung anvertrauter Werte. Von Dr. A. Weinberger. — Die Tabaksteuerung in Deutschland. Von Franz Graf. — Aus den Gesetzblättern. — Miscellen.

Vermischtes.

Die schwarzen Pocken in Pommern. Man schreibt uns aus Wolgast: Schon seit längerer Zeit herrschen auf den verschiedenen Landgütern im Kreise Greifswald die schwarzen Pocken, eingeschleppt durch russisch-polnische Schnitter, die von unsern patriotischen Junkern als billige Arbeitskräfte herangeholt wurden. Jetzt ist auch in dem Industrieort Wolgast die Krankheit ausgebrochen. Vorläufig ist eine Arbeiterfamilie, in der ein Kind erkrankte, am Sonntag mittels Leiterwagen in die Isolierbaracke der Greifswalder Klinik überführt worden. Der Kreisarzt soll nur einen leichten Erkrankungsfall konstatiert haben, die Polizeiverwaltung erläßt Aufforderungen an die Einwohner, sich impfen zu lassen und erklärt, daß zur Beunruhigung keine Veranlassung vorliegt. Der betreffende Arbeiter war auf der hiesigen Cementfabrik beschäftigt, deren Leitung auch vor einiger Zeit russisch-polnische Arbeiter eingestellt hatte, während hier genügend Arbeitskräfte vorhanden waren. Durch die als Lohndrücker angenommenen Arbeiter ist auch hier zweifellos die Krankheit eingeschleppt worden.

Aus Thorn wird berichtet: Im westlichen Nachbargelände des hiesigen Artillerie-Schießplatzes hat sich ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Fünf junge Leute, Eigentümer- und Besitzerssöhne aus Demblenic (Kreis Inowrazlaw), fanden einen verschleppten Zünder. Als sie sich daran zu schaffen machten, explodierte er. Von den herumfliegenden Stücken wurde einer der Leute sofort getötet, einer schwer, zwei leicht verletzt.

Ueber die furchtbare Mordthat in London wird weiter gemeldet: Seit den Tagen Jack des Aufschlitzers ist keine so scheußliche Mordthat vorgekommen, als die, deren Spuren Sonnabendmorgen gegen 3 Uhr Fabrikarbeiter, die von der Nachtschicht nach Hause gingen, in einer Sackgasse in dem Londoner Stadtteil Lambeth entdeckten. Einer der Arbeiter stolperte über einige im Wege liegende Hindernisse, die sich als Stücke eines menschlichen Körpers herausstellten. Etwas weiter entfernt lag ein Frauenkopf. Es hat den Anschein, als wenn die Leichenteile eilig aus einem Sacke ausgeschüttet worden wären. Es fand sich keine Spur von Kleidung vor. Der Körper der etwa 35 Jahre alten Frau war von ungeschickter Hand in 10 Teile zersägt. Hände und Füße fehlten. Der Mörder hat eine Entdeckung des Namens der Ermordeten offenbar dadurch unmöglich zu machen versucht, daß er den Kopf kochte. Aus den Zähnen schließen die Aerzte, daß die Ermordete einen furchtbaren Schlag in den Mund erhielt. Das Rückgrat war mehrfach gebrochen und Teile der Arme und Beine gebraten. Man nahm anfangs an, daß man es mit einem schlechten Streiche von Studenten der Medizin zu thun habe, dagegen spricht aber die Verstümmlung, die so ungeschickt ausgeführt ist, daß man sofort sieht, daß der Betreffende, der die That vollführte, keine anatomischen Kenntnisse besitzen kann.

Schreckensscenen bei einer Feuersbrunst in London. In einem Hause in der Queen Viktoria Street brach Feuer aus; eine Anzahl Mädchen und ein Mann sprangen, um sich zu retten, 60 Fuß tief in ein für sie aufgehaltenes Sprungtuch, wobei drei Mädchen den Tod fanden und der Mann so schwer verletzt wurde, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird; fünf Mädchen wurden leicht verletzt in ein Krankenhaus gebracht, während mehrere andre an Ort und Stelle verbunden wurden. Wie ein weiterer Drahtbericht meldet, sind bei dem Brande insgesamt acht Mädchen und ein Knabe umgekommen.

Zwei militärische Unglücksfälle werden aus Toulon gemeldet. Ein zu der Luftschifferabteilung der Marine gehörender Ballon, dessen Bewegungen zwei Torpedoboote folgten und in dem sich der Marinelieutenant Baudin befand, unternahm heute früh einen freien Aufstieg, er stürzte ins Meer, Lieutenant Baudin ertrank. — Im Lauf einer Geschützübung bei Cap Brun, in der Nähe von Toulon, wurde die Culasse eines Geschützes heftig nach hinten gestoßen; ein Kanonier wurde getötet, acht verwundet.

Verhafteter Mörder. Aus Leipzig meldet man: Der Mörder Otto Rust aus Laibach, welcher seine Frau erschlug und seine Schwiegermutter lebensgefährlich verletzte, wurde in Gandersleben im Hause seiner Eltern durch den Schutzmann Nartz verhaftet. Er behauptet sich seit der That in den Roggenfeldern der Umgegend versteckt gehalten zu haben, und verweigert im übrigen jede Auskunft, sowohl über die Motive seiner That, als über die Ausführung.

Brandunglück in Chicago. In Chicago wurde Lukes Hospital von einem Brandunglück heimgesucht; viele Patienten sprangen aus dem Fenster. Bei dem Brande wurden neun Männer und eine Frau getötet. Dreißig Personen wurden verletzt. Die Mehrzahl der Patienten befand sich wegen Trunksucht in Behandlung. Als das Feuer ausbrach, waren eine Anzahl von Deliriumkranken an die Betten festgeschnallt.

Die neuen Ausbrüche auf Martinique und St. Vincent. Aus Kingston wird gemeldet, daß ein neuer Ausbruch des Soufrières erfolgt ist. Die ganze Insel war in eine dichte schwarze Wolke gehüllt. Die erneute Thätigkeit des Mont Pelée hält an, die Aufregung unter der Bevölkerung steigt immer mehr.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von $7^1/_2$ bis $9^1/_2$ Uhr abends statt.

Schöneberg. B. 1. Die Adressen können Sie in einem der hiesigen Adressenbureaus erhalten. Ihr Beruf dürfte der Textilbranche zugerechnet werden. Da die Textilarbeiter internationale Verbindung haben, so erhalten Sie am besten Auskunft, wenn Sie sich an Hübsch, Warschauerstr. 9 wenden.

Levy. Sie erhalten postwendend ein Schriftenverzeichnis. Näheres durch die „Buchhandlung Vorwärts."

R. Heinze. Vielleicht wenden Sie sich an den Vorsitzenden des Friedrich Wilhelms-Hospitals und der Siechenanstalten, Vors. Stadtrat Mieleng, Rathaus, Zimmer 32, Sprechstunde 11—12 Uhr. Von den hiesigen Siechenhäusern nennen wir Ihnen weiter: Für Männer: Johanniter-Siechenhaus, Groß-Lichterfelde, Chausseestr. 30, monatlich 27—40 M. Männer-Siechenhaus, Berlin, Schönhauser Allee 59, täglich 1 M. — Für Frauen: Frauen-Siechenhaus „Bethesda", Plötzensee, Süd-Ufer, monatlich 27 Mark. Elisabeth-Siechenhaus, Berlin, Eberswalderstr. 17/18, monatlich 35 Mark.

Zwei Wettende. Beide Blätter stehen unter einer Geschäftsleitung.

Patriot. Sie werden gut thun, darüber selbst Erkundigung bei dem Regiment einzuziehen.

W. K. 7. Wird eine Aenderung des Mietzinses vereinbart, so gilt in allen übrigen Punkten der alte Vertrag weiter. — **W. L. 34.** Die Fabrik ist zum vollen Schadensersatz verpflichtet. Ob in Ihrem Fall, in dem statt einer Reinigung ein Färben stattgefunden hat, ein Schaden entstanden ist, insbesondere, ob der frühere Zustand sich wieder herstellen läßt, entzieht sich unsrer Beurteilung. — **Müllerstr. 165a.** Sie können Abzug von der Miete nicht vornehmen, aber auf Beseitigung des Hundelärms gegen den Wirt klagen. — **A. B. 1.** Sie könnten, falls eine gütliche Einigung nicht erfolgt, beim Amtsgericht Erbregulierung beantragen. — **Sp. A. K.** Daß jemand auf polizeiliche Vorladung hin zu dem Polizeitermin erscheinen müsse, ist im Gesetz nicht zum Ausdruck gebracht. Das Reichsgericht nimmt an, die Befugnis der Polizei zur Ladung und die polizeiliche Berechtigung, das Erscheinen zu erzwingen, ergebe sich aus ihrer allgemeinen Aufgabe. Gegen die Festsetzung einer Strafe wegen Nichterscheinens sowie gegen die neue Ladung unter Strafandrohung ist Beschwerde im Verwaltungsstreit-Verfahren zulässig. Diese Beschwerde ist innerhalb 14 Tagen einzulegen und in Ihrem Fall an den Regierungspräsidenten zu richten, da es sich um eine andre Stadt von mehr als 10 000 Einwohnern als Berlin handelt, aber bei der Polizeibehörde, gegen die die Beschwerde sich richtet, einzulegen. In dem Verwaltungsstreitverfahren wird nach der Praxis lediglich die Frage geprüft, ob die Polizeibehörde chikanös oder willkürlich gehandelt habe. Es ist möglich, daß eine Willkür in der Ablehnung Ihres Gesuchs gefunden wird, mit Rücksicht auf den Ihnen sonst entgehenden Arbeitsverdienst die Vernehmung in die Abendstunden zu verlegen. Jedenfalls empfiehlt es sich, der Polizei noch mitzuteilen, daß Sie von Ihrem Recht, der Polizei keinerlei Auskunft zu erteilen, Gebrauch machen, weil die Polizei die Vernehmung in die Arbeitszeit gelegt hat, daß Sie aber auf schriftliche Mitteilung, worüber Sie vernommen werden sollen, sich eine Entschließung vorbehalten. — **K. P. J. 1001.** Sie sind im Unrecht. — **A. B.** Wenn die ärztliche Behandlung erforderlich war, muß die Herrschaft das von Ihnen Herausgelagte ersetzen. Die Klage ist beim Amtsgericht anzustrengen. — **M. S. 14.** Die Eintragung ist in der Regel ohne Genehmigung des Ehemannes möglich. — **L. 33.** Die Steuer müssen Sie zahlen, weil Sie nicht innerhalb der Reklamationsfrist reklamiert haben. Der Umstand, daß die Steuerveranlagung ein Jahr später erfolgt ist, hebt die Zahlungsverpflichtung nicht auf. — **A. Sch., Schöneweide.** 1. Ja, aber das Gericht kann auf Antrag der Mutter oder des Vormundes anordnen, daß das vor 1900 geborene Kind auch nach seinem 4. Lebensjahre von der Mutter erzogen wird, weil der Umstand, daß Sie bislang nicht gezahlt haben, erkennen läßt, daß eine Erziehung des Kindes durch Sie entweder nicht ernstlich beabsichtigt ist, oder doch nicht im Interesse des Kindes liegt. 2. Nein. — **1000. K.** Das ist möglich. — **A. E. 22.** Nein: es kann der Vereinbarung entsprechend nur zum 1. August gekündigt werden. — **E. C.** Nach Ihrer Schilderung wäre eine Weiterverfolgung aussichtslos. — **Zwei Streitende.** Der wegen Unredlichkeiten entlassene Verkäufer hat vom Tage der Entlassung ab Gehalt nicht zu beanspruchen. Das bis zur Entlassung verdiente Gehalt ist ihm zu zahlen. — **A. B., Spandau.** Leider ist die Herrschaft im Recht. — **T. 15.** 1. Der Mietsvertrag Ihrer Frau läuft weiter. Die Verheiratung ist kein Grund zu seiner vorzeitigen Aufhebung. 2. Ein Ausgedinge kann in der verschiedensten Weise bestellt werden.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.